

# Emanzipatorische Praktiken?

Eine Praxisanalyse anhand  
der LA21 Wien

Diplomarbeit  
Teresa Feith



TECHNISCHE  
UNIVERSITÄT  
WIEN

DIPLOMARBEIT

**Emanzipatorische Praktiken? Eine Praxisanalyse anhand der LA21 Wien**

ausgeführt zum Zwecke der Erlangung des akademischen Grades  
einer Diplom-Ingenieurin

unter der Leitung

**Ao. Univ. Prof. Mag. Dr. Alexander Hamedinger**

E280-06 Forschungsbereich Soziologie

Institut für Raumplanung

eingereicht an der Technischen Universität Wien

Fakultät für Architektur und Raumplanung von

**Teresa Feith, BSc**

01405837

Wien, am 27. Feber 2023

# Kurzfassung

Die Klimakatastrophe sowie wachsende Ungleichheiten zählen zu den zentralen Herausforderungen der Gegenwart. In der Bewältigung dieser kommt dem städtischen Raum eine wesentliche Rolle zu. Für die Entwicklung nachhaltiger Lösungen in sozialer, ökonomischer und ökologischer Hinsicht ist die Einbindung der lokalen Bevölkerungen ein wichtiger Bestandteil. In der Stadtentwicklung ist Bürger\*innenbeteiligung seit den 1980ern aus der Praxis nicht mehr wegzudenken; parallel nahm die Kritik in der Wissenschaft und Praxis in Bezug auf die Beteiligungspraxis zu, kritisiert wurde unter anderem die soziale Selektion und Konsensorientierung. Um den multiplen Krisen zu begegnen, ist daher auch ein Umdenken in der Beteiligungspraxis erforderlich. In diesem Zusammenhang wird in der Fachliteratur die Einbindung emanzipatorischer Ansätze in die Planung als eine neue Leitperspektive genannt. Dieser Ansatz ist jedoch in der Planungspraxis weitestgehend nicht zu beobachten.

Der Kern der vorliegenden Arbeit besteht daher darin die Einbindung von emanzipatorischen Praktiken auf mehreren Ebenen im Stadtentwicklungskontext zu beleuchten. Diese Ebenen spiegeln sich auch im Aufbau der Arbeit wider. Im ersten Teil wurde ausgehend von der historischen sowie gegenwärtigen Entwicklung des Emanzipationsbegriffs und durch Expert\*inneninterviews eine Definition für „emanzipatorische Praktiken“ entwickelt. Die erarbeitete Definition beschreibt emanzipatorische Praktiken als einen Befreiungsprozess, der durch die Erfahrung mit Unterdrückungsmechanismen angestoßen wird. In einem kollektiven Lernprozess werden diese selbstbestimmt hinterfragt. Emanzipatorische Praktiken finden nicht in einem linearen Prozess statt, sondern werden mit und durch die beteiligten Akteur\*innen bestimmt. Ein weiter Bestandteil ist die Erfahrung mit Selbstwirksamkeit, die vor allem auf der lokalen Ebene für die handelnden Akteur\*innen erfahrbar wird. Ausgehend von der erarbeiteten Definition emanzipatorischer Praktiken wurden im zweiten Teil ausgewählte Instrumente der Stadtentwicklung in der Stadt Wien auf Ansätze zur Förderung emanzipatorischer Praktiken untersucht. Diese konnten vor allem in der aktuellen Strategie, der Smart City Strategie, identifiziert werden. Den dritten Teil bildet der empirische Teil, in welchem das bestehende Aktionsprogramm der Stadt Wien, die Lokale Agenda 21, aus der Perspektive emanzipatorischer Stadtentwicklung untersucht wurde. In diesem Zusammenhang wurden drei ausgewählte Agendagruppen des 3. Wiener Gemeindebezirks aus Sicht der Agendaaktivitäten entlang der entwickelten Definition emanzipatorischer Praktiken analysiert. Die Praxisanalyse ergab, dass das Aktionsprogramm über Potenziale verfügt, emanzipatorische Praktiken zu fördern. Es konnten auch Defizite aufgezeigt werden, wie der homogenen Ressourcenausstattung der Agendaaktivitäten. Abschließend wurden Handlungsempfehlungen erarbeitet, die dem Aktionsprogramm LA21 Wien zu einer Weiterentwicklung in Richtung emanzipatorische Stadtentwicklung verhelfen können.

# Abstract

The climate catastrophe as well as growing inequalities are among the central challenges of the present. In coping with these, urban space has an essential role to play. For the development of sustainable solutions in social, economic and ecological terms, the involvement of local populations is an important component. In urban development, citizen participation has been an integral part of practice since the 1980s; in parallel, criticism in academia and practice increased with regard to participation practices, criticizing, among other things, social selection and consensus orientation. In order to counter the multiple crises, a rethinking of participation practice is therefore also necessary. In this context, the integration of emancipatory approaches into planning is mentioned in the literature as a new guiding perspective. However, this approach is largely absent in planning practice.

Therefore, the core of this paper is to shed light on the integration of emancipatory practices on several levels in the urban development context. These levels are also reflected in the structure of the thesis. In the first part, a definition of “emancipatory practices” was developed based on the historical and contemporary development of the concept of emancipation and through interviews with experts. The definition describes emancipatory practices as a process of liberation that is triggered by the experience with mechanisms of oppression. In a collective learning process, these are questioned in a self-determined way. Emancipatory practices do not take place in a linear process, but are determined with and by the actors involved. A further component is the experience of self-efficacy, which can be experienced by the actors, especially at the local level. Based on the definition of emancipatory practices, in the second part selected instruments of urban development in the city of Vienna were examined for approaches to promote emancipatory practices. These could be identified especially in the current strategy, the Smart City strategy. The third part is the empirical part, in which the existing action program of the city of Vienna, the Local Agenda 21, was examined from the perspective of emancipatory urban development. In this context, three selected agenda groups of Vienna’s 3rd municipal district were analyzed from the perspective of the agenda activists along the developed definition of emancipatory practices. The practice analysis showed that the action program has potentials to promote emancipatory practices. It was also possible to identify deficits, such as the homogeneous resources of the agenda activists. Finally, recommendations for action were developed, which could help the LA21 Vienna action program to further develop in the direction of emancipatory urban development.



Die approbierte gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar  
The approved original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.

# Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre an Eides statt, dass die vorliegende Arbeit nach den anerkannten Grundsätzen für wissenschaftliche Abhandlungen von mir selbstständig erstellt wurde. Alle verwendeten Hilfsmittel, insbesondere die zugrunde gelegte Literatur, sind in dieser Arbeit genannt und aufgelistet. Die aus den Quellen wörtlich entnommenen Stellen, sind als solche kenntlich gemacht.

Das Thema dieser Arbeit wurde von mir bisher weder im In- noch Ausland einer\*einem Beurteiler\*in zur Begutachtung in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt.

Wien, 27. Feber 2023



Die approbierte gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar  
The approved original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.

# Ein besonderer Dank gilt,

... allen Personen, die mich während meines Studiums begleitet haben und vor allem bei der Verfassung meiner Masterarbeit eine große Stütze waren.

... meiner Familie, insbesondere meinen Eltern, die mir das Studieren ermöglicht und mich stets im kritischen Denken gefördert haben.

... Noah, für seine ausdauernde, emotionale und fachliche Unterstützung sowie aufmunternden und verständnisvollen Worte.

... Nicola, Isi, Carlotta, Victor, Ruta, Katharina, Viktor, Heidi und Tim, für motivierende Gespräche und den emotionalen Beistand.

... meinen Arbeitskolleg\*innen bei Emrich Consulting ZT, die mich zur Themenfindung inspiriert und mich auch während der Verfassung der Arbeit unterstützt haben.

... meinen Interviewpartner\*innen, für die interessanten Gespräche und wertvollen Beiträge, insbesondere für den empirischen Teil meiner Arbeit.

... Alexander Hamedinger, der meine Arbeit mit konstruktivem Feedback und Vertrauen in meine wissenschaftlichen Fertigkeiten betreut hat.



# Inhaltsverzeichnis

<b>1 Einleitung</b>	<b>10</b>
1.1 Forschungsfragen	11
1.2 Methodologie	12
1.3 Datenerhebung und -auswertung	13

## TEIL I: THEORETISCHER ZUGANG

<b>2 Theoretischer Zugang</b>	<b>18</b>
<b>2.1 Definition und Anwendung des Emanzipationsbegriffs</b>	<b>18</b>
2.1.1 Historische Entwicklung des Emanzipationsbegriffs	18
2.1.2 Gegenwärtige Auseinandersetzungen mit dem Emanzipationsbegriff	21
2.1.3 Emanzipation und Stadt	25
<b>2.2 Emanzipation als Konzept in der Stadtentwicklung</b>	<b>27</b>
2.2.1 Kritik an gegenwärtigen Partizipationsprozessen	28
2.2.2 Dimensionen gelingender Partizipationsprozesse	32
2.2.3 Begriffsabgrenzung Partizipation und Emanzipation	34
2.2.4 Begriffsdefinition „Emanzipatorische Praktiken“	38
2.2.5 Förderung emanzipatorischer Praktiken im Stadtentwicklungskontext	41

## TEIL II: WIENER PRAXIS

<b>3 Ansätze zur Förderung emanzipatorischer Praktiken in Wien</b>	<b>46</b>
<b>3.1 Historische Einbettung des Emanzipationsbegriffs in         Wien</b>	<b>46</b>
<b>3.2 Strategische Instrumente der Stadtentwicklung</b>	<b>49</b>
3.2.1 Praxisbuch Partizipation	49
3.2.2 Stadtentwicklungsplan	52
3.2.3 Masterplan für eine partizipative Stadtentwicklung	53
3.2.4 Smart (Klima) City Strategie	54

## TEIL III: PRAXISANALYSE ANHAND DER LA21 WIEN

<b>4 Lokale Agenda 21 Wien</b>	<b>60</b>
<b>4.1 Geschichte und Entstehung</b>	<b>60</b>
4.1.1 LA21 International	60
4.1.2 LA21 in der EU	63

4.1.3	LA21 in Österreich	64
4.1.4	LA21 in Wien	68
<b>4.2</b>	<b>Organisationsstruktur</b>	<b>77</b>
4.2.1	Akteur*innen	77
4.2.2	Interaktionen der Akteur*innen	80
<b>4.3</b>	<b>Programmatik</b>	<b>83</b>
4.3.1	Grundsätze	83
4.3.2	Zielgruppen	85
<b>4.4</b>	<b>Prozess</b>	<b>86</b>
<b>5</b>	<b>Analyse von emanzipatorischen Praktiken in der LA21 Wien</b>	<b>90</b>
<b>5.1</b>	<b>Auswahl und Beschreibung der Fallbeispiele</b>	<b>90</b>
5.1.1	Zu Fuß und mit dem Rad unterwegs im Dritten	92
5.1.2	Nachbarschaft im Grünen	93
5.1.3	Buntes Weißgerbergätzl	95
<b>5.2</b>	<b>Analyse der Agendagruppen nach Dimensionen emanzipatorischer Praktiken</b>	<b>96</b>
5.2.1	Erfahrungen mit Unterdrückungsmechanismen	96
5.2.2	Kollektives Lernen	99
5.2.3	Ergebnisoffenheit	101
5.2.4	Selbstwirksamkeit	104
5.2.5	Bedeutung der lokalen Ebene	106
<b>6</b>	<b>Schluss</b>	<b>108</b>
<b>6.1</b>	<b>Fazit</b>	<b>108</b>
<b>6.2</b>	<b>Handlungsempfehlungen</b>	<b>112</b>
6.2.1	Lebensweltnaher Ansatz	112
6.2.2	Sozialraumorientierung	113
6.2.3	Prozessoffenheit	114
6.2.4	Entstehungskontext emanzipatorischer Förderangebote	114
<b>6.3</b>	<b>Ausblick</b>	<b>115</b>
<b>7</b>	<b>Verzeichnisse</b>	<b>118</b>
<b>8</b>	<b>Anhang</b>	<b>134</b>

# 1 Einleitung

Die Bewältigung multipler Krisen, wie die fortschreitenden Klimakatastrophe und die wachsenden (sozialen) Ungleichheiten, zählen derzeit zu den zentralen Herausforderungen der Gegenwart. Vor allem in städtischen Räumen werden diese spürbar und gleichzeitig besteht hier auch ein großes Potenzial, diesen zu begegnen. In diesem Zusammenhang wurden 1992 beim UN-Weltgipfel in Rio de Janeiro, Strategien entwickelt, um eine nachhaltige Entwicklung global voranzutreiben, wobei der Nachhaltigkeitsbegriff bereits multidimensional (ökologisch, ökonomisch und sozial) gefasst wurde. In der dabei entstandenen Agenda 21 und später in den „Sustainable Development Goals“ der Agenda 2030 wurde der lokalen Ebene mit Kommunen als Adressatinnen eine zentrale Rolle unter Beteiligung lokaler Akteur\*innen sowie der Bevölkerung beigemessen; die Idee der Lokalen Agenda 21 war entstanden (vgl. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (Hg.) 1992; Vereinte Nationen (Hg.) 2015).

Die Auswirkungen der voranschreitenden Krisen erfordern ein (gesamtgesellschaftliches) Umdenken. Aufbauend auf den globalen Leitlinien für eine nachhaltige Entwicklung knüpfen daher auch Instrumentarien der Stadtentwicklung an diese an: so auch in Wien. In der aktuellen Dachstrategie der Stadt Wien, der Smart City Strategie, wird dabei die Zielebene „Beteiligung, Engagement & Kultur“ als ein integrativer Bestandteil einer nachhaltigen Stadtentwicklung und die lokale Ebene als zentrale Interventionsebene identifiziert (vgl. Magistrat der Stadt Wien (Hg.) 2022:117).

Partizipation bzw. Bürger\*innenbeteiligung gilt bereits seit den 1980ern zu einem nicht mehr wegzudenkenden Ansatz in der Stadtentwicklung. Die vermehrte Öffnung von Planungsprozessen für die Öffentlichkeit führe zu effektiveren Ergebnissen, indem Lösungen basierend auf den Bedürfnissen der Bürger\*innen entwickelt und so eine höhere Akzeptanz für die Planungsergebnisse erzielt werden. Hinzu kommt, dass Bürger\*innenbeteiligung auch aus einer demokratiepolitischen Perspektive einen Mehrwert durch eine Steigerung der politischen Teilhabe sowie stärkere Identifikation der Bürger\*innen mit dem eigenen Gemeinwesen erzeuge (vgl. Hamedinger 2020:5). Die aktuelle Beteiligungspraxis erfährt jedoch sowohl im wissenschaftlichen Kontext als auch in der Praxis zunehmend Kritik. Diese begründet sich vor allem darin, dass die gängigen professionell begleiteten Beteiligungsprozesse sozial selektiv sind, gesellschaftliche Machtverhältnisse reproduzieren und die konsensorientierte Arbeitsweise in den Prozessen häufig zustimmungsfähige Leerformeln zur Folge hat (vgl. Selle 2004:231 ff.). Zudem verkommt projektbezogene Beteiligung häufig zu

Pseudo- bzw. Alibipartizipation, die durch die fehlende Vernetzung von Beteiligung und Planung bestimmt wird oder die Einwände der Beteiligten zwar abgefragt, aber nicht weiter berücksichtigt werden (vgl. Oehler u. a. 2017:11).

Um eine wirksame Bewältigung der angesprochenen Krisen zu erreichen, ist eine gute Zusammenarbeit unterschiedlichster Akteur\*innen, auch mit der Zivilgesellschaft, notwendig. Das Erfordernis eines Umdenkens in der aktuellen Beteiligungspraxis wird immer evidenter: so tritt Emanzipation vermehrt als neue Leitperspektive in der Fachliteratur auf. „Fridays For Future“ hat in der jüngsten Vergangenheit bereits bewiesen, dass zivilgesellschaftliche Bewegungen mit einem emanzipatorischen Charakter einen erheblichen Mehrwert leisten können, indem in diesem Fall das Thema Klimaschutz in den politischen Fokus verschoben wurde (vgl. Oehler u. a. 2017:11; Hertzsch & Hamedinger 2019:75 ff.).

Besonders auf der lokalen Ebene gibt es zahlreiche Potenziale emanzipatorischer Stadtentwicklung in Form von Bottom-Up-Prozessen, welche eine unmittelbare Wirkung im sozialen Miteinander und sozialen Gefüge entfalten können. Es ist daher erforderlich, dass die Stadt Wien adäquate Rahmenbedingungen gestaltet, um emanzipatorische Praktiken zu fördern (Hertzsch & Hamedinger 2019:79 f.). Die LA21 Wien vereint als solches den multidimensionalen Nachhaltigkeitsbegriff sowie die Aktivierung des zivilgesellschaftlichen Engagements und verfügt somit über das Potenzial emanzipatorische Praktiken in der Stadt Wien zu fördern (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2019b; Hertzsch & Hamedinger 2019:78). Bisher wurde das bestehende Handlungsprogramm jedoch noch nicht aus der Perspektive emanzipatorischer Stadtentwicklung untersucht.

## 1.1 Forschungsfragen

Diese Arbeit setzt sich mit dem Thema „emanzipatorische Praktiken in der Stadtentwicklung“ auf mehreren Ebenen auseinander indem folgende Forschungsfragen näher behandelt werden:

### Wie können emanzipatorische Praktiken in der Stadtentwicklung definiert werden?

Die erste Forschungsfrage stellt die theoretische Basis für die vorliegende Arbeit dar. Aufbauend auf der Entwicklung des Emanzipationsbegriffs sowie den Begriffsanwendungen, wird eine Definition für „emanzipatorische Praktiken“ entwickelt.

### Welche Ansätze zur Förderung emanzipatorischer Praktiken können im bestehenden strategischen Instrumentarium der Stadt Wien als solche identifiziert werden?

Die zweiten Forschungsfrage setzt die Förderung emanzipatorischer Praktiken in der Stadt Wien zunächst in einen historischen Kontext beginnend im Zeitalter des Roten Wiens. Dabei soll auszugsweise die Entwicklung der Förderung emanzipatorischer Praktiken in der Stadt Wien untersucht werden. Ebenso wird auch die gegenwärtige Entwicklung in Hinblick darauf, inwiefern Ansätze zur Förderung emanzipatorischer Praktiken im bestehenden Instrumentarium der Stadtentwicklung identifiziert werden können.

### Inwiefern handelt es sich aus Sicht ausgewählter Gruppen der Lokalen Agenda 21 Wien um emanzipatorische Praktiken?

Die dritte Forschungsfrage beschäftigt sich damit, ob es sich im Selbstverständnis der untersuchten Agendagruppen um emanzipatorische Praktiken handelt. Im Zuge wird zunächst das Aktionsprogramm an sich näher beleuchtet, um eine fundierte Einbettung der Erkenntnisse zu gewährleisten.

## 1.2 Methodologie

Die Arbeit hat einen klaren Fokus auf einen qualitativen-interpretativen Forschungsprozess. Darüber hinaus ist die Forschung induktiv angelegt, da allgemeine Aussagen auf der Grundlage fundierter Einzelaussagen getroffen werden. Es handelt sich zudem um einen zirkulären Forschungsprozess, nachdem die Forschungsfragen nach den durchgeführten Expert\*inneninterviews geschärft und ergänzt wurden. Im Wesentlichen kann die Arbeit in drei Teile gegliedert werden, welche jeweils eine Forschungsfrage im Fokus haben. Der erste Teil bildet den theoretischen Rahmen der Arbeit, im zweiten Teil wird die Wiener Praxis näher untersucht und im dritten Teil wird anhand der LA21 Wien das Themenfeld „emanzipatorischen Praktiken“ in der Praxis analysiert.

Der erste Teil stellt die Beantwortung der ersten Forschungsfrage „*Wie können emanzipatorischen Praktiken in der Stadtentwicklung definiert werden?*“ in den Fokus. Mittels erster thematischer Annäherung im Zuge einer Sekundäranalyse wurde Fachliteratur untersucht, die sich mit den Themenkomplexen Emanzipation in unterschiedlicher Dimension sowie Partizipation befasst. Diese Erkenntnisse wurden zunächst in einem Gegenstromverfahren mit Expert\*innen aus Wissenschaft und

Praxis mittels problemzentrierten Interviews rückgeschlossen und nach erfolgter inhaltlicher Analyse eingearbeitet.

Darauf aufbauend wurde im zweiten Teil der Arbeit der Fokus auf die Wiener Praxis gelegt, indem die Forschungsfrage „*Welche Ansätze zur Förderung emanzipatorischer Praktiken können im bestehenden strategischen Instrumentarium der Stadt Wien als solche identifiziert werden?*“ näher behandelt wird. Diese wird primär mittels Dokumentenanalyse und auszugsweise Expert\*inneninterviews ausgehend von den erarbeiteten Dimensionen emanzipatorischer Stadtentwicklung untersucht.

Der dritte Teil der Arbeit fokussiert sich auf die dritte Forschungsfrage „*Inwiefern handelt es sich aus Sicht ausgewählter Gruppen der Lokalen Agenda 21 Wien um emanzipatorische Praktiken?*“. Zur Beantwortung dieser wird zunächst das Aktionsprogramm mit einem allgemeinen Teil eingeführt, der auf einer Literatur- und Internetrecherche sowie Expert\*inneninterviews basiert. Schließlich wurden auf Grundlage von Interviews mit Vertreter\*innen von drei ausgewählte Agendagruppen des 3. Wiener Gemeindebezirks, Aussagen darüber getroffen, inwiefern es sich aus Sicht der Agendaaktiven um emanzipatorische Praktiken handelt. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass keine Absicht besteht, Kritik am Engagement der Agendaaktiven zu üben.

### 1.3 Datenerhebung und -auswertung

Neben einer umfassenden Literaturrecherche wurden leitfadengestützte Interviews als die wesentliche Methode zur qualitativen Datenerhebung gewählt. Der Leitfaden ist dabei ein Erhebungsinstrument, das die interviewende Person dabei unterstützt, das Gespräch zu strukturieren. Die Leitfäden wurden basierend auf erste Erkenntnisse der Literaturrecherche erstellt, und vor jedem Gespräch an den\*die jeweilige\*n Interviewpartner\*in entsprechend adaptiert. Mittels Leitfadens wird der Interviewablauf strukturiert, um so das Forschungsinteresse in den Fokus zu stellen. Bei der Erstellung sollte darauf geachtet werden, dass das Forschungsinteresse im Zentrum des Gesprächs steht und daher eine maximale Offenheit in der Gesprächsführung eher eingeschränkt werden sollte (vgl. Helfferich 2019:669 f.). Die Devise lautet dabei: „So offen wie möglich, so strukturierend wie nötig“ (Helfferich 2019:670) Hinzu kommt, dass die Erwartungen an das Gespräch auch für die interviewte Person durch die Anwendung eines Leitfadens strukturiert werden. Ein offenes Interview ohne entsprechenden Leitfaden könnte gerade bei Expert\*inneninterviews mit einem expliziten Forschungsinteresse auf Seiten der interviewten

Person zu Verunsicherungen führen, nachdem Unklarheit darüber besteht, was verlangt wird (vgl. Scholl 2018:69).

Ob es sich beim leitfadengestützten Interview um ein Expert\*inneninterview handelt, ist von dem Status der interviewten Person abhängig. Dieser kann durch unterschiedliche Aspekte bestimmt werden, wie beispielsweise eine wissenschaftliche Ausbildung, der Position bzw. Funktion in einer Organisation oder dem Zugang zu schwer zugänglichen Erfahrungsbereichen. Darüber hinaus können Expert\*innen das Erfahrungswissen sowohl im Beruf als auch im außerberuflichen Engagement erlangt haben. Im Wesentlichen besteht das Ziel des Expert\*inneninterviews darin, bereichsspezifische und objektbezogene Aussagen zu generieren. Dabei signalisiert das Label „Expert\*inneninterview“, dass das Expert\*innenwissen im Zentrum steht, hingegen sehr persönliche Aspekte im Zuge des Gesprächs nicht angesprochen werden (vgl. Scholl 2018:69; Helfferich 2019:681). In diesem Zusammenhang werden ebenfalls die Interviews mit den Agendaaktiven als Expert\*inneninterviews titulierte, nachdem bereichsspezifische Aussagen basierend auf lokaler Expertise generiert werden konnten. Neben den Interviews mit drei Agendaaktiven ausgewählter Agenda-Gruppen des 3. Wiener Gemeindebezirks („zu Fuß und mit dem Rad unterwegs im Dritten“, „Nachbarschaft im Grünen“, „Buntes Weißgerbergrätzl“), wurden zudem Gespräche mit Vertreter\*innen aus der Wissenschaft, dem Verein LA21 Wien sowie einem\*einer Auftragnehmer\*in eines Agendaprozesses geführt. Die Auswahl der Wissenschaftler\*innen liegt darin begründet, dass sich die interviewten Fachexpert\*innen im Zuge ihrer wissenschaftlichen Arbeit mit Emanzipationsprozessen und/oder der Lokalen Agenda 21 auseinandersetzen.

In Summe wurden sieben Interviews mit acht Expert\*innen im Zeitraum von Mai bis Juni 2022 in persona durchgeführt. Dabei betrug die Gespräche zwischen 45 und 60 Minuten. In Tabelle 1 werden die Expert\*inneninterviews aufgelistet und nach der Expert\*innenrolle kategorisiert. Des Weiteren wird in der folgenden Arbeit mit der angeführten Bezeichnung auf das jeweilige Interview verwiesen.

Die geführten Interviews wurden aufgenommen und im Anschluss vereinfacht transkribiert, nachdem die enthaltenen Inhalte der Antworten wesentlicher sind, als die Artikulation der interviewten Person selbst im Sinne von Wortwahl, Satzstellung etc. In diesem Zusammenhang ist es daher nicht notwendig sprachliche Besonderheiten sowie nonverbale Kennzeichnungen vorzunehmen (vgl. Scholl 2018:71). Die Transkripte wurden anonymisiert und befinden sich aus Datenschutzgründen nicht im Anhang der vorliegenden Arbeit; bei näherem Interesse können diese bei der Autorin angefragt werden.

Anschließend wurden die schriftlichen Transkripte mittels qualitativer Inhaltsanalyse nach Mayring (2007) ausgewertet. In der Auswertungsmethode nach Mayring werden durch ein systematisches Verfahren relevante Informationen den Transkripten extrahiert und anschließend in einem Analyseraster untersucht (vgl. Gläser & Laudel 2009:46 f.). In diesem Kontext bedeutet „extrahieren“, das Transkript durchzulesen und zu entscheiden, welche Informationen für die Beantwortung der Forschungsfragen relevant sind und diese dann dem Text zu entnehmen (vgl. Gläser & Laudel 2009:200).

Zunächst wurde die extrahierten Transkripte in Analyseeinheiten gegliedert. Im nächsten Schritt wurde die Analyseeinheit paraphrasiert indem nicht inhaltstragende Bestandteile sowie Wortwiederholungen gestrichen und auf eine einheitliche Sprachebene gebracht wurden. In dem darauffolgenden Schritt wurde die paraphrasierte Analyseeinheit durch die Abstrahierung auf die wesentliche(n) Kernaussage(n) generalisiert (vgl. Mayring 2008:59 ff.).

Abschließend erfolgte eine induktive Kategorienentwicklung, sprich die Kategorisierung wurde während des Auswertungsprozesses ausgehend von den erhobenen Daten gebildet (vgl. Mayring 2008:59 ff.). Dabei ist anzumerken, dass die erarbeiteten Leitfäden bereits ein erstes Themengerüst bildeten, welches dann in der Auswertung mit Kategorien sowie Subkategorien ergänzt wurde. Eine Zusammenfassung der entwickelten Codes samt Codierungsregeln und Ankerbeispiele befindet sich im Anhang der Arbeit.

<b>Interview A</b>	Praxis (Agendaaktive*r)	persönlich 1030 Wien	08.05.2022
<b>Interview B</b>	Praxis (Agendaaktive*r)	persönlich 1030 Wien	10.05.2022
<b>Interview C</b>	Praxis (Agendaaktive*r)	persönlich 1030 Wien	12.05.2022
<b>Interview D</b>	Wissenschaft	persönlich 1030 Wien	20.05.2022
<b>Interview E</b>	Praxis (Auftragnehmer*in)	persönlich 1040 Wien	02.06.2022
<b>Interview F</b>	Wissenschaft	persönlich 1020 Wien	23.06.2022
<b>Interview G</b>	Praxis (Geschäftsstelle)	persönlich 1010 Wien	30.06.2022

**Tabelle 1:**  
Interviewübersicht. e.D.





# TEIL I:

## Theoretischer Zugang

-  Definition und Anwendung des Emanzipationsbegriffs
-  Emanzipation als Konzept in der Stadtentwicklung

## 2 Theoretischer Zugang

### 2.1 Definition und Anwendung des Emanzipationsbegriffs

Der Begriff „Emanzipation“ gilt als vielschichtig und wird historisch sowie gegenwärtig in der Literatur unterschiedlich genutzt und ist somit nicht einheitlich definierbar. Das Begriffsverständnis steht daher in Zusammenhang mit dem historisch-gesellschaftlichen Kontext.

#### 2.1.1 Historische Entwicklung des Emanzipationsbegriffs

##### Römisches Recht

Ursprünglich stammt der Begriff „Emanzipation“ vom lateinischen „emancipare“ ab und bedeutet wortwörtlich übersetzt „aus der Hand geben“. Damit wurde ein formaler Akt im römischen Recht bezeichnet, „in dem ein Sohn – oder ein Sklave – aus der (väterlichen) Gewalt des Haushaltsvorstandes [...] emancipiert und damit in einen besonderen oder neuen Status gehoben wurde.“ (Oehler u. a. 2017:12) Die Kernbedeutung des Emanzipationsbegriffs beschreibt somit einen Akt der Befreiung einer Person aus dem Eigentum einer anderen bzw. die Befreiung eines Sohnes aus der väterlichen Vormacht (vgl. Coole 2015:532). Dieses Emanzipationsverständnis beschreibt „die Freigabe eines Menschen aus einem Status der Abhängigkeit in die Selbstständigkeit.“ (Oehler u. a. 2017:13) Der Emanzipationsbegriff ist in seinem Ursprung vielschichtig hierarchisch eingebettet und steht in einem engen Zusammenhang mit Machtverhältnissen (vgl. Coole 2015:532).

##### Aufklärung

In der Neuzeit kam es zu einem Übergang der zivilrechtlichen Bedeutung des Begriffs hin zu einer sozialen und politischen. Eine reflexive Nutzung des Verbes „sich emanzipieren“ wandelte sich im Vergleich zum passiven Mündigwerden im römischen Recht zu einer neuen Begriffsbedeutung, nämlich dem der Selbstermächtigung (vgl. Grass & Koselleck 1975:157 f.). Dieses Verständnis wurde während des Zeitalters der Aufklärung in Europa maßgeblich gefestigt. Im Zentrum der Aufklärung stand, „bewährte Traditionen, religiöse Bindungen und institutionell gefestigte Autoritäten [in radikaler Weise] in Frage zu stellen.“ (Hartfield 1975:13) Der bürgerliche Mensch begann losgelöst von geistig-mystischer Weltinterpretation, die Welt neu für sich zu entdecken und sich darin zu orientieren. Von nun an war die Idee des vernünftigen Menschen entstanden, „der aus eigener Kraft, jeder für sich allein, seine geistige Kraft zur optimalen Entfaltung seiner irdischen Lebenschancen zu nutzen habe.“ (Hartfield 1975:13) Die bürgerliche Aufklärungsphilosophie besagt,

dass jeder Mensch potenziell dazu fähig ist, rational zu denken, sowie die eigenen Interessen zu erkennen und auf diesem Weg zu emanzipieren. Das bedeutet, dass der Mensch nur durch den eigenen Willen nach Mündigkeit „einen Emanzipationsprozess durchläuft und sich selbst als kritisches Individuum von Überlieferungen fremder Autoritäten emanzipiert.“ (Oehler u. a. 2017:14) Im Gegensatz zum Emanzipationsverständnis im römischen Recht, in welchem Emanzipation gewährt wird, ist der Mensch in der Aufklärung selbst für seinen Emanzipationsprozess verantwortlich. Darüber hinaus wird Emanzipation nicht mehr als einen Rechtsakt begriffen, sondern als (Reifungs-)Prozess (vgl. Blühdorn u. a. 2021:8).

Mit zunehmender Industrialisierung wurde jedoch aufgezeigt, dass die im Zuge der Aufklärung erkämpften bürgerlichen Freiheiten und Grundgesetze primär das Bürgertum betreffen und die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse weitestgehend unangetastet blieben. Darauf Bezug nehmend entwickelte Marx den Emanzipationsbegriff klassenbezogen weiter (vgl. Sauer 2008:266). Er differenzierte zwischen politisch-rechtlicher und menschlicher Emanzipation. Politisch-rechtliche Emanzipation beschreibt den Zusammenhang zwischen dem Individuum und dem Staat. Damit ist vor allem der gleichberechtigte Zugang zu politischer Mitentscheidung sowie die rechtliche Gleichstellung von Bürger\*innen durch die Einführung von Menschen- und Bürger\*innenrechten gemeint (vgl. Knierbein & Viderman 2019:4 f.). Politische Emanzipation beinhaltet jedoch nicht die Überwindung von ungleicher Verteilung materieller und immaterieller Ressourcen, Privilegien, Diskriminierungen sowie bestehender Abhängigkeitsverhältnisse innerhalb der Gesellschaft. Im Vergleich zum Emanzipationsverständnis in der Aufklärung, liegt der Grund für eine bestehende Unmündigkeit nicht mehr beim Individuum selbst, sondern ist die Folge von vorherrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Laut Marx erfährt der Mensch durch die Einräumung individueller Freiheitsrechte im kapitalistischen System zwar politische Emanzipation, gleichzeitig wird dieser aber auch auf den\*die Staatsbürger\*in als moralische Person sowie auf das egoistische unabhängige Individuum reduziert (vgl. Hartfield 1975:15f.). Dies spiegelt sich auch im gesellschaftlichen Zusammenleben wider, indem „Mitmenschen nicht als unabdingbare Subjekte gemeinsamer „Aneignung der Welt“ durch gemeinsame Arbeit, sondern vielmehr als Objekte für die persönliche Bedürfnisbefriedigung betrachte[t] [werden].“ (Hartfield 1975:17) Diese Entwicklung begründet Marx vor allem durch die Entfremdung des Menschen als soziales Wesen durch den Kapitalismus. In einem marxistischen Verständnis wird Emanzipation als gesellschaftlicher Prozess verstanden, in welchem erst dann menschliche Emanzipation erreicht werden kann, wenn die Menschen sich von „ihrer (Selbst-)Entfremdung, die durch die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse verursacht ist, befreit werden.“ (Sauer 2008:266 in Oehler et al. 2017:17)

## Industrialisierung

**Abb. 1:** AUF – eine Frauenzeitschrift. Zeitschrift der Aktion Unabhängiger Frauen, 1976.



**Frauenbewegung**

Marx kommt zum Schluss, dass menschliche Emanzipation politisch-rechtliche Emanzipation voraussetzt, jedoch politisch-rechtliche Emanzipation menschliche Emanzipation nicht automatisch zur Folge hat (vgl. Knierbein & Viderman 2019:4 f.; Hartfield 1975:15). Diese Erkenntnis lässt sich auch auf das gegenwärtige Spannungsfeld zwischen sozialer Ungleichheit und politischer Gleichheit übertragen. Politische Gleichheit, wie beispielsweise das Wahlrecht oder Rechtsschutz, zählen in westlichen Demokratien zur politischen Mindestanforderung bei gleichzeitigem Vorhandensein von sozialer Ungleichheit (vgl. Purcell 2009:144).

Zu einer weiteren wesentlichen begriffsprägenden Entwicklung zählt die Frauenbewegung seit dem 19. und 20. Jahrhundert. Eine zentrale Forderung dieser war anfänglich der gleichberechtigte Zugang zu Bildung und Berufschancen mit dem Ziel, sich aus der männlichen Geschlechtsherrschaft zu befreien. In weiterer Folge wurde die volle und gleichberechtigte Teilhabe am sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben eingefordert (vgl. Gerhard 1978 in Sauer 2008:265). In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden vor allem Themen wie ökonomische Unabhängigkeit vom (Ehe)partner, Emanzipation der Sexualität, Autonomie sowie Selbstbestimmung über den eigenen Körper eingefordert. Seit den 1970ern steht die abwertende Bezeichnung „Emanze“ für Aktivistinnen der Frauenbewegung (vgl. Sauer 2008:266).

**Student\*innenbewegung**

Zeitlich und inhaltlich mit der Frauenbewegung überschneidend wurde das gegenwärtige Verständnis des Emanzipationsbegriffs in der Student\*innenbewegung der 1968er geprägt. Im Zuge dieser entwickelte sich die Begriffsbedeutung erneut weiter und bezog sich von nun an auf die Befreiung aus allen Lebensverhältnissen (vgl. Jaeggi 2018). Es ging außerdem nicht mehr ausschließlich um die Befreiung aus unterdrückenden sozialen Verhältnissen, sondern auch um die Selbstermächtigung durch Wissen, Bildung und Aufklärung (vgl. Habermas 1981 in Sauer 2008: 267). Der Emanzipationsbegriff wurde also zu einem Motor sozialer und politischer Bewegungen im Kampf für ein besseres Leben (vgl. Butzlaff 2021:4).

Ausgehend von der historischen Entwicklung des Emanzipationsbegriffs folgt eine Annäherung an eine Definition, die in der vorliegenden Arbeit weiter behandelt wird. Unter „Emanzipation“ wird zunächst ein Prozess verstanden, der die Befreiung aus unterdrückenden Strukturen umfasst. Damit sind soziale, gesellschaftliche, politische oder auch ökonomische Unterdrückungsmechanismen gemeint. Ein Emanzipationsprozess kann basierend auf der historischen Begriffsentwicklung zudem nur selbstermächtigt von einem selbst ausgehen und nicht fremdbestimmt gewährt werden.

## 2.1.2 Gegenwärtige Auseinandersetzungen mit dem Emanzipationsbegriff

Für eine Auseinandersetzung mit dem Emanzipationsbegriff im gegenwärtigen Diskurs bilden die Begriffe Postpolitik und Postdemokratie einen wesentlichen Bestandteil und werden daher zunächst näher erläutert. Bei diesen beiden „post“-Begriffen handelt es sich um kritische Gegenwartsanalysen westlicher Demokratien, die seit der Jahrtausendwende zunehmend vor allem im wissenschaftlichen Kontext debattiert werden (vgl. Lehner 2011:2).

Der Postpolitikbegriff, der unter anderem durch den Philosoph Žižek geprägt wurde, basiert auf der Kritik des vorherrschenden gesellschaftlichen Zustandes, dass Interessen nicht ausgehandelt, sondern „strategische Kompromisse“ angestrebt werden, um so einen allgemeinen Konsens zu erreichen. Marginalisierte Gruppen oder Themen, wie beispielsweise der Klimaschutz, finden zwar politische Beachtung, jedoch werden (gesellschaftliche) Rahmenbedingungen trotz hoher Erfordernis nicht angetastet (vgl. Michel & Roskam 2013:10; o.A. 2001). Diese Entwicklung wirkt systemstabilisierend und stützt das neoliberale Narrativ der Alternativlosigkeit „there is no alternative“.

Der Postdemokratiebegriff wurde unter anderem in dem gleichnamigen Werk durch den Politikwissenschaftler Crouch geprägt. Dieser diagnostiziert, dass die real existierende Demokratie zu einem entpolitisierten Zustand verkommen ist. Es gebe zwar nach wie vor Wahlen sowie konkurrierende Parteien und Verbände, jedoch kritisiert er, dass Bürger\*innen lediglich die Auswahl eines kaum unterscheidbaren politischen Angebots haben (vgl. Sauer 2011:32). „Sie werden „zwangsweise“ zu „Passivbürgerinnen“ und „Passivbürgern“ gemacht, und Chancen zur Aktivbürger[\*]innenschaft sind kaum noch gegeben.“ (Sauer 2011:32) Die beiden Post-Begriffe beschreiben also den gesellschaftlichen Zustand, in dem eine gewisse Ohnmacht in Bezug auf Möglichkeiten besteht, politisch zu intervenieren.

Im Kontext dieser kritischen Gegenwartsanalyse erfährt auch der Emanzipationsbegriff zunehmend Kritik und wird dekonstruiert. Basierend auf dem zunehmenden Misstrauen bzw. die steigende Unzufriedenheit mit der repräsentativen Politik entwickelte sich der Wunsch „Dinge selbst zu tun“ (vgl. Blühdorn u. a. 2021:7). Der Professor für Soziale Nachhaltigkeit Blühdorn greift die Entwicklung des Emanzipationsbegriffs im postdemokratischen Diskurs auf und entwickelt die Emanzipation „erster und zweiter Ordnung“. Als „Emanzipation erster Ordnung“ bezeichnet er die Phase, „bei der es darum geht, das modernistische Ideal des autonomen Subjekts

gesellschaftlich und politisch durchzusetzen.“ (Blühdorn 2013:144 in Oehler et al. 2017:21) Bürger\*innen übernehmen dadurch zunehmend gesellschaftliche Verantwortungen sowie politische Aufgaben.

Darauf Bezug nehmend entwickelte Blühdorn das Verständnis der „Emanzipation zweiter Ordnung“ mit welcher er die Phase der de facto „Emanzipation der Emanzipation“ beschreibt. In dieser Phase steht die „partielle Befreiung von zuvor erstrittenen Verantwortlichkeiten“ (Blühdorn 2013:144 in Oehler et al. 2017:21) im Vordergrund, indem Bürger\*innen gesellschaftliche und politische Verantwortungen selbstbewusst an sogenannte „service provider“ abgeben und eine „kompetente, effiziente und transparente Problemlösungsarbeit einfordern“. (Blühdorn 2013:144 in Oehler et al. 2017:21) Durch diesen Vorgang des Outsourcings lösen sich Bürger\*innen von persönlichen bzw. gesellschaftlichen Verpflichtungen ohne dabei ihre Mündigkeit aufzugeben.

Eine weitere gegenwärtige Betrachtung des Emanzipationsbegriffs stammt von dem Politologen Butzlaff. Im Text „Emancipatory struggles and their political organization: How political parties and social movements respond to changing notions of emancipation“ untersucht Butzlaff die Entwicklung des Emanzipationsbegriffs und schließt dabei auf begriffliche Unschärfen. Die Unschärfen resultieren aus den Fragen nach dem „Wer“, „zu welchem Zweck“ und „auf welche Weise“ für Befreiung kämpfen könnte (vgl. Butzlaff 2021:1f.).

**Wer?** Bei der ersten begrifflichen Unklarheit steht die Frage nach dem „Wer“ im Zentrum indem beleuchtet wird, ob Emanzipation durch jemand anderen gewährt wird oder von sich selber aus erreicht werden kann. Dabei wird zwischen dem traditionellen Verständnis von Emanzipation als fremdinitiiert, wie es einst im römischen Recht der Fall war, und als Akt der aktiven Selbstbefreiung, was seit der Aufklärung den gängigen Sprachgebrauch maßgeblich prägt, unterschieden (vgl. Grass & Koselleck 1975:153f.). Es geht also um die Frage, wer für die Emanzipation verantwortlich ist. Kann Emanzipation also als Befreiung, Autonomie und Freiheit von Unterdrückung nur durch einen selbst als emanzipatorische\*r Akteur\*in vorgenommen werden oder eben auch top-down organisiert werden (vgl. Butzlaff 2021:3f.). In der Zwischenkriegszeit wurde die Idee der Emanzipation im übertragenen Sinn aufgegriffen und in sozialistischen und marxistischen Organisationen neu gedeutet, indem Organisationen und Institutionen einen Rahmen schaffen, um emanzipatorisches Bewusstsein zu fördern. Auf diese Art wurde eine koordinierte Form der Befreiung ermöglicht und gewährt (vgl. Sassoon 2010 in Butzlaff 2021:5). Diese Entwicklung wurde in den mitteleuropäischen Wohlfahrtsstaaten im Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg

fortgesetzt. Diese Form der top-down organisierten Emanzipation wurde jedoch zunehmend kritisiert und dieses Emanzipationsverständnis vermehrt als paternalistisch bezeichnet, zumal die Kritik an bestehenden Machtstrukturen als Motor emanzipatorischer Prozesse gilt (vgl. Michels 2016 in Butzlaff 2021:5).

Butzlaff setzt in diesem Zusammenhang das Begriffsverständnis der top-down organisierten Emanzipation in den prominentesten Kontext der Sozialdemokratie, das „Rote Wien“, und verleiht diesem dadurch eine erweiterte Bedeutung. Eine nähere Betrachtung des Emanzipationsbegriff im Kontext der Stadt Wien folgt im Kapitel 3 „Ansätze zur Förderung emanzipatorischer Praktiken in Wien“.

Die zweite begriffliche Unklarheit befasst sich mit der Frage „zu welchem Zweck“ Emanzipation erfolgt. Butzlaff unterscheidet zwischen dem Ziel der Befreiung aus der Unterdrückung und somit gegen vorherrschende Machtstrukturen sowie Abhängigkeiten und dem Ziel einer emanzipierten Gesellschaft und daher der Vision einer besseren Zukunft. Letzteres bezieht sich vor allem auf utopische Erzählungen, die beginnend mit dem 19. Jahrhundert im Zuge der Arbeiter\*innenbewegungen entwickelt wurden. Die farbenfrohe und greifbare Erzählung einer gerechteren Zukunft wurden entscheidend um soziale, politische und wirtschaftliche Diskriminierungen erträglicher zu gestalten und sich dagegen zu organisieren (vgl. Bebel 1910 in Butzlaff 2021: 7). Dieser Entwicklung folgte jedoch Kritik unter anderem durch Foucault, der argumentierte, dass Emanzipation nicht als Ziel begriffen werden könne, sondern als ein nie endender Prozess der Befreiung. Jegliches Ziel einer gerechteren und besseren Zukunft führt zwangsläufig zu einer neuen Entstehung von Machtstrukturen. Daher ist es erforderlich bestehende Strukturen kontinuierlich zu analysieren und zu hinterfragen. Darüber hinaus ist die Formulierung einer gesamtgesellschaftlichen Vision und damit eine Entwicklung emanzipatorischer Ziele in einer zunehmend pluralistischen Gesellschaft nahezu unmöglich. Ebenso führt die zunehmende Pluralisierung unweigerlich zu vielfältigen Emanzipationsverständnissen, was einen kollektiven Emanzipationsprozess erschwert und zunehmend individualisiert (Rebughini 2015 in Butzlaff 2021:7f.).

Aufbauend auf die Fragen „wer“ und „zu welchem Zweck“ stellt die dritte begriffliche Unklarheit die Frage nach „auf welche Weise“ in den Mittelpunkt. Dabei geht es darum, ob es sich bei Emanzipation um einen individuellen oder kollektiven Prozess handelt. In dem ursprüngliche Begriffsverständnis aus dem römischen Recht steht die Befreiung des Individuums aus dem Eigentum als Sklave oder aus der väterlichen Vormacht eindeutig im Vordergrund (vgl. Grass & Koselleck 1975:153). Durch die Arbeiter\*innen- und Frauenbewegungen beginnend im 19. Jahrhundert

**Zu welchem Zweck?**

**Auf welche Weise?**



kam es schließlich zu einer Umdeutung des Emanzipationsbegriffs, indem dieser vermehrt im Kollektiv gedacht wurde. Die Macht des Kollektivs wurde erforderlich, um etablierte Machtstrukturen zu brechen und schließlich das Individuum aus bestehender Unterdrückung zu befreien und für eine freiere und gerechtere Gesellschaft einzutreten (vgl. Butzlaff 2021:9). Anknüpfend an die Ausdifferenzierung des Emanzipationsbegriffs durch die zunehmende Pluralisierung der Gesellschaft erlebte ebendiese Organisation im Kollektiv Verluste. Die fehlende kollektive Identität in der Gesellschaft durch gemeinsam formulierte Emanzipationsziele führte dazu, dass die Emanzipation wieder beim Individuum selbst liegt. Die Problematik des individualisierten Emanzipationsbegriffs führt jedoch zu einer starken Abhängigkeit von individuellen Ressourcen in jeglicher Hinsicht, wie finanzieller Ausstattung, Zeit, Bildung, Netzwerke etc. Dies führt nicht zur Befreiung derjenigen, die über weniger Mittel verfügen, sondern unterstützt die Selbstverwirklichung von bereits Bessergestellten, was somit kontraproduktiv ist und die gesellschaftlichen Ungleichheiten reproduziert (vgl. Butzlaff 2021:18). Die Problematik in Bezug auf die starke Abhängigkeit der individuellen Ressourcenausstattung begegnet uns im übertragenen Sinn auch in Partizipationsprozessen im Planungskontext, welche im Kapitel 2.2.1: Machtblindheit näher beleuchtet werden.

Dadurch, dass Butzlaff den gegenwärtig genutzten Emanzipationsbegriff erneut mit der historischen Begriffsentwicklung betrachtet, stellt er ebendiese drei begrifflichen Unklarheiten auf. Basierend auf der Fragestellung, lassen sich zusammenfassend Aussagen zur gegenwärtigen Begriffsnutzung treffen. Emanzipation kann einerseits durch eine andere Person oder Institution gewährt oder von einem selbst vorgenommen werden. Zudem ist Emanzipation kein zu erreichendes Ziel, sondern ist prozessorientiert. Des Weiteren wurde der Emanzipationsbegriff zunehmend individualisiert wodurch die Abhängigkeit von persönlicher Ressourcenausstattung entscheidend wurde.

Dadurch, dass Butzlaff den gegenwärtig genutzten Emanzipationsbegriff erneut mit der historischen Begriffsentwicklung betrachtet, stellt er ebendiese drei begrifflichen Unklarheiten auf. Basierend auf der Fragestellung, lassen sich zusammenfassend Aussagen zur gegenwärtigen Begriffsnutzung treffen. Emanzipation kann einerseits durch eine andere Person oder Institution gewährt oder von einem selbst vorgenommen werden. Zudem ist Emanzipation kein zu erreichendes Ziel, sondern ist prozessorientiert. Des Weiteren wurde der Emanzipationsbegriff zunehmend individualisiert wodurch die Abhängigkeit von persönlicher Ressourcenausstattung entscheidend wurde.

### 2.1.3 Emanzipation und Stadt

Der Zusammenhang zwischen Stadtgeschichte und dem Emanzipationsbegriff ist im europäischen Kontext historisch verankert. Laut Siebel ist dieser Zusammenhang vor allem in Bezug auf die europäische Stadt identitätsstiftend. Mit der ersten Staatsverfassung in der griechischen Polis wurde Stadt erstmalig „als demokratisch verfasstes Subjekt“ (Siebel 2021:1) definiert. Im Zentrum stand nicht die Stabilisierung von Herrschaftsverhältnissen, sondern die Freiheit des Einzelnen und somit sind erste Anzeichen politischer Emanzipation erkennbar, wobei in diesem historischen Kontext ausschließlich Männer gemeint sind (vgl. Siebel 2021:2). Während des Mittelalters setzte sich diese Entwicklung mit dem Rechtsgrundsatz „Stadtluft macht frei“ fort. Menschen, die in Städte zogen, befreiten sich aus feudalen Herrschaftsverhältnissen und somit aus politischen, ökonomischen und persönlichen Abhängigkeiten sowie aus der sozialen Kontrolle durch die Sippe und die dörfliche Nachbarschaft (vgl. Lees 2004:5; Siebel 2021:2). Diesen Befreiungsprozessen folgte durch zunehmende Urbanisierung<sup>1</sup> eine weitere entscheidende Entwicklung, nämlich „die Polarisierung von Öffentlichkeit und Privatheit sowie die moderne Großstadt.“ (Siebel 2021:2) Die Unterscheidung einer öffentlichen Sphäre, welche Markt und Politik meint, und einer geschützten privaten Sphäre, worunter Intimität, Emotionalität und Körperlichkeit verstanden wird, ermöglicht die individuelle Entscheidung, „welcher Ausschnitt der eigenen Persönlichkeit sichtbar wird und was vor anderen verborgen bleibt.“ (Siebel 2021:2) Die Polarität von öffentlicher und privater Sphäre im städtischen Raum wird zum zentralen Unterschied zum ländlichen Raum. Mit zunehmender Urbanisierung wächst die Dichotomie vom städtischen und ländlichen Raum, während die Stadt in der Hülle von Anonymität für die persönliche und gesellschaftliche Befreiung steht, entwickelt sich der ländliche Raum zum Sinnbild für konservative Lebensformen und soziale Kontrolle (vgl. Siebel 2021:2; Lees 2004:6f.; Häußermann & Siebel 2004:56).

Siebels derartige Idealisierung der europäischen Stadt als Emanzipationsraum in welchem sich Stadtbürger\*innen von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zwängen befreien, erfährt jedoch zunehmend Kritik aufgrund der eurozentrischen, paternalistischen und kolonisierten Sichtweise (vgl. Knierbein & Viderman 2019:6). Lees spricht von einer zweiseitigen Qualität urbaner Emanzipation, die sich zwischen der idealen und der realen Stadt bewegt (vgl. Lees 2004:6). Die meisten Debatten rund um die emanzipatorische Stadt wurden auf einer Ebene geführt, wo die tatsächliche Auseinandersetzung mit einer konkreten urbanen Umgebung ausbleibt. Das führt dazu, dass ebendiese Ideale schwer zu verwirklichen werden (vgl. Harvey 2000 in Lees 2004:6). „[Denn] Stadt ist nicht Stadt; Städte sind unterschiedlich groß

<sup>1</sup>Unter **Urbanisierung** wird nicht nur die Konzentration der Bevölkerung in Städten verstanden (Verstädterung), sondern auch der damit einhergehende Wandel der Lebensform (vgl. Häußermann & Siebel 2004:19).

und die heutigen Riesengroßstädte in anderen Erdteilen sind anders strukturiert als unsere in unserer Geschichte entstandenen europäisch-amerikanischen Großstädte.“ (Thiersch 2017:40) Einen Zusammenhang zwischen Emanzipation und Stadt über eine rein territoriale Dimension herzustellen, sehen auch die Autor\*innen Amin und Thrift (2004) als nicht ausreichend an. Eine Kohärenz sehen die Autor\*innen darin, dass der urbane Raum sowohl eine Arena der „großen“ Politik im Sinne von großen Plänen und Protestbewegungen ist, als auch der Schauplatz der „kleinen“ Politik der alltäglichen Kämpfe und Unzufriedenheiten. Fest steht jedoch, dass eine rein physische Betrachtungsebene nicht ausreicht, um den Zusammenhang zwischen Stadt und Emanzipation herzustellen, sondern immer auch die gesellschaftliche Dimension erforderlich ist (vgl. Amin & Thrift 2004:231f.).

Viel mehr besteht ein Zusammenhang zwischen Emanzipation und Urbanisierung, denn Emanzipation findet nicht im statischen Raum der idealisierten Stadt statt. Urbanisierungsprozesse sind nach Lefebvre (2003) die zentralen Motoren, die Wachstum, Wettbewerb und Entfremdung räumlich antreiben (vgl. Lefebvre 2003 in Knierbein & Viderman 2019:6). Im Kontext neoliberaler Stadtentwicklung<sup>2</sup> hat dies unter anderem eine steigende soziale Ungleichheit durch sozioökonomische Segregation sowie den damit verbundenen Verdrängungsprozessen und auch zunehmende Privatisierungen zur Folge; die neoliberale Stadt produziert Ausschlüsse. Als Reaktion darauf sind kontinuierlich Protestbewegungen aus der städtischen Gesellschaft entstanden, die selbstorganisiert Widerstand leisten. Eine vielfach etablierte Parole von sozialen Protestbewegungen ist „Recht auf Stadt“, die sich auf das gleichnamige Werk Lefebvres bezieht. Im Zentrum steht die Forderung nach einem Recht auf Nichtausschluss von städtischen Ressourcen und Dienstleistungen (vgl. Holm 2011; Lefebvre 2003 in Knierbein & Viderman 2019:6). „Zugleich werden mit einem Recht auf die Stadt Vision für eine andere, emanzipative und gerechtere Stadtentwicklung formuliert.“ (Holm 2011) Der urbane Raum und somit die Folgen zunehmender Urbanisierung sind einerseits Ursprung und auch Austragungsort emanzipatorischer Kämpfe.

Knierbein und Viderman (2019) nehmen im Diskurs rund um den Zusammenhang zwischen Emanzipation und Stadt Bezug auf Lefebvres „The Critique of Everyday Life“. Sie verorten die eigentliche Voraussetzung emanzipatorischer Praxis auf der Ebene des alltäglichen Lebens im gelebten Raum urbanisierter Gebiete und somit dem unmittelbaren Wirkungsbereich des Individuums. Dabei geht es um die kritische Auseinandersetzung und Betroffenheit bzw. Unzufriedenheit im Alltag eingebettet in einem lokalen Raum sowie spezifischen soziohistorischen Umfeld (vgl. Knierbein & Viderman 2019:8 f.).

<sup>2</sup> **Neoliberale Stadtentwicklung** beschreibt Stadtpolitiken, die sich zunehmend an ökonomischen Zielen in Bezug auf betriebswirtschaftliche Effizienz orientieren (vgl. Heeg u. a. 2009).

Der Zusammenhang zwischen Emanzipation und Stadt ist historisch verankert, jedoch ist nicht unwesentlich, dass hinter der Darstellung der europäischen Stadt als Ort der Emanzipation sich eine eurozentrische Idealisierung verbirgt. Stadt kann in diesem Kontext auch nicht als statischer Raum verstanden werden, sondern basiert auf den damit verbundenen Urbanisierungsprozessen deren negative Folgen kontinuierlich Protestbewegungen in der Zivilgesellschaft hervorrufen. Die Betrachtung der Verknüpfung von Emanzipation und Stadt kann jedoch auch auf einer kleineren Betrachtungsebene stattfinden, nämlich dem des alltäglichen Lebens, in der der Ursprung emanzipatorischen Handelns ebenso in der Kritik am Alltag selbst liegt. Das bedeutet zudem einen Bedeutungsgewinn der lokalen Ebene in der Förderung emanzipatorischer Praktiken. Dieser Aspekt sowie diese Betrachtungsebene stellt eine wesentliche Grundlage für die Beantwortung der Forschungsfrage eins und drei dar und wird im Kapitel 2.2.4 weiter behandelt.

## 2.2 Emanzipation als Konzept in der Stadtentwicklung

Die vorherrschende Partizipationspraxis erfährt im planungstheoretischen Diskurs zunehmend Kritik. Dabei wird vor allem die Tendenz hin zu Pseudo- oder auch Alibipartizipation thematisiert, die den Umstand eines kontrollierbaren Bereichs beschreibt. Der Ausgang der Beteiligung ist somit nicht offen und wird daher nicht durch bzw. mit den Bürger\*innen bestimmt (vgl. Oehler et al. 2017: 11). Ein weiterer Kritikpunkt basiert auf der Beobachtung, dass die Öffnung von Planungsprozessen mittels partizipatorischer Elemente tendenziell weniger zu einer Demokratisierung des Prozesses beiträgt, sondern eher bestehende Machtstrukturen reproduziert (vgl. Gabauer 2019:173).

Das Konzept der Emanzipation bzw. die Förderung emanzipatorischer Praktiken treten daher vermehrt in der Literatur als mögliche neue Leitperspektive auf. „Weg von einem Partizipationsverständnis, welches Teilhabe gewährt, hin zu eine[m] Verständnis von Subjekten, die selbstbestimmt für ihre Zukunft kämpfen bzw. eintreten“ (Oehler et al. 2017: 11). Während „Emanzipation“ zu einem Leitbegriff in der Sozialen Arbeit zählt, wird im Kontext der Stadtentwicklung weniger vom Konzept der Emanzipation und mehr von Partizipation gesprochen (vgl. Oehler u. a. 2017:25 f.). Bevor der Emanzipationsbegriff im Kontext der Raumplanung näher beleuchtet wird, erfolgt zunächst eine kritische Auseinandersetzung mit Partizipationsprozessen an sich im Planungskontext.

## 2.2.1 Kritik an gegenwärtigen Partizipationsprozessen

<sup>3</sup> **Öffentlichkeit** wird laut dem „Praxisbuch Partizipation“ in die breite Öffentlichkeit, womit Bürger\*innen gemeint sind, organisierte Öffentlichkeit, die sich auf Interessengruppen bezieht, sowie die Fachöffentlichkeit gegliedert (vgl. Arbter 2012:9).

In den späten 1980ern und frühen 1990ern wurden Planungsprozesse vermehrt für die Öffentlichkeit<sup>3</sup> geöffnet. Der Einsatz von Partizipationselementen in Prozessen setzte sich in der Praxis so weit durch, sodass „insbesondere [Formen] der Beteiligung und Kooperation, mittlerweile nicht mehr wegzudenken [...] sind.“ (Zimmermann 2019:14) Mit der Öffnung von Planungsprozessen erziele man laut „Praxisbuch Partizipation“ bessere Ergebnisse indem direkt Betroffene zu Wort kommen und verschiedene Argumente bzw. Perspektiven eingebracht werden können. Die Schaffung von Beteiligungsmöglichkeiten habe zudem eine deeskalierende Wirkung in Bezug auf kritische Stimmen in der Bevölkerung und könne so ein reibungsloseres Arbeiten ermöglichen. Des weiteren werde durch Öffentlichkeitsbeteiligung die Legitimität von Planungen gesteigert und (lokale) Demokratien gestärkt (vgl. Arbter 2012:8).

Der Ursprung dieser Begründungen, liegt vor allem in der Theorie des kommunikativen Handelns von Habermas. Die sozialwissenschaftliche Theorie wurde wesentlich in den 1970ern verfasst und seither fortlaufend weiterentwickelt. In seinem Band „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus“ formuliert Habermas erstmalig seine

**Das Ideal der kommunikativen Planung [hat] nur wenig mit der Realität von Planungsprozessen zu tun. (Hamedinger 2020:7)**

Gedanken zur kommunikativen Rationalität. Als Grundvoraussetzung dafür nennt er die „ideale Sprechsituation“. Ein wesentliches Merkmal dieser ist eine machtfreie Situation, in der die Beteiligten sich auf die kooperative Suche nach der „Wahrheit“ begeben und das bessere Argument sich durchsetzt. Ziel dabei ist es, einen verallgemeinerungsfähigen Konsens zu erreichen. Dies kann nur erreicht werden, wenn Einzelinteressen ausgeblendet werden und die ausgetauschten Argumente sich am Gemeinwohl und Vernunft orientierten. Zu einer weiteren Voraussetzung zählt eine Öffentlichkeit, die es allen Beteiligten ermöglicht sich ohne Einschränkungen am Diskurs zu beteiligen (vgl. Habermas 1973:152 in Zimmermann 2019:15). In der Planungspraxis wird jedoch sichtbar, dass die Theorie des kommunikativen Handelns einem Modell bzw. einem Ideal entspricht und nicht die Realität abbildet.

### Leerformeln

Neumann (2000) identifiziert in seiner kritischen Auseinandersetzung mit kommunikativer Planung einerseits, dass die konsensorientierte Planungspraxis in zustimmungsfähigen Leerformeln endet und andererseits den fehlenden Bezug der Theorie zur Praxis. Kommunikative Planungsprozesse, die auf Konsenssuche ausgerichtet sind, führen zu nichtssagenden Ergebnissen, die primär den kleinsten gemeinsamen Nenner abbilden. Die Aussagen zeichnen sich vor allem durch eine generell gehaltene und vage Formulierung aus (vgl. Neumann 2000:346 ff. in Selle 2004:232 f.). Jeg-

licher Tendenz in Richtung Dissens während Konsensfindungsverfahren wird aktiv durch „das Verlagern der Problembearbeitung in andere Bereiche (der Regierung), das Gründen neuer Komitees für weitere Untersuchungen, das Zerlegen des Entscheidungsgegenstandes in viele Einzelteile, das Hineinstellen des Themas in einen anderen Kontext oder die Neuformulierung der Fragestellung oder gar die Übereinstimmung darin, dass man nicht übereinstimme“ gegengesteuert. (Selle 2004:232)

**The most abstract levels of intent statements – goals – can be so general in their wording that they are referred to derisively as “mom and apple pie” statements. Who can be against mom and apple pie? That is, who can be against clean air or more jobs? (Selle 2004:232, i.O. Neumann 2000)**

Ein weiterer Kritikpunkt besagt, dass die Beteiligten nicht, wie in der Theorie des kommunikativen Handelns nach Habermas, ihre Einzelinteressen während des Verfahrens ausblenden und dadurch im Interesse des Gemeinwohls argumentieren. Im Gegenteil: In der Praxis käme es in Beteiligungssettings dazu, dass Beteiligte ihre Einzelinteressen vehement durchsetzen möchten. Durch derartige Prozessentwicklungen werden die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung nicht ausreichend eruiert und von Interessen einzelner überschattet (vgl. Abram 2000:253 ff. in Selle 2004:232 f.). Selle (2004) hingegen kritisiert die Problematisierung von Einzelinteressen in Partizipationsprozessen. Er thematisiert, dass keiner der beteiligten Akteur\*innen im Gemeinwohl agiere. Während die Interessen von Investor\*innen ohne weiteres akzeptiert werden, wird von Bürger\*innen verlangt das Gemeinwohl zu vertreten. Laut Selle sollte das Zusammenbringen ebendieser verschiedenen Interessen im Zuge von Beteiligungsverfahren dazu führen, dass aus dem Gegen- und Miteinander Handlungsansätze entwickelt werden (vgl. Selle 2004:238).

Als ein weiteres Defizit in der Planungspraxis wird die fehlende bzw. lose Vernetzung von Partizipationsprozessen<sup>4</sup> und realen Entscheidungen identifiziert. Obwohl Ergebnisse im Zuge von ressourcenintensiven Beteiligungsverfahren erarbeitet werden, wird in der Praxis beobachtet, dass diese von Entscheidungsträger\*innen kaum bzw. keine Beachtung finden. Diese Art von Beteiligungsprozessen wird daher auch als Alibi- oder auch Pseudopartizipation bezeichnet. Darunter versteht man auch den Umstand, dass bereits vor Beginn eines Partizipationsprozesses Planungen vorliegen und diese durch die vermeintliche Einbindung der lokalen Bevölkerung legitimiert werden. Diese Entwicklung führt zur Frustration in der Bevölkerung und verstärkt unklare Rollenverteilungen bzw. Machtstrukturen in Bezug auf Planung und Politik (vgl. Neumann 2000:252 ff. in Selle 2004:232ff.). „[D]ie einen müssen den Kopf

## Einzelinteressen

## Pseudopartizipation

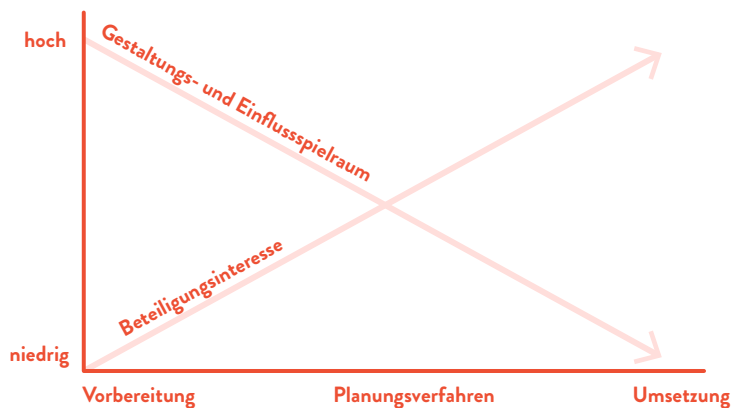
<sup>4</sup> In diesem Zusammenhang ist von **informellen Partizipationsprozessen** die Rede, die auf freiwilliger Basis durchgeführt werden.

hinhalten und die anderen beteiligen sich nicht an den Erörterungsprozessen, entscheiden aber dann möglicherweise völlig selbstständig nach ihren eigenen Rationalitäten.“ (Selle 2004:233)

**Beteiligungsparadoxon**

Hinzu kommt das Phänomen des Beteiligungsparadoxons. Bei Partizipationsprozessen handelt es sich meistens um projektbasierte Beteiligungsschienen, somit ist der Zeitpunkt der Beteiligung entscheidend. Das Beteiligungsparadoxon beschreibt den Zustand, dass mit der Konkretisierung eines Planungsvorhabens, die Einflussmöglichkeit durch die Zivilgesellschaft sinkt. Gleichzeitig steigt das Interesse und der Wunsch nach Beteiligung in der Bevölkerung erst mit fortschreitendem Planungsstand. Wie in der Abbildung 2 schematisch zu erkennen ist, ist die Möglichkeit der Einflussnahme am Anfang eines Planungsvorhabens am größten, zu diesem Zeitpunkt ist aber das Interesse in der Bevölkerung am niedrigsten. Sobald das Vorhaben in der Umsetzungsphase ist, sinkt die Einflussnahme, während das Beteiligungsinteresse zu diesem Zeitpunkt am größten ist. Dieses Phänomen wird damit begründet, dass erst mit der fortgeschrittenen Planung eines Projektes, das Vorhaben greifbarer und individuelle Betroffenheit sichtbarer wird. Die Konsequenz eines Beteiligungsparadoxons ist Frustration und Ärger bis hin Konflikteskalationen (vgl. Hirschner 2017:323 ff.).

Abb. 2: Beteiligungsparadoxon. e.D. nach Hirschner 2017:323.



**Machtblindheit und soziale Selektion**

Ein weiterer Kritikpunkt in der Analyse partizipativer Planungsprozesse ist die Reproduktion gesellschaftlicher Machtstrukturen. Mit steigender Ungleichheit in der Bevölkerung, wird der Grundsatz liberaler Demokratien, dass alle Bürger\*innen gleich sind, destabilisiert (vgl. Purcell 2009:144). Denn wie in gegenwärtigen Partizipationsprozessen zu erkennen ist, ist die Diversität in der Gesellschaft in derartigen Beteiligungsformaten nur minimal abgebildet. Gerade sogenannte „Angebots-Kommunikation“ ist sozial selektiver und weniger gesellschaftlich repräsentativ als Wahlen. Es sind vor allem Personen präsent, die über eine hohe Ressourcenausstattung im Sinne von Bildung, verfügbare Zeit und finanzielle Mittel verfügen und wenig von Migrationserfahrung geprägt sind (vgl. Selle 2004:238; Kersting 2013:6; Bödeker 2012:5). Vor allem der Faktor Zeit ist wesentlich in diesem Zusammenhang; es dominiert die Wahrnehmung, dass „[man sich] [b]ürgergesellschaftliche Aktivitäten [...] erst leisten oder gönnen [können], wenn die basalen materiellen Bedürfnisse erfüllt [sind]. Erst wenn man über Arbeit und einen geregelten Alltag verfüge,

könne man sich dem postmateriellen Gedanken an freizeitleiches Engagement widmen.“ (Klatt 2013:22) Eine primäre Beteiligung profitstarker Milieus führt dazu, dass Beteiligung zu einem Vehikel neoliberaler Agenden in der Stadtentwicklung wird und diese vermeintlich demokratisch legitimiert (vgl. Purcell 2009:144). Durch die selektive Beteiligung von gesellschaftlichen Milieus unterschiedlicher Ressourcenausstattung, wird das gesellschaftliche Ungleichgewicht verstärkt und es entsteht eine indirekte Bevormundung (vgl. Interview E 2022:52-58).

Um dieser Entwicklung gegenzusteuern, wurden in den vergangenen Jahren zunehmend Strategien zur zielgruppenorientierten partizipativen Planung entwickelt. Die ist beispielsweise in Konzepten zur kinder- und jugendgerechten Stadt oder auch in geschlechterspezifischen Leitbildern zu erkennen. Derartige Zugänge laufen jedoch Gefahr Zielgruppen auf eindimensionale Identitätszuschreibungen – „die“ Frauen, „die“ Migrant\*innen oder „die“ Senior\*innen – zu reduzieren. Das hat zur Folge, dass wider die vermutlich ursprüngliche Intention, diese Zuschreibungen gesellschaftlich stabilisiert werden, anstatt gesellschaftliche Machtungleichgewichte aufzubrechen. Darüber hinaus wird über eine eindimensionale Zielgruppendefinition eine intersektionale<sup>5</sup> Perspektive nicht ausreichend berücksichtigt. Laut Huning (2014) sind zielgruppenorientierte Planungs- und Partizipationsprozesse eine komplexe Aufgabe (vgl. Huning 2014:34).

Selle (2004) thematisiert unter Bezugnahme auf Autor\*innen, die sich zur kommunikativen Planung kritisch äußern, vor allem den Umstand, dass partizipative Planung mit zu wenig Ernsthaftigkeit und Kompetenz umgesetzt wird. Der Ursprung von Konfliktfeldern während partizipativer Planungen liegt sehr oft in unterschiedlichen Erwartungshaltungen der Beteiligten und den Entscheidungsträger\*innen. Indem eine intransparente Kommunikation darüber vorhanden ist, welche Inhalte das Beteiligungsangebot umfasst bzw. welche Dimension der Entscheidung zu erwarten ist, entsteht Frustration und ein Konfliktpotenzial. Gleichzeitig ist es für Bürger\*innen nur interessant, sich an einem partizipativen Prozess zu beteiligen, sofern ein Nutzen erkennbar ist; dies kann nur entstehen indem das Kommunikationsdesign für die verschiedenen Zielgruppen ausgearbeitet und kommuniziert wird. Als einen weiteren Formfehler identifiziert Selle, dass nicht die richtigen Akteur\*innen zusammengebracht werden und somit der Diskurs und die Entscheidung nicht in einem Zusammenhang steht, es ist daher wesentlich, dass entscheidungsrelevante Akteur\*innen in den Prozess eingebunden werden (vgl. Selle 2004:237).

**Wer Macht und Interessen nicht angemessen berücksichtigt und etwa Fragen nach sozialer Gerechtigkeit nicht stelle, der vermittele ein unzureichendes Bild von der Planung. (Selle 2004:236)**

<sup>5</sup> **Intersektionalität** beschreibt das Zusammenwirken mehrerer Unterdrückungskategorien (Rassismus, Klassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit, Ableismus etc.) indem anerkannt wird, dass Diskriminierungsmechanismen gleichzeitig vorhanden sein oder sich überschneiden können (vgl. Wastl-Walter 2010:23 f.).

## Formfehler



### 2.2.2 Dimensionen gelingender Partizipationsprozesse

Ausgehend von der kritischen Analyse bestehender Partizipationsprozesse sind laut Sommer (2015) vier Dimensionen für einen gelungenen Prozess entscheidend: Legitimität, Akzeptanz, Qualifizierung und Emanzipation. Es ist wesentlich, dass in der Konzeption bzw. Umsetzung jeglichen Prozesses alle vier Dimensionen gleichermaßen Beachtung finden (vgl. Sommer 2015:13).

**Legitimität** Während Legitimation die gesetzeskonforme Handlungsbefähigung beschreibt, beispielsweise politische Entscheidungen, die durch demokratisch gewählte Repräsentant\*innen getroffen werden, wird unter dem Begriff Legitimität die Anerkennung dieser staatlichen Herrschaftsform bzw. den Herrschaftsbeziehungen verstanden (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) 2022; Sommer 2015: 15). Bürger\*innenbeteiligung wird primär mit dem Ziel umgesetzt, dass eine Entscheidung oder ein Verfahren in Bezug auf ein Planungsvorhaben in der Bevölkerung breite Zustimmung erfährt. Legitimität soll in planerischen Entscheidungen über die Beteiligung zahlreicher interessierter Bürger\*innen erreicht werden. Sollte nur eine kleine Anzahl ihre Zustimmung kundgetan haben, ist eine schweigende Zustimmung bzw. Duldung der Mehrheit ebenso als legitim zu betrachten. Ein Verfahren, das ein-dimensional in Hinblick auf Legitimität ausgerichtet ist, dient laut Sommer (2015) primär der Konfliktvermeidung, indem Beteiligung einen primär dekorativen Zweck hat und keine ernsthafte Beteiligung verfolgt. Die Vergangenheit hat jedoch gezeigt, dass Planungsvorhaben, die zwar behördlich genehmigt sind, wie beispielsweise das Projekt der Deutschen Bahn „Stuttgart 21“, große Protestbewegungen zur Folge haben können und dadurch die Legitimität für das Vorhaben in Frage gestellt werden kann. Eine Argumentation, die sich primär auf die rechtliche Befähigung bezieht, ist im Konfliktfall von wenig Nutzen und führt eher zu einer Eskalation. Hinzu kommt die Tatsache, dass Partizipation, wie bereits erwähnt, in den meisten Fällen sozial selektiv ist und somit nur die Bevölkerung mit einer größeren Ressourcenausstattung sich an Prozessen beteiligt. Dadurch steht die Legitimität ohnehin in Frage. Eine ein-dimensionale Prozessausrichtung ist somit nicht ausreichend (vgl. Sommer 2015:15 f.; Huning 2014:34).

**Akzeptanz** Eine weitere entscheidende Eigenschaft für gelingende Beteiligungsprozesse ist der Fokus auf Akzeptanz. In diesem Zusammenhang bedeutet Akzeptanz nicht, dass Bürger\*innen im Zuge eines inszenierten „Beteiligungsprozesses“ eine bereits getroffene Entscheidung akzeptieren. Viel eher geht es nach Sommer (2015) um den Partizipationsprozess an sich. Dieser sollte über Ergebnisoffenheit sowie offene Beteiligungsformate verfügen, Raum für kritische Diskurse schaffen und transparent

in jedem Prozessschritt gestaltet sein. Darüber hinaus sollten auch Personen, die gesellschaftlichen Minderheiten angehören und/oder eine geringere Ressourcenausstattung aufweisen, im Prozess Gehör finden. Ziel sollte es sein, im Rahmen eines Partizipationsprozesses Ergebnisse zu entwickeln, die in der breiten Bevölkerung Akzeptanz finden (vgl. Sommer 2015:16 ff.).

Bei der Konzeption eines Partizipationsprozesses ist es entscheidend, dass die Beiträge der Bürger\*innen mit einer Ernsthaftigkeit behandelt werden und nicht unterstellt wird, dass die zu besprechenden Sachverhalte für die lokale Bevölkerung zu komplex seien. Im Gegenteil: Beteiligung verbessert laut Sommer (2015) die Qualität eines Vorhabens, indem verschiedene Interessen und unterschiedliche Betroffenheiten direkt zusammengebracht und ausgehandelt werden. Dieses Vorgehen der direkten Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Anliegen betroffener Bürger\*innen sei effizienter als die Einschätzungen von Expert\*innen in Bezug auf potenzielle lokale Interessen (☞ Abbildung 3). Grundlage dafür ist eine offene Haltung für die Anregungen und Lösungsvorschläge der lokalen Expert\*innen, diskussionsorientierte Formate sowie ein wertschätzender Umgang aller Beteiligten. Dies steigert einerseits die Beteiligungsbereitschaft in der Bevölkerung und schafft nachhaltige Akzeptanz und somit eine höhere Qualität des Vorhabens (vgl. Sommer 2015:18 f.).

Als vierte Dimension für eine gelingende Beteiligung nennt Sommer (2015) „Emanzipation“. In dem vorherrschenden postpolitischen Kontext, der sich vor allem durch den Bedeutungsverlust repräsentativer Demokratien äußert, sei es erforderlich, dass Bürger\*innen nicht mehr passive Zuschauer\*innen politischer Prozesse sind, sondern aktiv Gestaltende werden. In diesem Zusammenhang versteht Sommer „Emanzipation“ als Notwendigkeit für erfolgreiche Partizipationsprozesse, indem Bürger\*innen in den Fokus gerückt und als gestaltende Subjekte des Verfahrens ermächtigt werden (vgl. Sommer 2015:19 f.).

**Partizipation ist, von ihrem Grundgedanken her, mehr ein Postulat für Gleichberechtigung und Selbstbestimmung und weniger eine Methode für eine reibungslose Umsetzung von bereits geplanten und definierten Vorhaben bei dem bestenfalls am Rande mitgeredet werden darf. (Oehler u. a. 2017:11)**

## Qualität

## Emanzipation

**Abb. 3:** Französisches Studierendensplakat: ich partizipiere, du partizipierst, er partizipiert, wir partizipieren, ihr partizipiert, sie profitieren. Arnstein 2019:25.



### 2.2.3 Begriffsabgrenzung Partizipation und Emanzipation

Dass Emanzipation als eine wesentliche Eigenschaft erfolgreich konzipierter Beteiligungspraxis bezeichnet wird, spannt den Bogen zum folgenden Kapitel. Dieses befasst sich mit der Abgrenzung des Emanzipations- und Partizipationsbegriffs. Der Partizipationsbegriff wird je nach Disziplin unterschiedlich genutzt und verstanden. In Verbindung mit der Raumplanung gibt es sowohl formelle als auch informelle Partizipationsprozesse. Bei formellen Raumplanungsverfahren bzw. hoheitlichen Raumplänen, beispielsweise bei Erstellung bzw. Änderung von Bebauungsplänen oder Flächenwidmungsplänen, wird der Umfang der Beteiligung auf Grundlage von Gesetzen bestimmt. In der Regel gibt es einerseits die Möglichkeit sich über Planungsentwürfe zu informieren und andererseits besteht die Option sich als Planungsbetroffene\*r mittels fristgerechter Stellungnahme in den Prozess einzubringen (vgl. ÖGUT – Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (Hg.) 2021). Informelle Beteiligung ist hingegen ein freiwilliges Instrument, das durch das politisch-administrative System<sup>6</sup> gewährt bzw. initiiert werden kann. In der Planung findet Partizipation weitestgehend anlass- bzw. projektbezogen statt und gehört mittlerweile „zum guten Ton“ – sie ist somit aus der Praxis nicht mehr wegzudenken (vgl. Interview E 2022:31-34, Interview F 2022:159-163).

<sup>6</sup> Das **politisch-administrative System** ist die begriffliche Zusammenfassung der gewählten Entscheidungsträger\*innen (z.B. Bezirksvertretung) sowie der Verwaltung, Behörden etc. (z.B. Magistratsabteilungen der Stadt Wien) (vgl. Schubert & Klein 2021).

Das Ausmaß der Beteiligung wird in den meisten Fällen durch das politisch-administrative System bestimmt und top-down strukturiert. Bei der Frage des Beteiligungsumfangs wird in Praxisanalysen bzw. -bewertungen auf diverse Modelle, welche sich mit den unterschiedlichen Stufen der Beteiligung befassen, Bezug genommen. Lüttringhaus (2000) entwickelte basierend auf den Stufenmodellen von Arnstein (1972) und Wickrath (1992) ein eigenes Beteiligungsmodell, welches die Teilhabegewährung der des politisch-administrativen Systems (z.B. Politik) und die Teilnahme eines interessierten Personenkreises (z.B. Bürger\*innen) gegenüberstellt. Die Stufenmodelle ordnen den Grad der Partizipation hierarchisch bzw. prozessual aneinander an. Das Modell nach Wickrath (1992) beschreibt das Verhalten und den Einfluss von Seiten der Bürger\*innen, während das Stufenmodell nach Arnstein (1972) die Beteiligungsmöglichkeiten, die durch das politisch-administrative System gewährt wird, beleuchtet (vgl. Lüttringhaus 2000:38 f.). Durch die Gegenüberstellung der beiden Modelle kann aufgezeigt werden, „welche Stufe von Partizipation aufgrund der jeweiligen politischen Rahmenbedingungen (z.B. Gesetze; Bereitschaft der Entscheidungsträger/innen usw.) und der eigenen Potenziale (z.B. Protestpotenzial) möglich ist und angestrebt wird.“ (Lüttringhaus 2003:2)

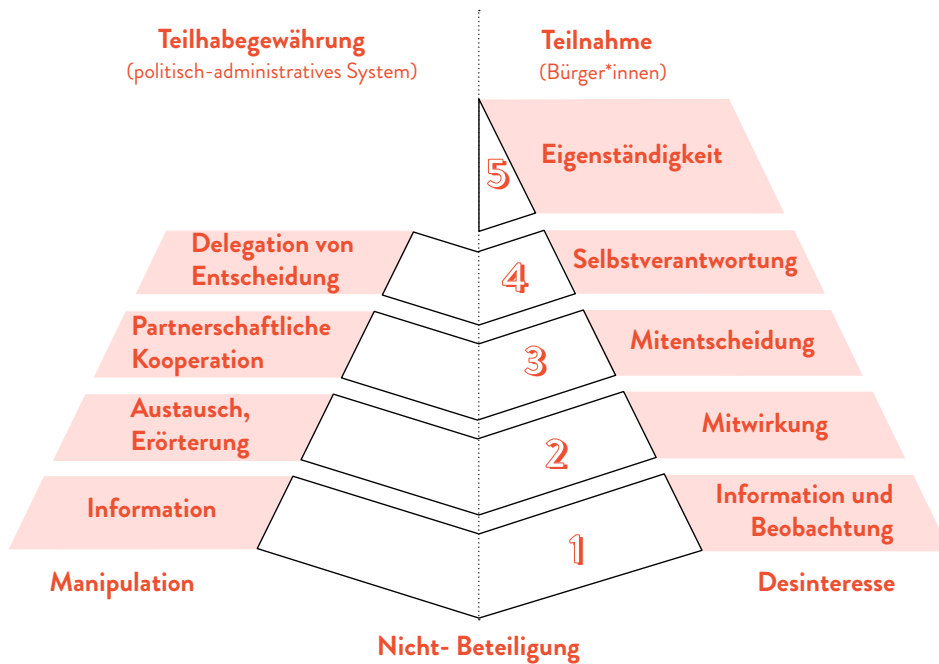


Abb. 4: Stufen der Beteiligung, e.D. nach Lüttringhaus 2000:44.

Der Ausgangspunkt des Modells nach Lüttringhaus (2000) ist die „Nicht-Beteiligung“, die sich aus „Manipulation“ und „Desinteresse“ zusammensetzt. Dieser Zeitpunkt beschreibt die Haltung eines politisch-administrativen Systems, Bürger\*innen zu spät oder gar nicht in Bezug auf ein Planungsvorhaben zu informieren. Das hat zur Folge, dass Bürger\*innen vor vollendete Tatsachen gestellt werden und schließlich das Vorhaben akzeptieren müssen oder zu einer Akzeptanz manipuliert werden. Dies erfolgt durch die selektive Information der Bürger\*innen indem bereinigte Daten präsentiert und kritische Zugänge gar verschwiegen werden. Als eine ebenso manipulative Haltung werden zudem Vertreter\*innen des politisch-administrativen Systems bezeichnet, die durch die Anwendung von Fachsprache Bürger\*innen einschüchtern, oberflächliche Auskünfte geben oder durch Bürger\*innen gestellte Fragen abweisen (vgl. Arnstein 1972:194 ff. in Lüttringhaus 2000:39). Darüber hinaus ist anzumerken, dass jegliche Form von Partizipation in einer Demokratie auf Freiwilligkeit basiert und es somit Bürger\*innen freisteht, sich für ein Planungsvorhaben zu interessieren oder nicht (vgl. Lüttringhaus 2000:42). Insofern ist „Desinteresse“ ebenso ein Teil der Vorstufe der „Nicht-Beteiligung“.

## Nicht-Beteiligung

Die erste Stufe stellt die schwächste Form der Beteiligung dar und beschreibt den einseitigen Informationsfluss durch Vertreter\*innen des politisch-administrativen Systems. In dieser Stufe ist eine direkte Einflussnahme auf das Vorhaben nicht vorgesehen ist. Ob es sich beim Informationsvorgang um „Nicht-Beteiligung“ oder die

### 1. Stufe: Information – Information und Beobachtung

1. Stufe der Partizipation handelt, hängt davon ab, wie offen informiert wird. Dies steht wiederum in Zusammenhang mit der Haltung der offiziellen Entscheidungsträger\*innen. Offene Informationsweitergabe zeichnet sich durch transparente Planungsinhalte sowie dem vorhandenen Zugang zu Informationen aus. Ebenso werden Bürger\*innen über ihre Rechte und Möglichkeitsräume im Prozess aufgeklärt. Die meisten Instrumente, die für einseitige Information genutzt werden, sind Medien, Broschüren, Plakate sowie Anfragen auf Antworten. Auch wenn keine Form der Diskussionsmöglichkeit bzw. Rückmeldung durch Bürger\*innen in diesem Stadium der Beteiligung vorhanden ist, bildet diese Stufe die Basis jeglicher Prozesse. Denn erst durch die Informationsvermittlung rund um ein Planungsvorhaben, werden die Beteiligten auf den gleichen Stand gebracht und weitere Beteiligungsmöglichkeiten eröffnet (vgl. Arnstein 1969:27f.; Lüttringhaus 2000:39 f.). Ebenso legitim sind Personen, die auf dieser Stufe als Beobachter\*innen bleiben und die Ereignisse rund um ein Vorhaben verfolgen, selbst wenn im Prozess den Bürger\*innen bereits weitere Handlungsspielräume durch eine höhere Partizipationsstufe eingeräumt wurden (vgl. Lüttringhaus 2000:43).

**2. Stufe:  
Austausch, Erörterung –  
Konsultation, Mitwirkung**

In der 2. Stufe treten die Vertreter\*innen des politisch-administrativen Systems in den Austausch mit Bürger\*innen. Bürger\*innen erhalten die Möglichkeit, ihre konkreten Anregungen zu erörtern und in den Prozess einzubringen. In der Regel findet dies in Form von Umfragen, öffentlichen Anhörungen oder Nachbarschaftstreffen statt. Dabei ist es essenziell, dass die eingebrachten Anmerkungen ernst genommen werden. Es gibt jedoch keine Absicherung, dass die Anregungen zu einer tatsächlichen Intervention im Prozess führen. Die Position der Bürger\*innen ist klar geregelt, indem diese eine beratende Rolle einnehmen. Mitwirkung bedeutet in diesem Zusammenhang, dass eine Einflussnahme vor einer Entscheidung möglich ist, die Beschlussfassung selbst obliegt den Vertreter\*innen des politisch-administrativen Systems. Die Unklarheit darüber, was mit den eingebrachten Anregungen passiert, führt häufig dazu, dass diese Partizipationsstufe als Alibipartizipation bezeichnet und lediglich für öffentlichkeitswirksame Zwecke instrumentalisiert wird (vgl. Arnstein 2019:28; Lüttringhaus 2000:41 ff.).

**People are primarily perceived as statistical abstractions, and participation is measured by how many come to meetings, take brochures home, or answer a questionnaire. What citizens achieve in all this activity is that they have “participated in participation”.  
(Arnstein 2019:28)**

Bürger\*innen erhalten in der 3. Stufe erstmals die Möglichkeit, aktiv an einem Prozess mitzuentcheiden. Entscheidungen werden in dieser Partizipationsstufe nicht einseitig durch Entscheidungsträger\*innen getroffen, sondern partnerschaftlich ausgehandelt. Dies findet meistens in Gremien, Planungsausschüssen und Mechanismen zur Konfliktlösung statt. Nachdem die geteilten Informationen und Sichtweisen in einem deliberativen Verfahren zu einer Entscheidung führen, bekennen sich die Vertreter\*innen des politisch-administrativen Systems zu diesen. Auch wenn die Entscheidung dennoch formal getroffen wird, akzeptieren die Entscheidungsträger\*innen das Ergebnis des Beteiligungsprozesses und tragen dieses in offizielle Gremien (vgl. Arnstein 2019:31; Lüttringhaus 2000:42 ff.).

### **3. Stufe: Partnerschaftliche Kooperation – Mitentscheidung**

In der 4. Stufe sind Bürger\*innen selbstverantwortlich, indem ihnen die Entscheidungsmacht übertragen wird. Sie verfügen über finanzielle, organisatorische und inhaltliche Grundlagen und treffen autonom Entscheidungen (vgl. Lüttringhaus 2000:42f.). Ein Beispiel auf einem kleinen Maßstab könnte eine Gruppe von Nachbar\*innen sein, die einen Flohmarkt organisieren möchte und dazu die Räumlichkeiten von der Lokalen Agenda 21 Landstraße zur Verfügung gestellt bekommt.

### **4. Stufe: Delegation von Entscheidungen – Selbstverantwortung**

In der 5. Stufe agieren Bürger\*innen autonom und eigenständig unabhängig davon, ob seitens des Staatssystems eine Teilnahme gewährt wird (vgl. Lüttringhaus 2000:43). Das Vorhaben wird von den Bürger\*innen selbst initiiert und umgesetzt.

### **5. Stufe: Eigenständigkeit**

Das Modell nach Lüttringhaus (2000) zeigt auf, dass durch das Zusammenspiel der teilnahmegewährenden bzw. -fördernden Seite, dem politisch-administrativen System, sowie den teilnehmenden Bürger\*innen die Partizipationsstufe in der Praxis bestimmt werden kann. Die Teilnahmegewährung ist dabei vor allem von der Haltung des politisch-administrativen Systems abhängig (vgl. Lüttringhaus 2000:44).

Partizipation findet, wie in dem Stufenmodell abzulesen ist, in einem unterschiedlichen Umfang in sich aufeinander aufbauenden Stufen statt. Während die drei unteren Stufen stark durch die Rahmensetzung und Haltung des politisch-administrativen Systems bestimmt werden, sind die zwei oberen Stufen vor allem vom Beitrag von Bürger\*innen selbst abhängig. In der 4. Stufe werden Bürger\*innen mittels Ressourcen, in finanzieller Hinsicht oder auch beispielsweise durch die Bereitstellung von technischer Infrastruktur unterstützt, in der 5. Stufe organisieren sich Bürger\*innen autonom. Die Partizipationsstufen „Selbstverantwortung“ und „Eigenständigkeit“ könnten als „emanzipatorische Praktiken“ bezeichnet werden, da diese ähnliche Merkmale aufweisen können, wie beispielsweise das selbstbestimmte Handeln (☞ Kapitel 2.2.4). Der Partizipations- und Emanzipationsbegriff ergänzen und verstär-

ken sich im Idealfall, stehen aber gleichzeitig auch in einem Spannungsverhältnis zueinander (vgl. Oehler u. a. 2017:26 f.). Die beiden Begriffe können somit in der partizipativen Planung nicht voneinander getrennt betrachtet werden.

### 2.2.4 Begriffsdefinition „Emanzipatorische Praktiken“

Basierend auf einer Literaturrecherche sowie Expert\*inneninterviews wurde im Zuge der vorliegenden Arbeit eine Begriffsdefinition für „emanzipatorische Praktiken“ erarbeitet, die auch in weiterer Folge die Basis für die Praxisanalyse bildet. Derzeit liegt keine normative Begriffsdefinition vor, daher werden die einzelnen Dimensionen systematisch herausgearbeitet.

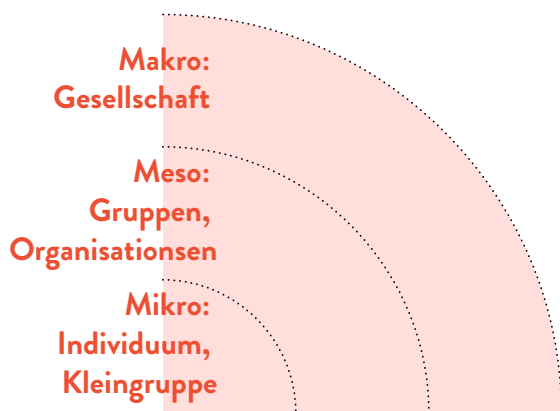
Der erste Teil des zusammengesetzten Begriffs „emanzipatorisch“, wurde im Kapitel 2.1.1 in seiner historischen Entwicklung, im Kapitel 2.1.2 in der gegenwärtigen Bedeutung sowie im Kapitel 2.1.3 in Zusammenhang mit „Stadt“ beleuchtet. Daraus ergab sich, dass der Emanzipationsbegriff durchwegs für einen Befreiungsprozess aus einer unterdrückten Position steht und der damit verbundenen Erfahrung mit Machtstrukturen bzw. wie diese wirken. Inwiefern es sich um einen Befreiungsprozess aus Ungleichheits- und Diskriminierungsverhältnissen handelt, ist zunächst von der Betrachtungs- bzw. Analyseebene abhängig (vgl. Interview D 2022:274-280). Dabei wird zwischen der Mikro-, Meso- und Makroebene unterschieden. Die Mikroebene umfasst das Individuum sowie Kleingruppen und wie diese in Abhängigkeit zueinanderstehen. Die Mesoebene bezieht sich auf Gruppen, Institutionen und Organisationen. Diese setzen sich aus Akteur\*innen zusammen, die zweckorientiert und planmäßig Strukturen und Prozesse bilden und gestalten. Bei der Untersuchung der Makroebene findet die Analyse aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive statt (vgl. Dangschat 2015:25). Historisch bewegt sich der Emanzipationsbegriff

in Zusammenhang mit der Arbeiter\*innen-, Frauen- oder Student\*innenbewegung vor allem auf einer Makroebene, da gezielt bestehende Ungleichheits- und Diskriminierungsverhältnisse hinterfragt und eine Befreiung aus diesen angestrebt wurde. Ein plakatives Beispiel für die Analyse basierend auf Betrachtungsebenen ist eine weiße, heterosexuelle Cis-Frau aus einem ressourcenstarken Milieu, die auf einer Makroebene keiner marginalisierten Gruppe angehört und somit - von einer Ungleichheitsperspektive ausgehend - weniger von Unterdrückung betroffen ist. Auf der Mikroebene wird aber ebendiese Frau in ihrer Ehe unterdrückt. Die Betrachtung der Ressour-

#### Erfahrungen mit Unterdrückungsmechanismen



Abb. 5: Mikro-, Meso-, Makroebene. e.D. nach Dangschat 2015:25.



censtärke in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext einer Einzelperson sagt somit zwangsläufig nichts über die Erfahrung mit Unterdrückungsmechanismen aus (vgl. Interview E 2022:70-73).

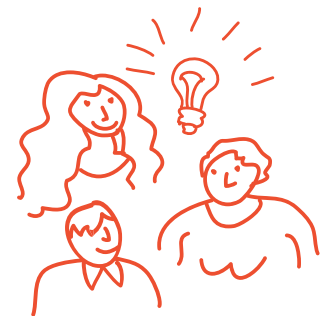
Ein weiteres Beispiel ist eine Agendagruppe, die sich mit dem Thema nachhaltige Mobilität auseinandersetzt und gemeinsam darüber reflektiert, wieviel Platz PKWs im öffentlichen Raum einnehmen. Die gemeinsame Reflexion über die ungerechte Platzverteilung im öffentlichen Raum zugunsten privater PKWs führt dazu, dass die Gruppe selbstbestimmt ein Parklet<sup>7</sup> initiiert. Auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene hat diese Handlung vermutlich weniger Einfluss auf bestehende Machtverhältnisse und Ungleichheiten. Auf der Mikroebene hingegen werden die Mitglieder der Agendagruppe zu gestaltenden Subjekten. Basierend auf der Kritik an der vorherrschenden Verteilung des öffentlichen Raums, wurde eine selbstbestimmte Handlung gesetzt. Dieses Szenario kann als eine emanzipatorische Praktik bezeichnet werden (vgl. Interview D 2022:29-44).

Ausgehend von diesem Beispiel beschreiben emanzipatorische Praktiken also einen kollektiven Reflexionsprozess, der durch das Hinterfragen bestehender (Macht-) Verhältnisse angestoßen wird und zu einer selbstbestimmten Handlung führt. Emanzipatorische Praktiken können kollektive bzw. gruppenbezogene oder auch individueller Prozess sein. Grundlage ist stets sich aus einer Fremdbestimmung und Bevormundung zu befreien. Im Zentrum stehen das gemeinsame Lernen sowie die kollektive Erfahrung mit den Grenzen des eigenen Handlungsspielraumes (vgl. Interview D 2022:46-53). Die Erfahrung, die durch das gemeinsame Handeln oder auch der Aushandlung von Konflikten entsteht, wird zu einem informellen Lernort. Dabei ist auch die Arbeit innerhalb der Gruppe wesentlich, indem eine gegenseitige Ermächtigung und damit auch eine Ermächtigung nach außen stattfindet (vgl. Klatt 2013:18; Interview F 2022:178-187).

Ein wesentliches Merkmal von emanzipatorischen Praktiken ist, dass es sich um keinen linearen Prozess handelt. Indem der Prozess über das kollektive Lernen und Reflexion entsteht und nicht vorab definiert werden kann, ist der Prozess ergebnisoffen und prozessorientiert (vgl. Interview D 2022:13-25). Dadurch erhalten emanzipatorische Praktiken einen Experimentcharakter, da erst durch das gemeinsame Tun der Beteiligten, eine Struktur, ein Inhalt und ein Ziel entwickelt wird. In diesen Prozessen wird immer auf bestehende Verhältnisse Bezug genommen und vorherrschende Strukturen provoziert; der Bruch mit Konventionen sowie Konflikte werden dabei in Kauf genommen (vgl. Oehler u. a. 2017:26f.).

<sup>7</sup> Unter einem **Parklet** versteht man eine alternative Nutzung eines Stellplatzes als einen öffentlich zugänglichen Aufenthaltsraum. Diese sind meistens temporär und können unterschiedlich mit Sitzmöbeln, Grünelementen etc. ausgestattet sein (vgl. Magistrat der Stadt Wien 2015:4).

## Kollektives Lernen



## Ergebnisoffenheit





Emanzipatorische Praktiken können beispielsweise auch im Zuge eines Partizipationsprozesses entstehen, der durch das politisch-administrative System strukturiert und im Stufenmodell in der 2. Stufe (☞ Kapitel 2.2.3) verortet wird. Aufgrund von wachsender Unzufriedenheit in Bezug auf fehlende Möglichkeiten sich in den Prozess aktiv bzw. gestaltend einbringen zu können, entsteht ein Gruppenbewusstsein, das die beteiligten Bürger\*innen selbstermächtigt und zur Gründung einer Bürger\*inneninitiative bewegt (Interview D 2022:77-85). Diese aufgeheizte Stimmung in der Zivilgesellschaft ist elementar für eine lebhaftere Demokratie und ein wertvoller Aspekt für weiteres Engagement und Freiwilligkeit (vgl. Klatt 2013:17).

**Selbstwirksamkeit**



Jegliche Form von Engagement, sei es im zivilgesellschaftlichen Kontext in Vereinen bzw. Bürger\*inneninitiativen oder die Teilnahme an Beteiligungsveranstaltungen im Zuge eines planungsbezogenen Partizipationsprozesses, beruht auf dem Konzept der Selbstwirksamkeit. Dieses besagt, dass Personen bei herausfordernden Situationen, die nicht ihrer alltäglichen Routine entsprechen, auf ihre Kompetenzen vertrauen, um diese zu bewältigen. Darüber hinaus geht es um die subjektive Wahrnehmung, dass das eigene Handeln eine Wirkung entfalten kann und es möglich ist, selbst etwas (politisch) zu verändern. In der Regel haben Personen, die sich in emanzipatorischen Praktiken bewegen, im Laufe ihres Lebens entscheidende Erfahrungen der Selbstwirksamkeit gesammelt (vgl. Klatt 2013:17 ff.; Schwarzer & Jerusalem 2002:35; Bödeker 2012:2).

**Bedeutung der lokalen Ebene**



Im Kontext der Stadtentwicklung sind speziell auf lokaler Ebene, Formen von emanzipatorischen Praktiken in unterschiedlichen Mitbestimmungsformaten, wie Grätzlbeiräten, Diskussionsforen oder konkreten Projektmitwirkungen (Nachbarschaftsgärten, Zwischennutzungen etc.) erkennbar (vgl. Oehler u. a. 2017:25f.). Die lokale Ebene ist in Bezug auf emanzipatorische Praktiken von großer Bedeutung. Einerseits wird ausgehend von persönlicher Betroffenheit bzw. Kritik am Alltag eine emanzipatorische Handlung gesetzt und andererseits werden die Auswirkungen der gesetzten Handlungen unmittelbar sichtbar (☞ Kapitel 2.1.3). Die lokale Ebene ist daher jene Ebene, wo angesetzt werden sollte, emanzipatorische Praktiken zu fördern.

Die erarbeitete Definition von „emanzipatorischen Praktiken“ beschreibt einen Befreiungsprozess aus unterdrückenden Strukturen, die in einem kollektiven Lernprozess selbstbestimmt hinterfragt werden. Bei der Analyse von Unterdrückungsmechanismen ist stets die Betrachtungsebene zu beachten, die sich auf eine Mikro-, Meso- oder Makroebene beziehen kann. Emanzipatorische Praktiken finden nicht in einem linearen Prozess statt, sondern werden mit und durch die beteiligten Ak-

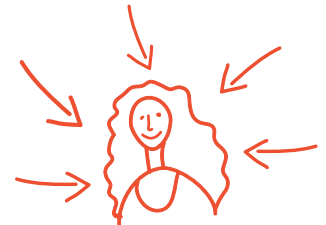
teur\*innen bestimmt. Sie sind somit prozessorientiert und ergebnisoffen. Ein wesentlicher Bestandteil ist die Erfahrung mit Selbstwirksamkeit, die vor allem auf der lokalen Ebene erkennbar wird, indem selbstbestimmte Handlungen unmittelbar sichtbar werden.

## 2.2.5 Förderung emanzipatorischer Praktiken im Stadtentwicklungskontext

Wie eingangs bereits erwähnt, sind in der Disziplin der Sozialen Arbeit emanzipatorische Konzepte, anders als in der Planungspraxis, fest verankert. Die Soziale Arbeit beschäftigt sich einerseits forschend, als auch intervenierend mit den Themenkomplexen der sozialen Ungleichheiten, Diskriminierungen, gesellschaftliche Marginalisierungen und Ausschlüssen. Diesen Feldern begegnet die Soziale Arbeit im Kontext von Stadt und Raum im Handlungsfeld der Gemeinwesenarbeit (GWA). GWA ist eine emanzipatorisch sozialraumorientierte Handlungsstrategie, die „Hilfe zur Selbsthilfe“ als Handlungsmaxime begreift. Die GWA versteht sich als interdisziplinäres Feld, das auf der Stadtteilebene agiert und in unterschiedlichen Kontexten stattfindet. So ergeben sich zahlreiche Überschneidungspunkte mit der Raumplanung. Menschen sollen dazu ermächtigt werden, Ungleichheits- und Diskriminierungsverhältnisse zu hinterfragen und werden unterstützt Handlungsansätze zu entwickeln, um sich aus Unterdrückungsmechanismen zu befreien. Dabei sollen vor allem Personen Beachtung finden, die von derartigen Ausschlüssen betroffen und demnach einem ressourcenschwächeren Milieu zugehörig sind (vgl. Stoik 2021:100ff; Oehler u. a. 2017:25 f.; vgl. Riede 2019:71). „Ziel der Gemeinwesenarbeit ist es, mit Hilfe von Ressourcenaktivierung, partizipativer Projektarbeit und Empowerment, Menschen und Akteursgruppen im Sozialraum zur aktiven Mitgestaltung ihres Gemeinwesens anzuregen.“ (Bringt u. a. 2014:13 in Riede 2019:75) In Anlehnung an das Handlungskonzept der GWA werden notwendige Aspekte, die zur Förderung von emanzipatorischen Praktiken wesentlich sind, herausgearbeitet. In diesem Zusammenhang wird bewusst das Wort „fördern“ genutzt, denn in der Planungspraxis bzw. in der Beteiligungsarbeit, könnte die Absicht, andere Personen explizit zu emanzipieren als bevormundend und fremdbestimmt wahrgenommen werden (vgl. Schubert 2017:52).

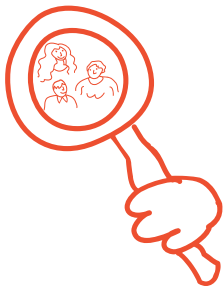
In erster Linie ist das Anstreben eines lebensweltnahen Ansatzes wesentlich, der sich seitens der Sozialen Arbeit auf einer Mikroebene bewegt (vgl. Stoik 2021:101). Die Nachbarschaft gilt als wichtige Interventionsebene. Mittels niederschwelliger Anlaufpunkte soll die lokale Bevölkerung unterstützt werden ihren Lebensraum zu gestalten. Bürger\*innen werden als lokale Expert\*innen ihrer eigenen Lebensrealität betrachtet. GWA ist ein langfristig angelegtes Handlungskonzept und baut im

### Lebensweltnaher Ansatz



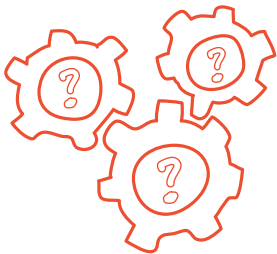
Gegensatz zu meistens punktuell stattfindenden Beteiligungsveranstaltungen (lokale) Netzwerke auf, mit dem Ziel die Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung auf allen Ebenen zu verbessern. Ebenso essenziell ist die Pflege der Beziehung zu den Menschen vor Ort durch beständige Beteiligungs- und Ermutigungsarbeit (vgl. Riede 2019:70 f.).

### Sozialraumorientierung



Um lebensweltnahe Zugänge herzustellen, um folglich emanzipatorische Praktiken zu fördern, ist eine Sozialraumanalyse als Grundlage erforderlich. Dieser liegt eine intensive Auseinandersetzung mit dem Sozialraum<sup>8</sup> zugrunde. Derartige Analysen können auf kleinräumiger Ebene mittels statistischer Auswertung demographischer Daten erfolgen bis hin zu einer umfassenden Untersuchung von Lebenswelten aus unterschiedlichen Perspektiven. Ziel ist es, die Zusammenhänge zwischen physischen und sozialen Aspekten im Raum zu verstehen sowie deren funktionale Verflechtungen. Die Sozialraumanalyse zählt mittlerweile auch zu einer gängigen Praxis in der Stadtentwicklung und wird vermehrt als wesentliche Grundlage vor Planungen, die den öffentlichen Raum betreffen, durchgeführt (vgl. Stoik 2021:107; Magistrat der Stadt Wien 2012:14 f.).

### Prozessoffenheit



Ein Blick auf die Planungspraxis ergibt, dass partizipative Planungen häufig ergebnisorientiert ausgelegt sind und unter einem erheblichen Zeitdruck stattfinden (vgl. Schubert 2017:58). Dies hat unter anderem zur Folge, dass einerseits nicht ausreichend Ressourcen, in zeitlicher, aber auch personeller Hinsicht, vorhanden sind, um artikulationsschwache Gruppierungen zu erreichen. Um Ergebnisse zu erzielen, wird also mit jenen Leuten gearbeitet, die ohnehin artikulations- und ressourcenstark sind und schnell zu den erwünschten Ergebnissen führen (Kapitel 2.2.1: Machtblindheit und soziale Selektion) (vgl. Interview D 2022:303-317). Für einen emanzipatorischer Ansatz ist es jedoch essenziell, dass der Prozess offen gestaltet ist. Bereits die Dialogformate sowie weitere Kommunikationsangebote sollten einerseits auf die lokalen Gegebenheiten abgestimmt sein sowie im Austausch mit der lokalen Bevölkerung (weiter)entwickelt werden, um möglichst vielen Personen eine Teilnahme zu ermöglichen. Im Vordergrund steht zudem nicht die Dienstleistungsorientierung in Bezug auf Bürger\*innenbeteiligung, sondern die Aktivierung der Bevölkerung sich in der Gestaltung ihres Lebensumfeldes einzubringen (vgl. Schubert 2018:2228; Riede 2019:77 ff.). Eine offene Haltung von Seiten der Prozessgestaltung ist somit sowohl in Bezug auf das Prozessdesign selbst, als auch in Hinblick auf das Ergebnis erforderlich, um emanzipatorische Praktiken zu fördern.

<sup>8</sup> Als **Sozialraum** wird die Produktion des Raumes durch soziale Praxis verstanden. Dieser Raumbegriff geht über das physische und geographische Raumverständnis hinaus und versteht diesen als Zusammenwirken von gesellschaftlichen, sozialen und physisch-materiellen Wechselbeziehungen (vgl. Schubert 2018:2226; Stoik 2008:107).

Neben dem lebensweltnahen Ansatz, der durch eine Sozialraumorientierung geschärft wird, sowie einem Bekenntnis zur Prozessoffenheit, ist der Entstehungskontext von Einrichtungen, Institutionen oder auch Initiativen, die die Absicht verfolgen emanzipatorische Praktiken zu fördern, wesentlich. In diesem Zusammenhang ist vor allem das Thema Finanzierung relevant. Es muss gewährleistet sein, dass Bürger\*innen eigenständig Handeln können und dabei gegebenenfalls durch professionelle Begleitung unterstützt werden. Ist eine Einrichtung beispielsweise von Förderungen abhängig oder städtisch finanziert, besteht die Möglichkeit, dass diese Leistungsnachweise in Form von Ergebnissen erbringen müssen, um eine Finanzierung zu sichern. Dadurch könnte das emanzipatorische Potenzial der Einrichtung eingeschränkt werden. Idealerweise sind Unterstützungsstrukturen dahingehend unabhängig, sodass das selbstständige Handeln der Bürger\*innen nicht durch externe Anforderungen, wie der Entwicklung ergebnisorientierter Projektumsetzungen, eingeschränkt wird (vgl. Interview D 2002:246-252). Ein weiterer Aspekt, der in Bezug auf den Entstehungskontext, zu beachten gilt, ist welche Zieldefinition die Einrichtung vertritt. Geht es der Einrichtung darum, dass eine Bevormundung beseitigt wird oder kommt es nur zu einem gefühlten Befreiungsprozess, der schließlich systemstabilisierend wirkt (vgl. Interview E 2022:145-156).

### Entstehungskontext emanzipatorischer Förderangebote





# TEIL II:

## Wiener Praxis

Die approbierte gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar.  
The approved original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.



**Historische Einbettung des  
Emanzipationsbegriffs**



**Strategische Instrumente der  
Stadtentwicklung**

### 3 Ansätze zur Förderung emanzipatorischer Praktiken in Wien

Das folgende Kapitel bildet den Übergang zur Praxisanalyse und setzt die zweite Forschungsfrage „Welche Ansätze zur Förderung emanzipatorischer Praktiken können im bestehenden strategischen Instrumentarium der Stadt Wien als solche identifiziert werden?“ in den Fokus. Zunächst wird der Emanzipationsbegriff in der Geschichte der Wiener Stadtentwicklung basierend auf der Ära des „Roten Wiens“ auszugsweise beleuchtet. Schließlich wird aus der Perspektive der emanzipatorischen Stadtentwicklung das Instrumentarium der Stadt Wien näher beleuchtet indem bestehende Strategien auf Ansätze zur Förderung emanzipatorischer Praktiken untersucht werden.

#### 3.1 Historische Einbettung des Emanzipationsbegriffs in Wien

Bezugnehmend auf die gegenwärtige Auseinandersetzung mit dem Emanzipationsbegriffs nach Butzlaff (2021) wurde die fremdinitiierte „Emanzipation“ in den Kontext des Roten Wiens gesetzt. Der Autor stellt die These auf, dass durch die Zurverfügungstellung öffentlicher Infrastrukturen, wie es beispielsweise im Roten Wien der Fall war, Emanzipationsprozesse top-down organisiert werden können (↪ Kapitel 2.1.2).

##### Das Rote Wien und Emanzipation

<sup>9</sup> Bis 1907 war das **Wahlrecht** nur Männern vorbehalten, die eine gewisse Steuerleistung erbracht haben, somit waren nicht nur Frauen, sondern auch Geringverdienende von Wahlen ausgeschlossen. Mit 1919 wurde schließlich auch das Wahlrecht für Frauen eingeführt (vgl. Republik Österreich (Hg.) o. J.).

Die sogenannte Ära des Roten Wiens umfasst den Zeitraum von 1919 bis 1934. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfuhr Wien im Zuge der Industrialisierung ein massives Bevölkerungswachstum, was zu prekären Wohnverhältnissen führte. Der Alltag der Arbeiter\*innen war geprägt von einer massiven Wohnungsnot sowie Krankheiten (Tuberkulose). Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs 1918 und der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts<sup>9</sup> für alle Staatsbürger\*innen, gelang der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs bei den Wahlen zum Wiener Gemeinderat die kommunalpolitische Alleinherrschaft. Die Politik des Roten Wiens setzte mittels umfangreicher Reformprogramme einen zentralen Fokus auf die soziale und kulturelle Integration der Wiener Arbeiter\*innenbevölkerung durch eine spürbare Verbesserung der Lebensbedingungen. Ein wesentliches Merkmal war eine soziale Steuerreform durch eine großflächige Umverteilungspolitik, das kommunale Wohnbauprogramm sowie Reformen unter anderem im Bereich

Bildung und Gesundheit. Vor allem das kommunale Wohnbauprogramm zählt zu einem essenziellen Bestandteil des Roten Wiens. Bis 1933 entstanden rund 64.000 Gemeindewohnungen in ganz Wien. Diese waren meist Teil von größeren Wohnhausanlagen und verfügten über Sanitäreinrichtungen, Wasser- und Kochstellen, Gas und Elektrizität. Die Anlagen, die häufig in hofartigen Strukturen angelegt und daher „Hof“ genannt wurden, waren zudem mit großzügigen Gemeinschaftseinrichtungen, wie Bibliotheken, zentralen Waschküchen, Turnhallen, Veranstaltungs- und Versammlungssälen, Beratungsstellen für Mütter, Kindergärten etc. ausgestattet. Des Weiteren waren Grünanlagen in den meisten Höfen integriert. Die politische Hegemonie äußerte sich nicht nur in der Errichtung von Wohnraum und (sozialer) Infrastruktur, sondern strukturierte maßgeblich das soziale Leben durch sozialdemokratisch geprägte Organisationen im Freizeit-, Kultur-, Sport- und Jugendbereich. Auf diese Art wurde das Gemeinwesen im Roten Wien organisiert (vgl. Heindl 2020:371 ff.; Melinz 1999:18 f.; Kudryashova & Schwarz 2020:519; Sozialdemokratische Partei Österreichs (Hg.) o. J.; Güntner & Kirsch-Soriano da Silva 2021:8 f.). Die zahlreichen Institutionen des Roten Wiens zielten darauf ab durch politische Fürsorge, „wirtschaftlich Schwache“ in das wirtschaftliche Leben zu (re)sozialisieren. Butzlaff (2021) spricht in diesem Zusammenhang davon, dass weniger privilegierte Personen, nicht über die notwendigen Ressourcen verfügten, um sich zu emanzipieren und daher von Seiten der Kommune ihre Freiheit top-down gewährt bekommen und zur Selbstentfaltung und Befreiung gefördert werden mussten (vgl. Melinz 1999:19; Butzlaff 2021:5).

Die Hegemonialstellung der Sozialdemokratie setzte sich auch nach dem Zweiten Weltkrieg fort, so auch der Ansatz Emanzipation „von oben“ zu organisieren bzw. zu gewähren. Dieses Emanzipationsverständnis hat jedoch zunehmend Kritik erfahren, da Emanzipationsprozesse dadurch vermeintlich reguliert werden. Die kritische Auseinandersetzung mit vorherrschenden Machtstrukturen ist zudem einer der wesentlichsten Ausgangspunkte für emanzipatorische Prozesse (vgl. Michels 2016 in Butzlaff 2021:5). Bis heute werden laut Interviewpartner\*innen emanzipatorische Prozesse in Wien in der Tradition der Sozialdemokratie strukturiert, reguliert und teilweise auch unterdrückt. In der Smart City Strategie der Stadt Wien gibt es mittlerweile Ansätze Bottom-up-Beteiligungsprozesse verstärkt zu fördern (☞ Kapitel 3.2.4) sowie unterschiedliche Beteiligungsformate, wie der LA21 Wien, um Bürger\*innen gezielt zur Gestaltung ihres Lebensumfeldes zu aktivieren (☞ Kapitel



**Abb. 6:** Wohnungsnot einer Arbeiterfamilie, um 1900. Österreichische Nationalbibliothek.

### **top-down Emanzipation?**



4.1.4). Prozesse, die jedoch fernab von städtisch institutionalisierten Beteiligungsstrukturen und aus Eigeninitiative von Bürger\*innen als emanzipatorische Praktiken entstehen, haben es jedoch umso schwerer von der Stadtregierung Unterstützung zu erfahren (vgl. Winterer 2019; Interview D 2022:100-121, Interview E 2022: 36-46).

**Die Menschen identifizieren sich wieder stärker mit ihrem Grätzl. Sie wollen mitgestalten. Sie wollen aktiv zu einer lebenswerten Stadt beitragen. Doch die Stadtregierung tut sich schwer mit Bürgerbeteiligung, die nicht von ihr selbst initiiert ist. Bottom-up-Prozesse scheint sie fast als Majestätsbeleidigung zu verstehen. Sie hat kein Verständnis dafür. Ihre Strategie ist, komplett zu mauern. (Elke Rauth, Obfrau von dérive - Verein für Stadtforschung in Winterer 2019)**

**Abb. 7:** Karl-Marx-Hof, 1930.  
Österreichische  
Nationalbibliothek.



## 3.2 Strategische Instrumente der Stadtentwicklung

Die Stadt Wien verfügt über aufeinander aufbauende strategische Instrumente, die Konzepte über die künftige Stadtentwicklung beinhalten. Dabei hat die Bedeutung von Bürger\*innenbeteiligung in den vergangenen Jahrzehnten stetig zugenommen. Wie Bürger\*innenbeteiligung konkret umgesetzt wird ist jedoch von dem Zuständigkeits- und Themenbereich abhängig; die Partizipationskultur in Wien ist somit sehr vielseitig (vgl. Hertzsch & Hamedinger 2019:72).

Im Folgenden werden bestehende Instrumente der Stadtentwicklung beleuchtet und dahingehend untersucht, inwiefern Ansätze zur Förderung emanzipatorischer Praktiken verankert sind. Dabei ist zu betonen, dass die untersuchten Strategien nicht mit der primären Prämisse, der Förderung emanzipatorischer Praktiken entwickelt wurden. Es sollen jedoch Aussagen darüber getroffen werden, inwiefern Ansätze vorhanden sind.

### 3.2.1 Praxisbuch Partizipation

Das „Praxisbuch Partizipation“ wurde 2012 von der Wiener Magistratsabteilung 18 (Stadtentwicklung und Stadtplanung) herausgegeben und umfasst einen Leitfaden für Bürger\*innenbeteiligungsprozesse. Zielgruppe dieses Dokuments sind Mitarbeiter\*innen des Wiener Magistrats, die in der Stadtentwicklung oder verwandten Bereichen, beispielsweise in Zusammenhang mit der Gestaltung des öffentlichen Raumes, tätig sind und die Absicht haben bei der Erstellung von informellen Programmen, Planungen oder Projekten die Öffentlichkeit zu beteiligen. Das Dokument selbst ist als Handbuch zu verstehen und nicht als eine spezifische Strategie in Hinblick auf Bürger\*innenbeteiligung. Eingangs wird darüber aufgeklärt, welcher Nutzen durch den Einsatz von Partizipation entsteht, sofern diese professionell mit entsprechender Ressourcenausstattung (Personal und Zeit) durchgeführt wird. Diese gliedern sich in die Kategorie „Lösungen finden, die den Wiener\*innen entsprechen“, „Bessere Ergebnisse erzielen und reibungsloser arbeiten“, „Gut und akzeptiert entscheiden“, „Wien und die Demokratie stärken“ (vgl. Arbter 2012:6 ff.). Diese Kategorien werden jeweils noch konkretisiert. So ist ein angesprochener Nutzen in der Kategorie „Lösungen finden, die den Wiener\*innen entsprechen“:

Das lokale und „**emotionale**“ Wissen der Menschen vor Ort kennenlernen, mit dem Fachwissen der Verwaltung und dem strategischen Wissen der Politik zusammenführen (Arbter 2012:8)

Eine Voraussetzung zur Entwicklung eines lebensweltnahen Beteiligungsansatzes und somit ein wesentlicher Aspekt zur Förderung emanzipatorischer Praktiken (☞ Kapitel 2.2.5: Lebensweltnaher Ansatz) ist zunächst ein wertschätzender Umgang mit der Bevölkerung vor Ort sowie die Bezeichnung der lokalen Expertise als solche. Dadurch, dass „emotionale“ unter Anführungszeichen gesetzt wurde, wird das lokale Wissen als ernstzunehmende Expertise entwertet. Es ist daher unscharf formuliert, welchen Stellenwert das lokale Wissen einnimmt.

Ein weiterer Nutzen, der durch die Durchführung von Partizipationsprozessen sichtbar wird, wird in der Kategorie „bessere Ergebnisse erzielen und reibungsloser arbeiten“ genannt:

**Proteste, Einsprüche, Eskalationen, Interventionen vermeiden, Verfahren beschleunigen (Arbter 2012:8)**

Ein wesentlicher Kritikpunkt bestehender Partizipationsprozesse ist die Konsensorientierung und der damit verbundenen Konfliktvermeidung (☞ Kapitel 2.2.1: Leerformeln). Strategische Bürger\*innenbeteiligung, um die Aushandlung von Konflikten zu vermeiden, hemmt das emanzipatorische Potenzial in der Bevölkerung. Zahlreiche Initiativen werden schließlich ausgehend von Widerstand geformt und bilden somit einen wesentlich Bestandteil für ein weiteres Engagement (☞ Kapitel 2.2.4: Selbstwirksamkeit). Die Absicht Bürger\*innenbeteiligung zur Konfliktvermeidung durchzuführen, um schließlich Verfahren zu beschleunigen, stellt das Interesse einer ernsthaften Auseinandersetzung mit den Anliegen der lokalen Bevölkerung in Frage.

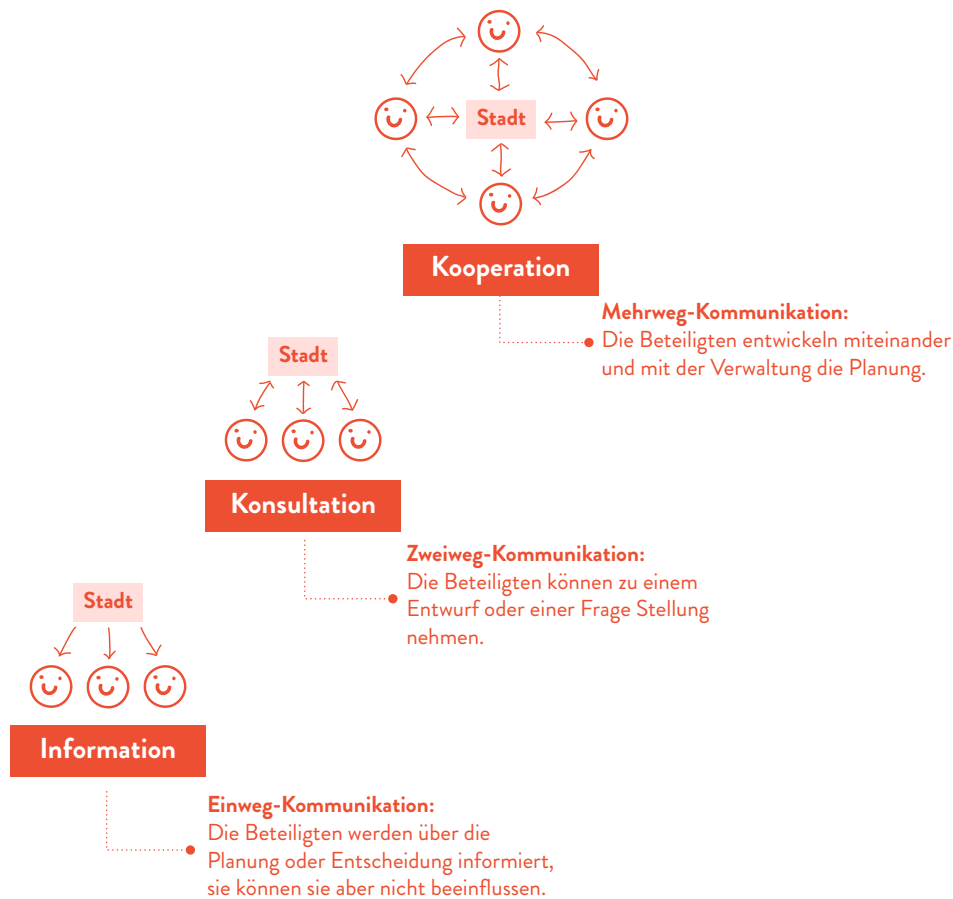
In der Kategorie „Wien und die Demokratie stärken“ wird unter anderem folgender Nutzen genannt:

**Horizont erweitern, voneinander lernen, Verständnis für andere Standpunkte entwickeln, soziale Kompetenzen stärken (Arbter 2012:8)**

Dieser Nutzen kann in Zusammenhang mit der Förderung emanzipatorischer Praktiken dahingehend gedeutet werden, dass die Schaffung informeller Lernräume im Zuge von Beteiligungsprozessen zu einem kollektiven Lernprozess beiträgt, in welchem emanzipatorische Prozesse durch die gegenseitige Ermächtigung der Teilnehmenden angestoßen werden könnten (☞ Kapitel 2.2.4: kollektives Lernen).

Im „Praxisbuch Partizipation“ wird ebenfalls Bezug auf die Intensitätsstufen, oder

auch Stufen der Beteiligung, genommen. Dabei wird zwar das Modell nach Arnstein erwähnt, jedoch wird schließlich eine verkürzte Darstellung gewählt. Das Beteiligungsmodell im Praxisbuch beschränkt sich auf die ersten drei Stufen Information, Konsultation und Kooperation (vgl. Arbter 2012:11 f.). Die Ebenen, die eine vermehrte Übertragung der Entscheidungsmacht auf Bürger\*innen vorsehen, fehlen, obwohl das politisch-administrative System durchaus in der Rahmensetzung entscheidend sind (☞ Kapitel 2.2.3). Basierend auf dem Praxishandbuch Partizipation lässt sich daher kein ausgereifterer Ansatz zur Förderung emanzipatorischer Praktiken feststellen.



**Abb. 8:** Intensitätsstufen der Stadt Wien. e.D. nach Arbter 2012:11.

### 3.2.2 Stadtentwicklungsplan

Der Stadtentwicklungsplan 2025 (STEP 2025) wurde 2014 durch den Wiener Gemeinderat beschlossen und ist ein Instrument ohne Rechtsverbindlichkeit, das zur Orientierung künftiger Stadtentwicklungen dient. Darüber hinaus wurden in den nachfolgenden Jahren vertiefende Fachkonzepte zu den Themen Grün- und Freiraum, Mobilität, Hochhäuser, öffentlicher Raum, Mittelpunkte des städtischen Lebens – polyzentrales Wien, produktive Stadt sowie Energieraumplanung entwickelt (vgl. Magistrat der Stadt Wien (Hg.) o. J.). Der STEP 2025 umfasst acht Schwerpunkte, zu denen jeweils Entwicklungsziele formuliert wurden (vgl. Magistrat der Stadt Wien - MA18 (Hg.) 2014:7):

- Wien erneuert – die gebaute Stadt
- Wien mobilisiert – Flächen für das Stadtwachstum
- Wien transformiert – Zentren und Zwischenräume
- Wien schafft Wohlstand – der Wirtschafts-, Wissenschafts- und Forschungsstandort
- Wien ist mehr – die Metropolregion
- Wien bewegt sich – Mobilitätsvielfalt 2025
- Wien lebt auf – Freiräume: grün & urban
- Wien sorgt vor – soziale Infrastruktur

Eingangs werden im STEP 2025 die Prinzipien für künftige Stadtentwicklungen in Wien definiert. Eines davon lautet „die partizipative Stadt“. Dieses begreift Partizipation als wesentlich in der Stadtentwicklung und bezieht sich auf das bestehende Bedürfnis der Wiener\*innen, ihr Lebensumfeld aktiv mitzugestalten und, dass sich dies bereits in unterschiedlichen Initiativen widerspiegelt. In diesem Zusammenhang wird die LA21 Wien genannt. „Formate, wie die Lokale Agenda 21, die Gebietsbetreuung Stadterneuerung oder Stadtteilmanagements schaffen den Rahmen für eine enge Verschneidung mit den städtischen Planungsprozessen.“ (Magistrat der Stadt Wien - MA18 (Hg.) 2014:25) Der STEP 2025 nimmt zudem Bezug auf das „Praxisbuch Partizipation“ und gibt einen Ausblick darüber, dass im „Masterplan für eine partizipative Stadtentwicklung“, der zum damaligen Zeitpunkt noch in Bearbeitung war, eine klare Rahmensetzung für künftige Partizipationsprozesse geschaffen werden soll (vgl. Magistrat der Stadt Wien - MA18 (Hg.) 2014:25ff.).

Im STEP 2025 selbst ist kein Ansatz zur Förderung emanzipatorischer Praktiken erkennbar bzw. als Ziel formuliert; es wird auf weitere Dokumente der Stadtentwicklung verwiesen. Die einzige inhaltliche Bearbeitung im entferntesten Sinn ist

die Hervorhebung städtischer Beteiligungsformate, die sich auf lokaler Ebene bewegen. Es gilt abzuwarten, ob Ansätze zur Förderung emanzipatorischer Praktiken bzw. Partizipation im Allgemeinen im Folgedokument STEP 2035, welches derzeit in Bearbeitung ist, aufgegriffen werden (vgl. Magistrat der Stadt Wien (Hg.) o. J.).

### 3.2.3 Masterplan für eine partizipative Stadtentwicklung

Der „Masterplan für eine partizipative Stadtentwicklung“ wurde 2017 von der MA21 erstellt und beinhaltet eine Rahmenstrategie für die frühzeitige Beteiligung der Bevölkerung an städtebaulichen Planungs- und Widmungsprozessen. Der Fokus liegt also auf der projektbezogenen Beteiligung, die sich auf ein Planungsvorhaben beschränkt.

In der Einleitung wird ein kurzer Einblick darüber gegeben, welche Bedeutung Beteiligung in einer schnell wachsenden Stadt - wie Wien - zukommt. Im abschließenden Absatz heißt es: „Für die Planungsprozesse der Stadt Wien bedeutet die Beteiligung der Bevölkerung ein neues Verständnis und die Anwendung neuer Methoden, die **über eine transparente Kommunikation hinausgehen**.“ (Magistrat der Stadt Wien - MA21 (Hg.) 2017:15) Unter „über eine transparente Kommunikation hinausgehen“ könnte in Hinblick auf die Förderung emanzipatorischer Praktiken auch die Offenheit in Bezug auf eine nachhaltige Aktivierung der Bevölkerung verstanden werden.

Dabei soll der Masterplan als Regelwerk für die Verwaltung dienen, aber auch eine **Orientierung** für alle interessierten Bürger\*innen Wiens darstellen (vgl. Magistrat der Stadt Wien - MA21 (Hg.) 2017:24). Orientierung ist in diesem Zusammenhang ein unscharfer Begriff, zumal der Masterplan selbst keine Anleitung für Bürger\*innen ist, sondern gezielt Prozessgestalter\*innen adressiert. Der Begriff könnte also in diesem Zusammenhang gewählt worden sein, Bürger\*innen darüber aufzuklären, warum das politisch-administrative System gewisse Handlungen setzt. Es wird lediglich erwähnt, über welche Möglichkeiten Bürger\*innen im Zuge eines (Um)Widmungsverfahrens verfügen, sich formell zu beteiligen (vgl. Magistrat der Stadt Wien - MA21 (Hg.) 2017:38). Hingegen bleibt die Information über die Möglichkeiten, sich im Zuge eines informellen Prozesses fernab von dem durch das politisch-administrative System strukturierten Partizipationsprozess zu beteiligen aus, wie die Initiierung einer Petition nach dem Wiener Petitionsrecht<sup>10</sup> zur unmittelbaren Mitwirkung im Prozess.

Unter Bezugnahme auf das „Praxisbuch Partizipation“ wird zudem erneut die ver-

<sup>10</sup> Das **Wiener Petitionsrecht** wurde seit der Erstellung im Jahr 2022 novelliert, jedoch gab es bei der Erstellung des Masterplans bereits die rechtliche Grundlage. Diese ermöglicht Bürger\*innen mittels Sammlung von Zustimmungen sich in einen Prozess einzubringen. Die Unterzeichnungsgrenze liegt bei 500 und führt bei einer ausreichenden Anzahl dazu, dass die Petition im Wiener Petitionsausschuss behandelt wird (vgl. Petitionsgesetz 2022).

kürzte Darstellung der Stufen der Beteiligung gewählt (Konsultation und Kooperation) und somit ist die Grundlage für die verstärkte Umverteilung von Macht an Bürger\*innen nicht vorhanden und daher vermutlich nicht im Masterplan vorgesehen (vgl. Magistrat der Stadt Wien - MA21 (Hg.) 2017:20).

Das Regelwerk trifft keine eindeutigen Aussagen, die über projektbezogene Beteiligungen hinausgehen und daher sind als solches keine Ansätze zur Förderung emanzipatorischer Praktiken ablesbar.

### 3.2.4 Smart (Klima) City Strategie

Die Smart City Strategie wurde bereits 2014 im Wiener Gemeinderat beschlossen und bildet seither einen gemeinsamen Rahmen aller politischen Ressorts, Fachabteilungen sowie Unternehmen der Stadt Wien. Sie ist somit eine Dachstrategie, die sich in jeglicher Handlung der Stadtverwaltung sowie in weiteren Bereichsstrategien, Programmen und Fachkonzepten wieder finden soll. Mit 2019 wurde die Strategie überarbeitet bzw. aktualisiert und die bestehenden 10 Zielbereiche um zwei weitere ergänzt, nämlich „Digitalisierung“ und „Partizipation“ (vgl. Magistrat der Stadt Wien - MA18 (Hg.) 2019:10). Damit ist auch der „Zielbereich Partizipation erstmalige eine Dachstrategie für die gesamte Stadt.“ (Hertzsch & Hamedinger 2019:74) Mit der neuen Stadtregierung in Wien und dem Leitziel „Wien wird bis 2040 klimaneutral!“ wurde die Strategie 2022 erneut überarbeitet und im Gemeinderat beschlossen. Basierend auf den 17 Sustainable Development Goals (SDGs) der UN-Agenda 2030 (☞ Kapitel 4.1.1) stellt die Strategie eine langfristige Zukunftsvision dar, die Perspektiven bis zum Jahr 2040 umfasst (vgl. Magistrat der Stadt Wien (Hg.) 2022:13). Im Zentrum steht eine nachhaltige Stadtentwicklung mit der Mission einer „hohe[n] Lebensqualität für alle bei größtmöglicher Ressourcenschonung durch umfassende soziale und technische Innovation“ (Magistrat der Stadt Wien (Hg.) 2022:23)

In der überarbeiteten Smart City Strategie wird der Zielbereich „Partizipation“ in den Zielbereich „Beteiligung, Engagement & Kultur“ integriert. Dabei wird betont, dass das Engagement sowie die Eigeninitiative der lokalen Bevölkerung für eine nachhaltige Entwicklung erforderlich ist, denn „die Smart City beruht auf dem gemeinsamen Bewusstsein für die aktuellen Herausforderungen und einem gemeinsamen Bild von der Zukunft, für das es sich lohnt, sich zu engagieren.“ (Magistrat der Stadt Wien (Hg.) 2022:114) Die angeführten Ziele unterscheiden sich dabei nur marginal im Wording im Vergleich zur Version aus dem Jahr 2019. Die aktuelle Smart City Strategie verfügt jedoch über eine stärkere Umsetzungsorientierung und

soll somit einen greifbaren Rahmen schaffen. Die Ziele<sup>11</sup>, die sich konkret auf die Themen Beteiligung und Engagement beziehen, werden folgendermaßen definiert:

**Ziel (1): Die Stadt Wien entwickelt ihre Standards der Partizipation laufend **gemeinsam mit den Bewohner\*innen** weiter und Beteiligung und Teilhabe nehmen insgesamt zu. (Magistrat der Stadt Wien (Hg.) 2022:115)**

Ziel (1) umfasst das Bekenntnis, dass sich die Stadt Wien Formaten der aktiven Mitgestaltung durch die Zivilgesellschaft und deliberativer Prozesse öffnet. In der Smart City Strategie wird die Stärkung der Beteiligungskultur sowie -kompetenz als wesentlich bezeichnet, um niederschwellige und inklusive Formen der Mitgestaltung zu schaffen. Mit der Errichtung eines Partizipationshubs in der Stadtverwaltung soll eine zentrale Anlaufstelle in der Stadt für zivilgesellschaftliche Initiativen geschaffen werden. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, inwiefern die Errichtung einer Partizipationshubs eher eine regulative Funktion hat oder der Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements dient. Hinzu kommt die Erarbeitung verbindlicher Spielregeln und Qualitätsstandards für Beteiligung sowie den Umgang mit Inputs von Bürger\*innen, die auf dem „Praxisbuch Partizipation“ aufbauen sollen (vgl. Magistrat der Stadt Wien (Hg.) 2022:116). Dabei ist anzumerken, dass nicht hervorgeht, ob diese Spielregeln unter Einbeziehung der Bevölkerung entwickelt oder top-down vorgeben werden.

**Ziel (2): **Alle sozialen Gruppen** haben die Möglichkeit, sich an der Mitgestaltung der Stadt Wien aktiv zu beteiligen. (Magistrat der Stadt Wien (Hg.) 2022:115)**

**Ziel (3): Die Beteiligungsangebote der Smart City Wien sind für **alle sichtbar und zugänglich**. (Magistrat der Stadt Wien (Hg.) 2022:115)**

Ziel (2) und Ziel (3) beziehen sich auf die Einbindung von Zielgruppen jeglicher sozialen Milieus durch die Erweiterung der Beteiligungsangebote und -methoden im digitalen und analogen Raum. Auf diese Weise sollen alle sozialen Gruppen die Möglichkeit erhalten, sich an der Mitgestaltung Wiens aktiv zu beteiligen. Dazu soll ein lebensweltnaher Ansatz forciert werden, der sich an den Bedürfnissen und Potenzialen sozialer Gruppen orientiert (vgl. Magistrat der Stadt Wien (Hg.) 2022:116). Dies möchte die Stadt Wien durch die Entwicklung neuer Beteiligungs- und Kooperationsformate zur Reflexion städtischer Vorhaben erzielen, um auf diese Weise Impulse aus der Bevölkerung in die Umsetzung der Smart City Strategie einzubinden. Ebenso soll eine digitale Beteiligungsplattform über aktuelle Beteiligungsangebote informieren sowie zur Teilhabe animieren (vgl. Magistrat der Stadt Wien (Hg.)

<sup>11</sup> Um einfacher auf die Ziele des Zielbereichs „Beteiligung, Engagement & Kultur“ zu verweisen, wurde eine eigenständige Nummerierung durchgeführt.



2022:116). In diesem Zusammenhang könnten Defizite herkömmlicher Beteiligungsprozesse aufgegriffen werden, welchen Machtblindheit und soziale Selektion unterstellt wird, indem Machtstrukturen durch eine selektive Einbeziehung der Zivilgesellschaft verstärkt werden. Ebenso könnte die Gefahr eines Formfehlers durch ein Prozessdesign, das auf die lokalen Gegebenheiten angepasst wird, verringert werden (☞ Kapitel 2.2.1).

**Ziel (4): Wien entwickelt und nutzt verschiedene Möglichkeiten der Beteiligung bei der Budgetierung und Verwendung von öffentlichen Mitteln. (Magistrat der Stadt Wien (Hg.) 2022:115)**

Das Ziel (4) sieht vor, dass Bürger\*innen die Möglichkeit erhalten eigenständig Projekte zu entwickeln und diese zu bearbeiten. Dies kann im Rahmen von partizipativen Budgets auf Bezirk- und Grätzlebene mittels transparenter und standardisierter Abläufe und Methoden erfolgen (vgl. Magistrat der Stadt Wien (Hg.) 2022:117). Bürger\*innen wird Macht delegiert, eigene Projekte zu entwickeln und erhalten dadurch finanzielle Unterstützung. Ansätze dieser Art können in der 4. Stufe der Partizipation eingeordnet werden und zur Förderung emanzipatorischer Praktiken beitragen. Dabei ist jedoch zu erwähnen, dass die sogenannten „Beteiligungsstandards“ bzw. Finanzierungsvorgaben, die Handlung nicht derart einschränken dürfen, sodass eine selbstbestimmte und prozessoffene Arbeitsweise weiterhin gegeben ist.

**Ziel (5): Für Innovationsprozesse werden Experimentierräume auf Stadtebene geschaffen, um neue Verfahren und Prozesse zu testen und lokale Akteurinnen und Akteure zu vernetzen. (Magistrat der Stadt Wien (Hg.) 2022:115)**

Ziel (5) eröffnet neue Verfahren und Prozesse, die die Bevölkerung nicht nur aktiv einbeziehen, sondern auch die Eigeninitiative bzw. Selbstorganisation der Wiener\*innen fördern. Die Stadtteil- bzw. Grätzlebene bildet in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle, indem die Wirkung von selbstermächtigten Projekten unmittelbar sichtbar wird. Die Stadt Wien möchte daher, bestehende Partizipationsangebote fördern bzw. vernetzen. In der Strategie wird betont, dass vor allem Bedarf bei der Verschränkung von Top-down-Angeboten mit Bottom-up-Initiativen besteht (vgl. Magistrat der Stadt Wien (Hg.) 2022:117). Dabei soll die Lokale Agenda 21 eine wesentliche Rolle einnehmen, indem diese durch eine strategische Weiterentwicklung zu einer „Anlaufstelle für nachhaltige Stadtteil- und Grätzentwicklung und zivilgesellschaftliches Engagement [wird].“ (Magistrat der Stadt Wien (Hg.) 2022:117)





Die Smart (Klima) City Strategie beinhaltet durch die Zielsetzungen im Zielbereich „Beteiligung, Engagement & Kultur“ durchaus Ansätze, die die Förderung emanzipatorischer Praktiken vorsehen. Dabei ist zu erwähnen, dass der LA21 Wien als solches eine Schlüsselrolle zu kommt, die in weiterer Folge der vorliegenden Arbeit untersucht wird. Nachdem es sich um eine Rahmenstrategie handelt, welche in der Stadtverwaltungspraxis der Stadt Wien zu beachten gilt, ist es demnach interessant, inwiefern die angeführten Ziele in künftige Pläne der Stadtentwicklung, wie dem STEP 2035, einfließen werden.





# TEIL III:

## Praxisanalyse anhand der LA21 Wien

### LA 21 Wien

-  Geschichte und Entstehung
-  Organisationsstruktur
-  Programmatik
-  Prozess

### Analyse von emanzipatorischen Praktiken in der LA21 Wien

-  Auswahl und Beschreibung der Fallbeispiele
-  Analyse der Agendagruppen nach  
emanzipatorischen Praktiken

## 4 Lokale Agenda 21 Wien

### 4.1 Geschichte und Entstehung

#### 4.1.1 LA21 International

Beim UN-Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 nahmen über 100 Staats- und Regierungsvertreter\*innen aus insgesamt 178 Staaten teil. Anlass für den Weltgipfel waren die wachsenden globalen Herausforderungen in Bezug auf (soziale) Ungleichheiten zwischen und innerhalb von Nationen sowie die teilweise irreversible Zerstörung der Ökosysteme (vgl. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (Hg.) 1992:1; Zimmermann 2016:5). Erstmals wurde Umwelt- und Entwicklungspolitik verknüpft, um diesen Problemstellungen global zu begegnen. Zu diesem Zeitpunkt war das Problembewusstsein vorhanden, dass der globale Norden, den Wohlstand basierend auf der Ausbeutung des Globalen Südens erhält und damit verbunden eine ungleiche Ressourcenverteilung vorhanden ist. Gleichzeitig wurde aber das bestehende Wachstumsparadigma als unhinterfragter Kontext angenommen (vgl. Dangschat & Breitfuss 2000:4; Knierbein 2022:3 f.)

Die Ergebnisdokumente des Weltgipfels sind nach wie vor von grundlegender Bedeutung und schrieben erstmals das Leitbild von „nachhaltiger Entwicklung“ fest. Dabei ist zu erwähnen, dass der Nachhaltigkeitsbegriff bereits multidimensional gefasst wurde und nachhaltige Entwicklung sich sowohl auf eine ökologische sowie ökonomische aber auch auf eine soziale Komponente bezog. Das Aktionsprogramm „Agenda 21“ ist eines dieser Ergebnisdokumente, das einen politischen Rahmen anstrebt, um eine nachhaltige Entwicklung für das 21. Jahrhundert sicherzustellen (vgl. Zimmermann 2016:5f.; Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2022). Die „Agenda 21“ umfasst 40 Programmbereiche bzw. Kapitel, welche die Themenbereiche „soziale und wirtschaftliche Dimensionen“, „Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressourcen für die Entwicklung“, „Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen“ sowie „Mittel zur Umsetzung“ abdecken (vgl. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (Hg.) 1992).

Das Kapitel 28 „Kommunale Initiativen zur Unterstützung der Agenda 21“ setzt die Einbeziehung von Gemeinden und Kommunen in den Fokus mit der Begründung, dass die Kommunen den Bürger\*innen am nächsten sind und ihnen daher

eine entscheidende Rolle in der Aufklärung und Mobilisierung der Öffentlichkeit in Bezug auf die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung zukommt. Unter dem Motto „think global, act local“ werden Kommunen dazu aufgefordert Programme in Richtung Lebensqualität und Nachhaltigkeit zu entwickeln. Ziel ist es, Frauen und Jugendliche an Entscheidungs-, Planungs- und Umsetzungsprozessen zu beteiligen. Im Dialog mit Bürger\*innen, örtlichen Organisation und der Privatwirtschaft soll so eine „Lokale Agenda 21“ beschlossen werden. Basierend auf Konsultation und Konsensbildung sollen Kommunen von Bürger\*innen und örtlichen Organisationen lernen und ein Informationsaustausch stattfinden, um schließlich Strategien für eine nachhaltige kommunale Entwicklung zu erarbeiten. Zudem soll das Bewusstsein in Bezug auf Nachhaltigkeit in der Bevölkerung durch den Prozess geschärft werden (vgl. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (Hg.) 1992:291). Zehn Jahre nach der Konferenz in Rio, gab es global rund 6400 Kommunen in 113 Staaten, die über LA21-Prozesse verfügten. Dabei ist anzumerken, dass ca.80% dieser Kommunen in Europa liegen (vgl. Rok & Kuhn 2012).



**Abb. 9:** Erklärung von „Lokale Agenda 21“ anhand des LA21 Wien-Logos. e.D. nach Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2014:6.

Die starke Bezugnahme auf die lokale Ebene wird aus heutiger Sicht auch kritisch betrachtet. So ist der Ansatz „think global, act local“ dahingegen problematisch, dass suggeriert wird, globale (Umwelt-)Probleme seien lokal entstanden und dadurch auch lokal bewältigbar. Die Debatte über strukturelle Probleme, die einer Kritik am kapitalistischen System erfordern, wird nicht geführt (vgl. Knierbein 2022: 3f.). In der heutigen Auseinandersetzung in Bezug auf Klimapolitik werden die Verflechtung ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Krisen als „multiple Krisen“ des Kapitalismus bezeichnet (vgl. Brand 2021:198). Hinzu kommt die Kritik daran, dass der derartige Fokus auf der lokalen Ebene auf eine Aktivierung des sozialen und kulturellen Kapitals der lokalen Bevölkerung abzielt und als solches auch als Community Kapitalismus bezeichnet wird (vgl. Knierbein 2022:3).



Abb. 10: Sustainable Development Goals, e.D. nach Vereinte Nationen (Hg.) 2015.

Die approbierte gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar  
 The approved original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.

Aufbauend auf der Agenda 21 wurde 2015 die Nachfolgestrategie „Agenda 2030“ auf UN-Ebene verabschiedet. Unter dem Titel „Transforming our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development“ beinhaltet der Aktionsplan 17 „Sustainable Development Goals“ (SDGs), die sich auf die unterschiedlichen Dimensionen nachhaltiger Entwicklung beziehen (vgl. Brand 2021:194). Vor allem das 11. Ziel „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten“ bildet in der LA21 Wien einen konzeptionellen Rahmen, projektspezifisch kann auch auf weitere SDGs Bezug genommen werden (Köck 2021).

Die Agenda 2030 definiert zum **SDG 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“** folgende Unterziele:

- 11.1:** sicheres und bezahlbares Wohnen
- 11.2:** sichere, bezahlbare, zugängliche und nachhaltige Verkehrssysteme
- 11.3:** inklusive und nachhaltige Urbanisierung
- 11.4:** Schutz und Wahrung des Weltkultur- und Weltnaturerbes
- 11.5:** Reduzierung nachteiliger Auswirkungen bedingt durch Naturkatastrophen
- 11.6:** Senkung der durch Städte verursachten Umweltbelastungen
- 11.7:** Zugang zu sicheren und inklusiven Grünflächen und öffentlichen Räumen sichern

Das politisch-administrative System kann dazu beitragen, indem folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- 11.a:** verstärkte nationale und regionale Entwicklungsplanung
- 11.b:** Implementierung von Richtlinien zur Förderung von Inklusion, Ressourceneffizienz und Reduzierung des Katastrophenrisikos
- 11.c:** finanzielle und technische Unterstützung der am wenigsten entwickelten Länder beim nachhaltigen und resilienten Bauen (Vereinte Nationen (Hg.) 2015:23 f.)

#### **4.1.2 LA21 in der EU**

1994 wurde die Charta von Aalborg („Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit“) entwickelt. Durch die Unterzeichnung dieser verpflichteten sich europäische Gebietskörperschaften bis Ende 1996 zur Umsetzung eines sogenannten LA21-Prozesses (vgl. Europäische Kampagne zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden (Hg.) 1994:1 ff.). 10 Jahre später folgten 2004 die Aalborg Commitments. Diese umfassen einen Referenzrahmen mit



konkreten Zielen und Maßnahmen. Mit einer Unterschrift dieser bekennen sich europäische Kommunen die Inhalte der Aalborg Commitment zu verfolgen. Diese beinhalten, einen lokalen partizipatorischen Prozess im Zuge einer Lokalen Agenda 21 in der Kommune zu starten. Es wird außerdem zugestimmt, innerhalb von 24 Monaten individuelle lokale Ziele zu entwickeln und erklärt sich dazu bereit, den implementierten Prozess regelmäßig zu evaluieren (vgl. Europäische Kampagne zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden (Hg.) 2004:1 ff.). Bei der Zielerstellung ist die Beachtung folgender zehn Schwerpunktthemen erforderlich:

- Governance (gute Regierungs- und Verwaltungsführung)
- lokales Management für Zukunftsbeständigkeit
- natürliche Gemeinschaftsgüter
- verantwortungsbewusster Konsum und Lebensstil
- Kommunalplanung und Kommunalentwicklung
- verbesserte Mobilität, weniger Verkehr
- kommunale Maßnahmen im Gesundheitsbereich
- dynamische und nachhaltige lokale Wirtschaft
- soziale Gerechtigkeit
- von lokal zu global (Europäischen Kampagne Zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden (Hg.) 2004:8)

Mit 2016 schafft die europäische Kampagne zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden die Sustainable Cities Plattform, mit welcher die Ziele weiterhin verfolgt werden (Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2019b). Seither gibt es in zahlreichen Kommunen unterschiedlicher Größe LA21-Prozesse. Während beispielsweise in Hannover der LA21-Prozess sich auf das gesamte Stadtgebiet bezieht, gibt es in Wien eine kleinräumigere Struktur, die sich auf der Bezirksebene bewegt (vgl. Kellner 2013:294).

#### 4.1.3 LA21 in Österreich

In Österreich startete 1998 der erste LA21-Prozess und zählt mittlerweile über 500 lokale Prozesse in unterschiedlichen Größenordnungen in Gemeinden, Städten, Bezirken und Regionen. 2003 wurde erstmals eine „gemeinsame Erklärung zur Lokalen Agenda 21 in Österreich“ entwickelt, die bundesweit Qualitätsanforderungen für Agendaprozesse vorgibt. In der Bund-Länder Arbeitsgruppe „Dezentrale Nachhaltigkeitsstrategien – Lokale Agenda 21“ (DNS-LA21) wird an der Weiterentwicklung und Qualitätssicherung von Agendaprozessen österreichweit gearbeitet. Die Arbeitsgruppe wird vom „Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Ener-

gie, Mobilität, Innovation und Technologie“ (BMK) koordiniert und setzt sich aus jeweils einer Ansprechperson je Bundesland zusammen. In diesem Zusammenhang stellt sich jedoch die Frage, wie regelmäßig diese Arbeitsgruppe tagt, zumal die ehemalige Geschäftsführerin Andrea Binder-Zehetner, die seit 2021 nicht mehr im Amt ist, nach wie vor als Ansprechperson für Wien genannt wird und ansonsten auch keine kürzlich stattgefundenen Treffen online dokumentiert sind (BMK (Hg.) o. J.).

An den SDGs der Agenda 2030 orientiert wurden basierend auf der Evaluierung bestehender Prozesse, die Basisqualitäten 4.0 entwickelt (vgl. DNS-LA21 2019:4). Dazu wurden folgende Ziele definiert:

- Die Lokale Agenda 21 ist das Gestaltungs- und Umsetzungsinstrument für eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 auf lokaler und regionaler Ebene mit breiter Beteiligung der Bevölkerung.
- Die Lokale Agenda 21 ist Kooperationsplattform für Bürger\*innen, Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Sie dient der Zusammenarbeit mit anderen regionalen und kommunalen Entwicklungsinstrumenten.
- Die Lokale Agenda 21 befähigt Menschen vor Ort, den Blick auf Chancen zu richten und zukunftsfähige Ideen in Projekte umzusetzen (DNS-LA21 2019:5 f.).

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass der Verein LA21 Wien auf seiner Webseite die Rolle des Bundes folgendermaßen beschreibt: „Die Bundesländer wie auch das Lebensministerium<sup>12</sup> unterstützen diese Zukunftsprozesse – mit Wissen, Beratung, Prozessbegleitung, Kommunikation und Förderung...“ (Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2022) Hingegen werden die angesprochenen Basisqualitäten 4.0 nicht erwähnt.

Die **Basisqualitäten 4.0** umfassen drei Ebenen, welche sich auf prozessorientierte, partizipative und inhaltliche Basisqualitäten beziehen. Zudem beinhaltet das Dokument tabellarische Checklisten im Kapitel der prozessorientierten und inhaltlichen Basisqualitäten, die den Agendaprozess-Begleiter\*innen ermöglichen, den jeweiligen Prozess zu evaluieren und zu überprüfen. Darüber hinaus sollen Agendaprozesse basierend auf dem Konzept der Good Governance konzipiert werden (vgl. DNS-LA21 2019:6).

Diese enthalten Empfehlungen darüber, welche Prozessschritte umzusetzen sind unter Einbeziehung der Bevölkerung sowie professioneller Begleitung, um einen erfolgreichen LA21-Prozess durchzuführen. Diese sind:

<sup>12</sup> Seit 2020 sind die Agenden des **Lebensministeriums** in das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie sowie das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft aufgeteilt.

**prozessorientierte  
Basisqualität**

1. politischer Beschluss zu nachhaltiger Entwicklung/Agenda 21
2. breite, aktive Bevölkerungsbeteiligung
3. Kernprozess
- 3.1. ganzheitliches Agenda 21 Leitbild – professionell begleitet – mit klarem Bezug zu nachhaltiger Entwicklung im Sinn der Agenda 2030
- 3.2. themenbezogener Agenda 21-Prozess im Sinne der Agenda 2030
4. konkrete Nachhaltigkeitsprojekte und -maßnahmen
5. Koordination, Selbstorganisation, Evaluierung
6. Austausch und Vernetzung
- 6.1. Gemeinsame Aktivitäten und Kooperationen – über die Gemeindegrenze hinaus – auf regionaler bzw. bezirksübergreifender Ebene und Synergien zu anderen Instrumenten der Gemeinde-, Stadt- und Regionalentwicklung
- 6.2. Globale Verantwortung – im Sinne der Agenda 2030 wahrnehmen und in konkreten Projekten wirksam machen (DNS-LA21 2019:7)

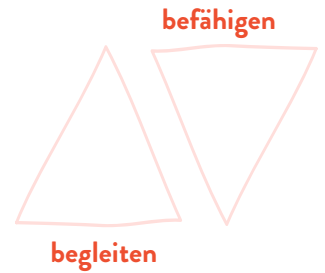
Die jeweiligen Prozessabschnitte werden in der Checkliste genauer ausgeführt, wobei die Punkte 1-4 jedenfalls vollständig erfüllt und die Punkte 5 und 6 jeweils darüber hinaus bearbeitet werden sollten (vgl. DNS-LA21 2019:8).

### partizipative Basisqualität

Unter Bezugnahme auf ein Stufenmodell der Beteiligung, wobei in diesem Zusammenhang keine Quelle genannt wird, werden Aussagen darüber getroffen, welche Stufen jedenfalls in einem Agendaprozess erreicht werden sollten.

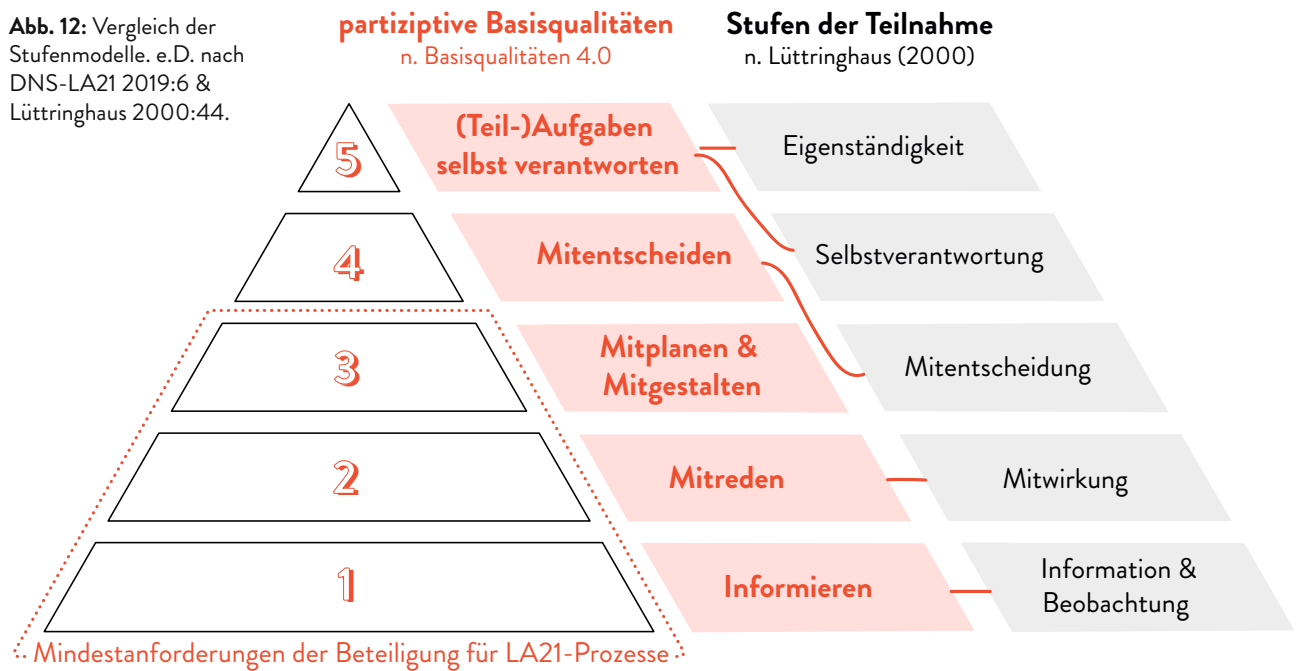
Dieses Modell unterscheidet sich im Vergleich zu jenem (☞ Abbildung 12), das im Kapitel 2.2.3, näher beleuchtet wurde. Während die 1. Stufe „Information“, die 2. Stufe „Mitreden“ (☞ Kapitel 2.2.3: Mitwirkung - Erörterung) sowie die 3. Stufe „Mitplanen und Mitgestalten“ (☞ Kapitel 2.2.3: Partnerschaftliche Kooperation – Mitentscheiden) im wesentlichen ähnliche Merkmale aufweisen, sind Unterschiede in der 4. und 5. Stufe festzustellen. Im Modell nach Lüttringhaus (2000) ist in der 4. Stufe eine selbstverantwortliche Arbeitsweise durch die Delegation von Macht vorgesehen, hingegen in diesem Stufenmodell ist die 4. Stufe „Mitentscheiden“ kaum von der 3. Stufe zu unterscheiden. So heißt es in der Beschreibung: „Bürger\*innen sind nicht nur eingeladen mitzuarbeiten und mitzugestalten, sondern im vorgegebenen Rahmen auch mitzuzentscheiden (z.B. über die Verwendung eines Budgets für die LA 21).“ (DNS-LA21 2019:13) Die 5. Stufe wiederum „(Teil-)Aufgaben selbst verantworten“, weist Ähnlichkeiten mit der 4. Stufe und teilweise mit der 5. Stufe im Stufenmodell nach Lüttringhaus (2000) auf. So heißt es in den Basisqualitäten: „Teilaufgaben werden von der Politik an die Bürger\*innen delegiert. Dazu werden

von ihnen Projektideen ausgearbeitet und in Abstimmung mit den Mandatar\*innen umgesetzt. In weiterer Folge übernehmen die Bürger\*innen auch die organisatorische und finanzielle Verantwortung (Eigenständigkeit).“ (DNS-LA21 2019:13) Aus diesem Verständnis heraus, werden Bürger\*innen in einem Rahmen zum eigenständigen Handeln ermächtigt und schließlich in die Eigenständigkeit durch finanziell und organisatorische „Unabhängigkeit“ überführt. Die professionellen Prozessbegleiter\*innen sollen dabei das Ziel verfolgen, die Bürger\*innen dahingehend zu befähigen, sich an Prozessen zu beteiligen. „Je besser die Akteur\*innen zur selbst organisierten Steuerung von Prozessen **befähigt** sind, desto weniger bedürfen sie externer **Begleitung**“ (DNS-LA21 2019:14)



**Abb. 11:** Rolle der Prozessbegleiter\*in. e.D. nach DNS-LA21 2019:7.

**Abb. 12:** Vergleich der Stufenmodelle. e.D. nach DNS-LA21 2019:6 & Lüttringhaus 2000:44.



Die inhaltlichen Basisqualitäten werden durch die Agenda 21, die SDGs sowie das österreichische Programm zur ländlichen Entwicklung bestimmt. In der Checkliste werden diese den jeweils vorgeschlagenen Maßnahmen zugeordnet und bilden damit den Rahmen für die inhaltliche Ausrichtung von Agendaprozessen. Die Themenbereiche beziehen sich auf Umwelt und natürliche Ressourcen, Wirtschaft sowie Soziales und Kultur, und greifen somit die Dimensionen des Nachhaltigkeitsbegriffs auf (☞ Kapitel 4.1.1). Der österreichweite Konsens sieht vor, dass jeder der Teilbereiche in einem Agendaprozess behandelt wird, gleichzeitig sollen die lokalen Gegebenheiten im Erstellungsprozess beachtet werden (vgl. DNS-LA21 2019:15).

**inhaltliche Basisqualität**

#### 4.1.4 LA21 in Wien

##### Wiener Modell

Mit der Unterzeichnung der Charta von Aalborg 1996 durch den damaligen Bürgermeister Häupl, verpflichtete sich die Stadt Wien zur Umsetzung eines Lokalen Agenda 21-Prozesses. Der erste Wiener LA21-Prozess startete 1998 als Pilotprojekt im 9. Wiener Gemeindebezirk. Das Pilotprojekt war 2002 der Anstoß für die Weiterentwicklung des LA21-Modells, sodass schließlich im Wiener Gemeinderat ein institutionalisiertes gesamtstädtisches Organisationsmodell, das „Wiener Modell“, beschlossen wurde. Dazu wurde der Verein „Lokale Agenda 21 in Wien zur Förderung von Bürgerbeteiligungsprozessen“ gegründet sowie der LA21-Beirat. Der Verein setzt sich bis heute aus der Geschäftsstelle, welche für Finanzierung, Koordination, Wissenstransfer, Vernetzung auf nationaler und internationaler Ebene sowie Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist, und dem Vereinsvorstand, der Entscheidungen zu inhaltlichen und finanziellen Rahmenbedingungen fasst, zusammen. Der LA21-Beirat bestand aus Bezirksvorsteher\*innen, Fachleuten des Magistrats sowie Expert\*innen von Universitäten und Forschungseinrichtungen. Der Beirat wählte fünf Bezirke (Margareten, Neubau, Alsergrund, Rudolfsheim-Fünfhaus, Donaustadt) aus, die folgenden vier Jahren Agendaprozesse zu begleiten; diese wurden durch die Stadt Wien finanziert. Nach der 4-jährigen Anfangsphase wurden die bestehenden Agendabezirke um ein oder zwei Jahre verlängert, wenn auch mit einer geringeren finanziellen Ausstattung (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2007:11 ff.). Basierend auf einer Evaluierung der ersten Agendaprozesse wurde das Qualitätshandbuch „Wiener Modell der Lokalen Agenda 21“ entwickelt, das Strukturen, Grundsätze, Regeln und Methoden für künftige und auch zum damaligen Zeitpunkt bestehende Prozesse beinhaltete (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2008:5).

##### LA21 Wien plus

2009 wurde das Aktionsprogramm LA21 Wien erneut überarbeitet und eine neue Strategie sowie Steuerungsmodell wurde in der LA21 Wien plus<sup>13</sup> umgesetzt. Die Neuausrichtung des Projekts liegt vor allem in der Änderung des Finanzierungsmodells begründet. Mit Herbst 2009 wurden vier Agendaprozesse (Wieden, Alsergrund, Donaustadt und Liesing) zu 50% aus Bezirks- und Stadtmitteln sowie zu 50% aus Mitteln des EU-Förderprogramms „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Stadtentwicklung in Wien 2007 bis 2013“ kofinanziert. Aufgrund des neuen Finanzierungsmodells wurde die MA18 (Stadtentwicklung und Stadtplanung) die neue Auftraggeberin der Agendateams (Prozessmanagement in den Bezirken) und der Verein Lokale Agenda 21 Wien unterstützte die Magistratsabteilung dabei (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2009:46). Für das Konzept der LA21 Wien plus wurden vier Strategien entwickelt mit der Absicht, eine nachhaltige Stadtentwicklung Wiens gezielter zu fördern und zu gestalten. Diese sind teilweise nach wie

<sup>13</sup> In weiterer Folge werden **LA21 Wien plus** und **LA21 Wien** synonym genutzt.

vor die zentralen Strategien der LA21 Wien:

- Ausbau von Good Governance Prozessen

Das Aktionsprogramm LA21 Wien soll nach dem Leitbild der Good Governance entwickelt werden. Dabei geht es darum möglichst viele für den Prozess relevante Akteur\*innengruppen einzubinden. Um den Anforderungen eines Good Governance Ansatzes im Sinne von Transparenz, Partizipation und Verantwortlichkeit zu entsprechen, wurde ein dauerhaft tragfähiges Modell entwickelt. Ziel ist die konstruktive Zusammenarbeit von Bürger\*innen, Politik, Verwaltung sowie lokaler Wirtschaft, Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2009:42 f.).

- Zweistromverfahren

Die LA 21 Wien versteht sich als Aktionsprogramm, das einerseits Projektideen, die durch Bürger\*innen eingebracht werden, unterstützt, andererseits wurden Themenfelder entwickelt, die mit den Zielvorgaben der Politik sowie Programmen bzw. Konzepten der Stadtentwicklung abgestimmt sind. Dadurch soll eine stärkere Anbindung der LA21 Wien erfolgen und Projekte in ebendiesen thematischen Schwerpunkten auch auf Bezirksebene angestoßen werden. Die Themenfelder lauten: „nachhaltige Mobilität und öffentlicher Raum“, „Stadtteil für Jung und Alt“ sowie „interkultureller Dialog“. Dieser Ansatz sowie die Themenschwerpunkte finden sich auch heute in Agendaprozessen wieder (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2009:42).

- Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

Eine Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation, die vermehrt bezirksübergreifend stattfindet, soll zu einer breiteren Aufmerksamkeit führen. Dadurch wird der Bekanntheitsgrad einzelner Agendaprozesse erhöht, was zu mehr Unterstützung von Seiten der Stadt führen kann (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2009:43).

- Kompetenzentwicklung, Wissenstransfer und -marketing

Einerseits soll die Kompetenzentwicklung der am Agendaprozess beteiligten Akteur\*innen gefördert werden und andererseits nachhaltiges Lernen ermöglicht. Inhaltliche und methodische Expertise soll stärker in Agendaprozesse eingebracht und der bezirksübergreifende Wissensaustausch gestärkt werden. Die Aufbereitung und Kommunikation dieses Wissens erhält einen wesentlichen Stellenwert (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2009:43).

Mit dem Auslauf der EU-Förderung wurde das Aktionsprogramm LA21 Wien plus mit einem neuen Finanzierungsmodell fortgesetzt, das auf eine Kofinanzierung der Stadt und dem jeweiligen Bezirk basiert; dieses Kofinanzierungsmodell hat sich bis

heute fortgesetzt. Dazu wurde 2012 im Wiener Gemeinderat die Grundlage für die Weiterentwicklung der LA21 Wien beschlossen. Des weiteren ist anzunehmen, dass das Steuerungs- bzw. Organisationsmodell ebenfalls adaptiert wurde, jedoch nach wie vor den Ansatz der Good Governance verfolgt. So ist die MA18 unter anderem nicht mehr die Auftraggeberin und daher auch nicht mehr im Organisations- bzw. Steuerungsmodell verankert (Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2019c; Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2009:43).

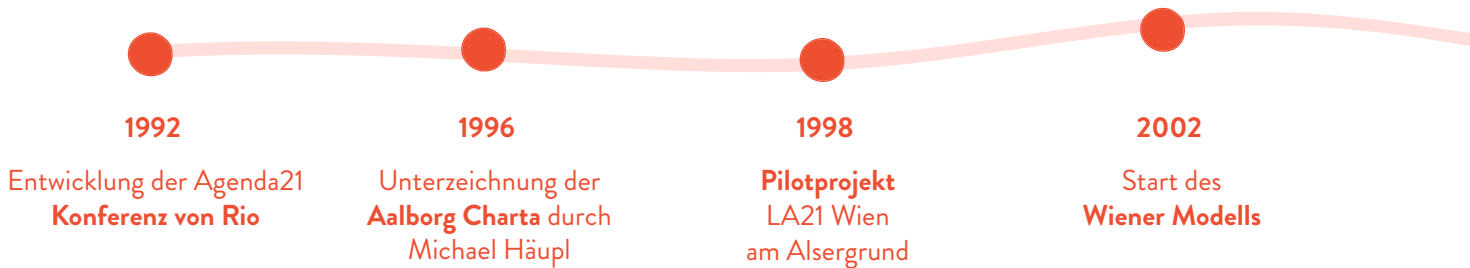
**Grätzloase**

Nicht zuletzt wurde 2015 ein weiteres Aktionsprogramm, die „Grätzloase“, durch den Verein LA21 Wien ins Leben gerufen. Das Programm fördert Ideen zur Belebung des öffentlichen Raumes mit bis zu 4.000€. 2020 wurde das Förderprogramm mit dem Schwerpunkt „Junges Grätzl“ erweitert. Seither konnten Projekte eingereicht werden, die mit grünen Parklets neue Begegnungsräume in der Nachbarschaft schaffen möchten und mit dem Schwerpunkt „Junges Grätzl“ gibt es nun die Möglichkeit, Ideen einzureichen, die neue Nutzungs- und Gestaltungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum gezielt für Kinder und Jugendliche herstellen sollen (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2023b; Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2023c).

**Regierungsprogramm**

Die seit 2020 bestehenden Stadtregierung sieht zudem eine Weiterentwicklung der LA21 Wien vor. So heißt es im Koalitionsvertrag: „Die strategische Neuausrichtung der Lokalen Agenda 21 als Anlaufstelle für nachhaltige Stadtteil- und Grätzlentwicklung und zivilgesellschaftliches Engagement sichert die kontinuierliche Weiterentwicklung der Prozesse in den Bezirken.“ (Stadt Wien (Hg.) 2020) Darauf aufbauend fasste der Vereinsvorstand (☞ Kapitel 4.2.1: Verein Lokale Agenda 21 Wien) einen Beschluss, der die Neuausrichtung konkretisierte. Im Zuge des Gesprächs mit der Geschäftsstelle des Vereins, wurde angesprochen, dass der Beschluss eine Fokussierung auf Zielgruppen beinhaltet, die derzeit in Agendaprozessen nicht erreicht werden. Ein weiteres Ziel ist die wienweite Einführung von Agendaprozessen (vgl. Interview G 2022:369-378, Interview G 2022:404-417).

**Abb. 13:** Entwicklung der LA21 Wien in einem Zeitstrahl. e.D.



Die approbierte gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar  
The approved original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.



**Abb. 14:** Grätzloase „Puxlet“ in 1100 Wien, 2020.  
(c) Tim Dornaus

2009

Neuausrichtung des  
Aktionsprogramms  
**LA21 Wien plus**

2012

**Ko-Finanzierungsmodell**  
durch Stadt und Agenda-  
bezirk

2015

neues Aktionsprogramm:  
**Grätzloase**

2022

Start des  
**Neuausrichtungsprozesses**  
der LA21 Wien



**Neuorientierungsprozess**

Die strategische Weiterentwicklung der LA21 wurde ebenfalls in der Smart City Strategie, die 2022 im Gemeinderat beschlossen wurde, als Maßnahme genannt (Kapitel 3.2.4). Im Herbst 2022 starteten unterschiedliche Formate zum Neuorientierungsprozess der LA21 Wien. Dazu wurden Workshops bzw. Gesprächsrunden mit Auftragnehmer\*innen bestehender Agendaprozesse geführt, Bezirksvorsteher\*innen, die bereits einen Agendaprozess im Bezirk haben, und auch Bezirksvorsteher\*innen, die (noch) keinen Prozess begleiten (vgl. Interview G 2022:348-356). Im Rahmen einer Zukunftskonferenz „Lokale Agenda 21 – Perspektiven für die Zukunft?“ wurden Bürger\*innen, die sich bereits in Agendaprozessen engagieren, eingeladen ihre Erfahrungen zu teilen und mit anderen Agendaaktivisten über die Weiterentwicklung der LA21 Wien zu diskutieren (vgl. UIV Urban Innovation Vienna GmbH (Hg.) 2022). Darüber hinaus gab es ein Agenda-Symposium mit Diskussionsrunden und einer Keynote; die Veranstaltung war für die Öffentlichkeit geöffnet (Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2022b). Mangels verfügbarer Dokumentation zu diesem Prozess, können derzeit keine genaueren Aussagen zum Stand der Neuausrichtung getroffen werden.

**Abb. 15:** Agendasymposium am 6.10.2022 (c) Tim Dornaus



Die approbierte gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar  
The approved original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.

Derzeit werden in Wien 13 bezirksbezogene Agendaprozesse begleitet, wobei einer davon Penzing (14. Wiener Gemeindebezirk) ist, der sich bei Verfassung der vorliegenden Arbeit noch im Entstehungsprozess befand (vgl. Lokale Agenda 21 Wien 2022). Im Folgenden wird ein Überblick über die Entwicklung der Agendaprozesse in Wien gegeben. Dabei werden die Bezirke in Hinblick auf ausgewählte Charakteristika untersucht (☞ Tabelle 2).

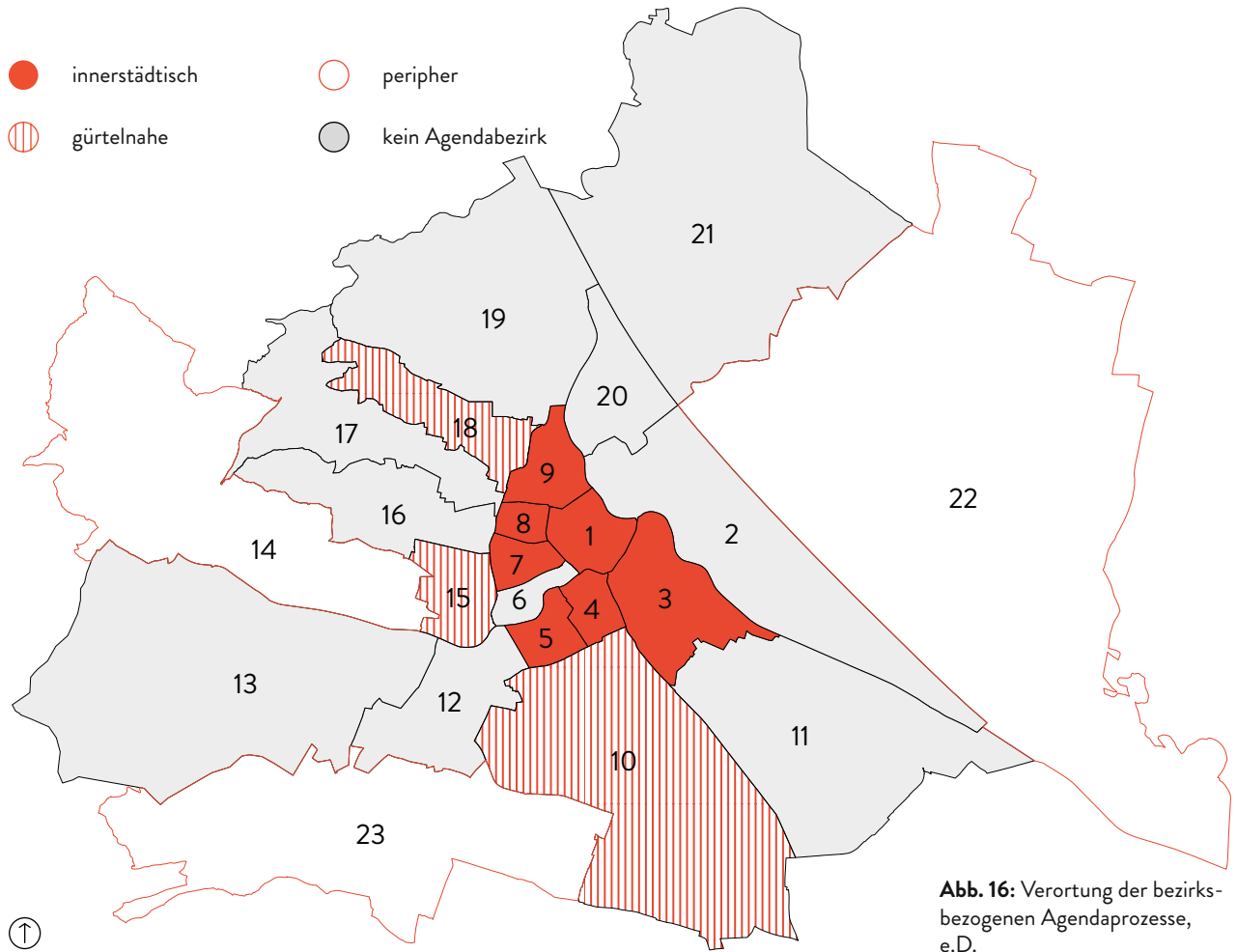
Dass in einem Großteil der Bezirke, die Bezirksvorstehung von der Sozialdemokratischen Partei gestellt wird, ist nicht weiter verwunderlich, zumal in 17 der 23 Wiener Gemeindebezirke die SPÖ dieses Amt innehat (vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv (Hg.) o. J.). Zu erkennen ist jedoch, dass 7 der 13 Agendabezirke eine innerstädtische Lage aufweisen, 3 der 13 an den Gürtel grenzen und 3 weitere Bezirke als peripher eingestuft wurden. Die Bezirkslage spiegelt sich außerdem in der Bevölkerungsdichte wider. Bezirke, die eine periphere Lage aufweisen, verfügen über eine geringere Bevölkerungsdichte. Lediglich der 1. Bezirk weist eine relativ niedrige Dichte für seine innerstädtische Lage auf, was darin begründet ist, dass dieser trotz dichter Bebauung eine geringe Bewohner\*innenzahl aufweist. Tendenziell begleiten somit vor allem Bezirke in zentralerer Lage mit einer höheren Bevölkerungsdichte einen Agendaprozess. Die Bezirke wurden ebenfalls in Hinblick auf soziostrukturelle Merkmale untersucht, wie dem Akademiker\*innenanteil sowie dem durchschnittlichen Netto-Jahreseinkommen pro Arbeitnehmer\*in. Bei der näheren Beleuchtung des Akademiker\*innenanteils je Agendabezirk lässt sich feststellen, dass 8 der 13 Agendabezirke über dem Wiener Durchschnitt liegen (29%) und 4 davon sogar einen Anteil von über 50% aufweisen. Bei der näheren Betrachtung des Netto-Jahreseinkommens ist bemerkenswert, dass sowohl der Bezirk mit dem höchsten Netto-Jahreseinkommen (Innere Stadt), als auch der Bezirk mit dem geringsten Netto-Jahreseinkommen (Rudolfsheim-Fünfhaus) in Wien einen Agendaprozess begleiten. Generell liegen 10 der 13 Agendabezirke über dem Wiener Durchschnitt in Bezug auf das Netto-Jahreseinkommen (24.401 €/pro Arbeitnehmer\*in und Jahr).

## Entwicklung der bezirksbezogenen Agendaprozesse

**Tabelle 2:** Bezirksbezogene Agendaprozesse im Vergleich. e.D.

Bezirk	Partei der BV	Lage in Wien	Dichte in EW/km <sup>2</sup>	Akademiker*innen-anteil	Nettoeinkommen
<b>seit 1998</b>					
9., Alsergrund	SPÖ	●	13.946	51%	26.810€
<b>seit 2003</b>					
22., Donaustadt	SPÖ	○	1.992	22%	26.272€
5., Margareten (2003 -2009)	SPÖ	●	26.710	35%	22.383€
7., Neubau (2003-2009)	SPÖ	●	19.478	52%	27.222€
15., Rudolfsheim-Fünfhaus (2003-2008)	SPÖ	⊕	19.302	27%	20.042€
23., Liesing (seit 2004)	SPÖ	○	3.592	24%	26.900€
<b>seit 2005</b>					
3., Landstraße	SPÖ	●	12.663	39%	26.665€
4., Wieden	ÖVP	●	18.582	48%	28.103€
8., Josefstadt	ÖVP	●	22.193	52%	27.406€
<b>seit 2013</b>					
10., Favoriten	SPÖ	⊕	6.670	16%	20.811€
<b>seit 2017</b>					
18., Währing	Grüne	⊕	8.014	49%	28.004€
7., Neubau (Wiederaufnahme)	Grüne (Wechsel)	●	19.478	52%	27.222€
1., Innere Stadt (seit 2018)	ÖVP	●	5.473	52%	36.561€
<b>seit 2020</b>					
5., Margareten (Wiederaufnahme)	SPÖ (Wechsel)	●	26.710	35%	22.383€
15., Rudolfsheim-Fünfhaus (Wiederaufnahme seit 2021)	SPÖ	⊕	19.302	27%	20.042€
14., Penzing (seit 2023)	SPÖ	○	2.754	27%	25.816€

<sup>14</sup> Der **(Wiener) Gürtel** ist eine halbkreisförmig angelegte Straße, die die Wiener Innenbezirke (3.-9. Bezirk) umschließt. Er erstreckt sich vom Norden am Donaukanal (9.Bezirk) bis in den Süden nach St. Marx (3.Bezirk).



**Abb. 16:** Verortung der bezirksbezogenen Agendaprozesse, e.D.

**Erläuterung der Spalten in Tabelle 2**

**Partei der BV (2. Spalte):** Parteizugehörigkeit der Bezirksvorstehung zum Zeitpunkt des Starts des Agendaprozesses. Bei den Prozessen, die wiederaufgenommen wurden, wird vermerkt, sofern ein Wechsel in der personellen Besetzung der Bezirksvorstehung stattgefunden hat (vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv (Hg.) o. J.).

**Lage in Wien (3. Spalte):** Die Kategorisierung der Lage wurde nach eigenem Ermessen ausgehend vom Wiener Gürtel<sup>14</sup> getroffen. Bezirke, die innerhalb des Gürtels liegen, wurden als „innerstädtisch“, Bezirke, die an den Gürtel grenzen jedoch außerhalb des Gürtels liegen, als „gürtelnahe“ und Bezirke, die weder innerhalb noch angrenzend an den Gürtel liegen, wurden als „peripher“ bezeichnet (vgl. Abbildung 16).

**Bevölkerungsdichte (4. Spalte):** Die Bevölkerungsdichte bezieht sich auf Einwohner\*innen/km<sup>2</sup>. In Zusammenhang mit der Lage können

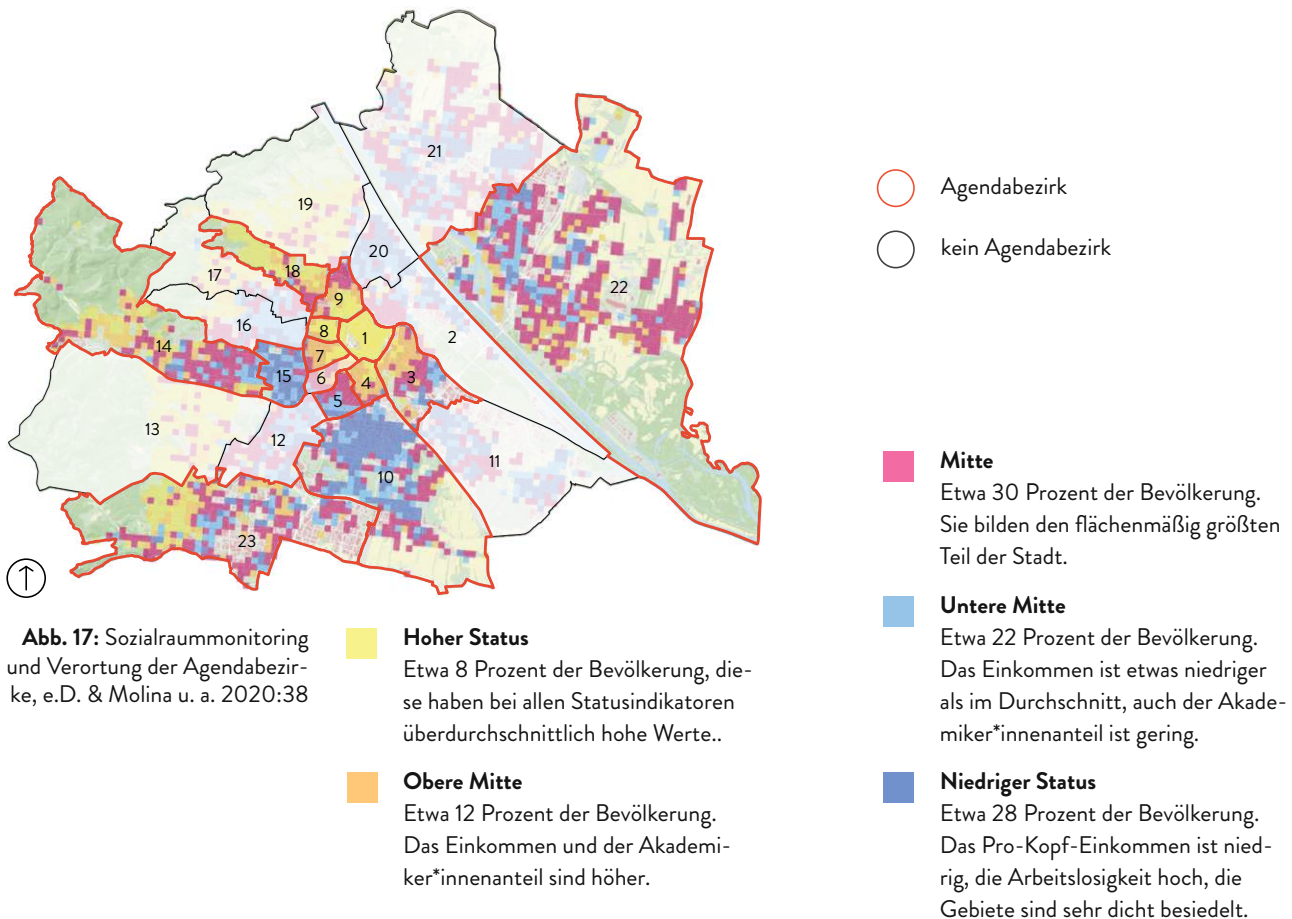
Aussagen darüber getroffen werden, ob es sich eher um einen Flächenbezirk mit einem hohen Grünraumanteil oder eher um einen dichtverbauten Bezirk handelt. Der Wiener Durchschnitt liegt bei 4.656 EW/km<sup>2</sup> (2022) (vgl. Magistrat der Stadt Wien - MA23 (Hg.) 2022).

**Soziostrukturelle Merkmale:** Die angeführten Kategorien sollen Aussagen über die Bevölkerungszusammensetzung treffen.

> **Akademiker\*innenanteil (5. Spalte):** Diese Kategorie umfasst Absolvent\*innen von Universitäten, Fachhochschulen und Hochschulverwandten Lehranstalten. Der Wiener Durchschnitt liegt bei 29% (2020) (vgl. Magistrat der Stadt Wien - MA23 (Hg.) 2022).

> **Netto-Einkommen (6. Spalte):** Diese Kategorie beschreibt das Netto-Jahreseinkommen je Arbeitnehmer\*in. Der Wiener Durchschnitt liegt bei 24.401€/pro Arbeitnehmer\*in (2020) (vgl. Magistrat der Stadt Wien - MA23 (Hg.) 2022).

Darüber hinaus wurde zu einer besseren Einordnung das Sozialraummonitoring der Arbeiterkammer herangezogen. Kern dieses Monitorings ist der Statusindex, der basierend auf ausgewählten Indikatoren, Aussagen über den sozialen Status trifft. Diese Merkmale beziehen sich auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen, den Akademiker\*innenanteil, den Anteil der arbeitslos gemeldeten Personen sowie den Anteil der Personen, deren Bildungsabschluss nicht über den Pflichtschulabschluss hinausgeht. Grundlage dieses Monitorings ist die Annahme, dass die Wohnsitze nicht zufällig über das Stadtgebiet verteilt sind, sondern Statusunterschiede sich in der Wohnortwahl bzw. im Lebensumfeld widerspiegeln; daher wurden Durchschnittswerte für Teilräume Wiens (250 m Rasterzellen) ermittelt. Bei der näheren Betrachtung (👁️ Abbildung 17) der Agendabezirke ist zu erkennen, dass 4 Bezirke von Personen mit einem überwiegend hohen Status bewohnt werden, 2 Bezirke der überwiegend oberen Mitte zu geordnet werden, 5 Bezirke in der Mitte und 2 Bezirke von Personen mit einem überwiegend niedrigen Status bewohnt werden (vgl. Molina u. a. 2020:25 ff.).



**Abb. 17:** Sozialraummonitoring und Verortung der Agendabezirke, e.D. & Molina u. a. 2020:38

Die approbierte gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar  
The approved original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.

Eine auszugsweise Charakterisierung der Wiener Bezirke, die einen Agendaprozess begleiten, ergibt somit, dass Agendabezirke größtenteils über eine zentrale Lage mit hoher Bevölkerungsdichte verfügen sowie der Akademiker\*innenanteil und das durchschnittliche Netto-Jahreseinkommen überdurchschnittlich hoch ist. Dies spiegelt sich auch im Sozialraummonitoring wider, welches aufzeigt, dass 11 der 13 Agendabezirke von Personen mit einem mittleren bis hohen sozialen Status bewohnt werden. Gemeinsamkeiten in Hinblick auf die politische Couleur der Bezirksvorstehung ließen sich nicht feststellen.

## 4.2 Organisationsstruktur

Jeder Agendaprozess in Wien verfügt über eine einheitliche Organisationsstruktur. Dazu werden zunächst die einzelnen Akteur\*innen sowie die jeweiligen Kompetenzen innerhalb eines Agendaprozesses erörtert. Anschließend wird auf die Interaktionen der Akteur\*innen eingegangen.

### 4.2.1 Akteur\*innen

Der Verein „Lokale Agenda 21 in Wien zur Förderung von Bürgerbeteiligungsprozessen“ (kurz: Verein oder Verein LA21 Wien) agiert wienweit und besteht aus der Geschäftsstelle sowie dem Vorstand. Der **Vereinsvorstand** ist das Entscheidungsorgan und beschließt inhaltliche sowie finanzielle Rahmenbedingungen des Vereins. Dieser besteht aus sieben Personen: dem Vereinsvorsitz, den der amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal stellt sowie sechs Gemeinderät\*innen von im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien (3 SPÖ, 1 Neos, 1 Grüne, 1 ÖVP). Die **Geschäftsstelle** hingegen ist für die operativen Agenden zuständig, wie der Durchführung der Aktionsprogramme „LA21 Wien“ und „Grätzloase“, dem Finanzmanagement, der Kooperation mit Partnerunternehmen, die den bezirksbezogenen Prozess managen, den relevanten Bezirksvorstehungen sowie Dienststellen der Stadt Wien. Darüber hinaus koordiniert die Geschäftsstelle die Öffentlichkeitsarbeit sowie den wienweiten Austausch und Wissenstransfer (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2019c). Des weiteren ist die Geschäftsstelle für die Konzipierung der Ausschreibung bzw. Ausschreibungsunterlagen für den jeweiligen Agendaprozess in Absprache mit der Bezirksvorstehung zuständig. Dabei geht diese auf den jeweiligen Bezirk ein und setzt beispielsweise spezifische Themenschwerpunkte, die in der Anbotslegung berücksichtigt werden müssen (vgl. Interview G 2022:280-288).

**Verein Lokale Agenda 21  
in Wien**

## Agendabüro

<sup>15</sup> **Agendabüro** und Agendateam wird in weiterer Folge synonym verwendet.

Das Agendabüro<sup>15</sup> ist in Abstimmung mit dem Verein und der Bezirksvorstehung für das Prozessmanagement vor Ort zuständig und fungiert als intermediäre Instanz zwischen den Bürger\*innen, der Politik und der Verwaltung. Die Kernaufgabe ist die professionelle Koordination und Begleitung des Agendaprozesses im jeweiligen Bezirk. Die jeweiligen Büros werden als Agenda mit dem jeweiligen Bezirksnamen bezeichnet - z.B. Agenda Landstraße. Je Agendabezirk gibt es ein 4- bis 5-köpfiges Agendateam. Als Auftragnehmer\*innen des jeweiligen Agendabezirks fungieren derzeit primär Planungs- und Kommunikationsbüros, die sich im Zuge einer EU-weiten Ausschreibung als Büro oder Bieter\*innengemeinschaft für den 4-jährigen Agendaprozess bewerben mit der Option einer 2-jährigen Verlängerung. Im Vergleich zur Wiener Gebietsbetreuung Stadterneuerung ist in der Ausschreibung nicht verpflichtend vorgesehen, das Berufsfeld der Sozialen Arbeit im Team zu besetzen (vgl. Stoik 2018:78 f.; Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2019c).

Zu den wesentlichen Aufgaben des Agendateams zählt neben den administrativen Aufgaben des Prozessmanagements die organisatorische und inhaltliche Unterstützung bei Projektumsetzungen hinsichtlich Treffpunktbereitstellung<sup>16</sup>, Beratung sowie Begleitung durch Moderation, Öffentlichkeitsarbeit und Know-How. Darüber hinaus agiert das Agendateam in seiner intermediären Rolle sowohl als koordinative Schnittstelle aber auch als Vermittlerin zwischen Agendaaktiven sowie weiteren Akteur\*innen im Agendaprozess (vgl. Interview C 2022:143-146; Interview B 2022:81-89; Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2019b). Eine weitere Aufgabe liegt in der Motivationsarbeit; mittels unterschiedlicher Beteiligungsformate geht es dabei darum, Bürger\*innen für die Teilnahme an einem Agendaprozess zu aktivieren bzw. mobilisieren, sowie Agendaaktive laufend im Prozess professionell zu begleiten und durchaus auch zu motivieren (vgl. Interview C 2022:59-62 ;Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2007:13). Weiters baut das Agendabüro über den Zeitraum des Agendaprozesses ein Netzwerk im Bezirk auf, das schließlich auch gepflegt und bedient wird, beispielsweise bei der Bewerbung von diversen Veranstaltungen (vgl. Interview B 2022:148-152).

## Bürger\*innen

<sup>17</sup> **Grätzl** ist das wienerische Wort für Stadtteil.

Im Rahmen eines Agendaprozesses erhalten Bürger\*innen die Möglichkeit, sich in ihrem Grätzl<sup>17</sup> zu engagieren und im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung sich selbst in die Gestaltung ihrer Umgebung einzubringen. Den Bürger\*innen steht grundsätzlich frei, welcher Fokus gesetzt wird; das Themenspektrum reicht von der Verbesserung für die Fuß- und Radinfrastruktur bis zu Projekten zur Förderung des interkulturellen Austauschs. Agendainitiativen werden schließlich um ein gemeinsames Anliegen von mehreren Bürger\*innen gegründet (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2019b). Wie der Zusammenschluss mehrerer Bürger\*innen mit ähn-

lichem Anliegen bezeichnet wird, variiert im Wording je Agendabezirk. So lautet die Bezeichnung in der Geschäftsordnung (GO) der Steuerungsgruppe des 18. Bezirks durchwegs „Agendaprojekt“ und im 3. Bezirk, wie auch auf der Website des Vereins LA21 Wien, hingegen „Agendagruppe“. Laut GO des 3. Bezirks werden Agendainitiativen mittels Abstimmung in der Steuerungsgruppe zu Agendagruppen (☞ Kapitel 4.2.2: Steuerungsgruppe). In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die Geschäftsordnung der Steuerungsgruppe des 3. Bezirks als Grundlage herangezogen wurde, nachdem in weiterer Folge Agendagruppen dieses Bezirks analysiert werden. So müssen laut GO folgende Kriterien erfüllt werden, um eine Agendagruppe zu werden:

- Die Gruppe muss aus mindestens 3 Personen bestehen, wobei politische Mandatsträger\*innen<sup>18</sup> nicht mitgezählt werden dürfen.
- Die geplante Aktivität muss eine Bezirksbezogenheit vorweisen.
- Die Inhalte der Gruppe müssen mit den Grundsätzen der Lokale Agenda 21 übereinstimmen (☞ Kapitel 4.3.1).
- Um als Agendagruppe zugelassen zu werden, ist zudem eine Konzepterstellung sowie ein „Nachhaltigkeits-Check“ erforderlich (vgl. Emrich Consulting ZT-GmbH 2011:1 ff.).

Die politische Ebene ist einerseits auf Stadtebene, als auch auf Bezirksebene im Aktionsprogramm fest verankert. Auf Stadtebene ist der Vereinsvorstand einerseits durch Gemeinderät\*innen des Wiener Gemeinderats besetzt und andererseits stellt der Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal den Vereinsvorsitz. In Hinblick auf die Rolle der Bezirkspolitik im Zuge eines Agendaprozesses ist zunächst anzumerken, dass ein Prozess erst durch einen Beschluss in der Bezirksvertretung gestartet wird (☞ Kapitel 4.4). Zudem übernimmt die Bezirkspolitik auch während des laufenden Prozesses eine wesentliche Aufgabe, indem Bezirksrät\*innen Teil der Steuerungsgruppe sind und die Bezirksvorstehung den Vorsitz dieser stellt (☞ Kapitel 4.2.2: Steuerungsgruppe).

Wie bereits im Kapitel zur Entstehung der LA21 Wien erwähnt wurde, fungierte die MA18, während das Aktionsprogramm mittels EU-Förderprogramm (2009-2013) kofinanziert wurde, als Auftraggeberin und erhielt in den operativen Agenden Unterstützung durch die Geschäftsstelle des Vereins. Mittlerweile ist die MA18 kein fester Bestandteil der Organisationsstruktur mehr. Auf der Website des Vereins, werden zwei Gremien erwähnt (☞ Kapitel 4.2.2) in welchen die relevanten Abteilungen der Stadtverwaltung je nach Themenstellung zugezogen werden. In der Praxis wird jedoch von Seiten des\*der Auftragnehmer\*in eines Agendaprozesses sowie von

<sup>18</sup> **Politische Mandatsträger\*innen** dürfen sich durchaus in Agendaprozessen engagieren. Dabei ist jedoch ein transparenter Umgang in der Agendagruppe über das politische Amt erforderlich. Ausgenommen ist, dass ein parteipolitisch aktives Gruppenmitglied als Gruppensprecher\*in Teil der Steuerungsgruppe ist (vgl. Emrich Consulting ZT-GmbH 2011:3).

## Politik

## Verwaltung



einem\*einer Agendaaktiven kritisiert, dass die Zusammenarbeit mit der Verwaltung zu kurz käme und, dass die Verwaltung derzeit nur anlassbezogen in den Prozess hinzugezogen werde. Dadurch, dass keine Plattform mit den relevanten Einrichtungen der Stadtverwaltung im derzeitigen Organisationsmodell verankert ist, fehle die Kontinuität. Und sofern eine Zusammenarbeit mit den entsprechenden Magistratsabteilungen zustande komme, sei die Qualität dieser stark vom Engagement bzw. Interesse einzelner Magistratsmitarbeiter\*innen abhängig (vgl. Interview B 2022:639-647, Interview F 2022:42-57).

#### 4.2.2 Interaktionen der Akteur\*innen

##### Steuerungsgruppe

Jeder Agendabezirk verfügt über eine Steuerungsgruppe, die das zentrale Entscheidungs- und Lenkungsgremium im Agendaprozess bildet und 3–4-mal im Jahr tagt. Zu den wesentlichen Aufgaben und Zielen der Steuerungsgruppe zählt unter anderem die strategische Steuerung des Prozesses, die Beratung und Unterstützung der Agendagruppen, die Vernetzung von Politik, Verwaltung sowie Bevölkerung unter Wahrung bzw. Einhaltung der Agendagrundsätze. Teil der Steuerungsgruppe sind die Bezirksvorstehung, die auch den Vorsitz stellt, je ein\*e Bezirksrät\*in einer im Bezirksrat vertretenen Partei, Gruppensprecher\*innen der jeweiligen Agendagruppen, ein\*e Vertreter\*in des Agendabüros sowie ein\*e Vertreter\*in der Geschäftsstelle. Die ersten 3 Akteur\*innengruppen sind dabei stimmberechtigt, die Vertreter\*innen des Agendabüros und der Geschäftsstelle sind beratende Mitglieder ohne Stimmrecht (vgl. Emrich Consulting ZT-GmbH 2011:1 f.).

„In der Steuerungsgruppe findet der angestrebte **Dialog auf Augenhöhe** zwischen Bezirksvertretung und Bürger[\*innen] statt.“ (Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2019c) Ein\*e Agendaaktive\*r merkt an, dass die Steuerungsgruppe einen guten Rahmen bildet um mit Bezirkspolitiker\*innen ins Gespräch zu kommen. Ohne Lokale Agenda 21 wäre es nicht wirklich möglich eine derart gerahmte Gesprächssituation herzustellen. „[F]ür mich war das ein wesentlicher Punkt, dass man etwa über die Agendagruppe bei der Steuerungsgruppe sitzt und deswegen in einem vorgefertigten Rahmen auf jeden Fall die Zeit hat, um mit politischen Vertreter\*innen ins Gespräch zu kommen. Und das führt dann auch häufig zu was.“ (Interview B 2022:485-491) Hinterfragt wird jedoch, ob der „Dialog auf Augenhöhe“ tatsächlich zustande komme und bestehende Machtverhältnisse ausgeblendet werden können (☞ Kapitel 2.2.4: Erfahrung mit Unterdrückungsmechanismen).

In der Steuerungsgruppe haben alle stimmberechtigten Mitglieder dieselbe Stimme. Im 3. Bezirk gibt es beispielsweise 5 Agendagruppen bzw. Kooperation, die mit je

einer\* einem Gruppensprecher\*in in der Steuerungsgruppe vertreten sind sowie 7 Vertreter\*innen aus der Bezirksvertretung. Die Stimmverteilung ist somit relativ ausgeglichen. Hingegen Bezirke, die erst kürzlich einen Agendaprozess gestartet haben und (wenn überhaupt) erst eine Agendagruppe und somit ein\*e Gruppensprecher\*in in der Steuerungsgruppe stimmberechtigt ist, ist das Machtgefälle in Richtung Bezirkspolitik gelagert und somit die Herstellung des „Dialogs auf Augenhöhe“ zusätzlich herausfordernd. Darüber hinaus ist die Steuerungsgruppe auch jenes Gremium, in welchem Agendainitiativen mittels Abstimmung zu Agendagruppen gewählt werden (☞ Kapitel 4.2.1: Bürger\*innen). Im Idealfall werden konsensuale Entscheidungen angestrebt, sollte dies jedoch nicht erreicht werden, soll eine einfache Mehrheit entscheiden (vgl. Emrich Consulting ZT-GmbH 2011:2).

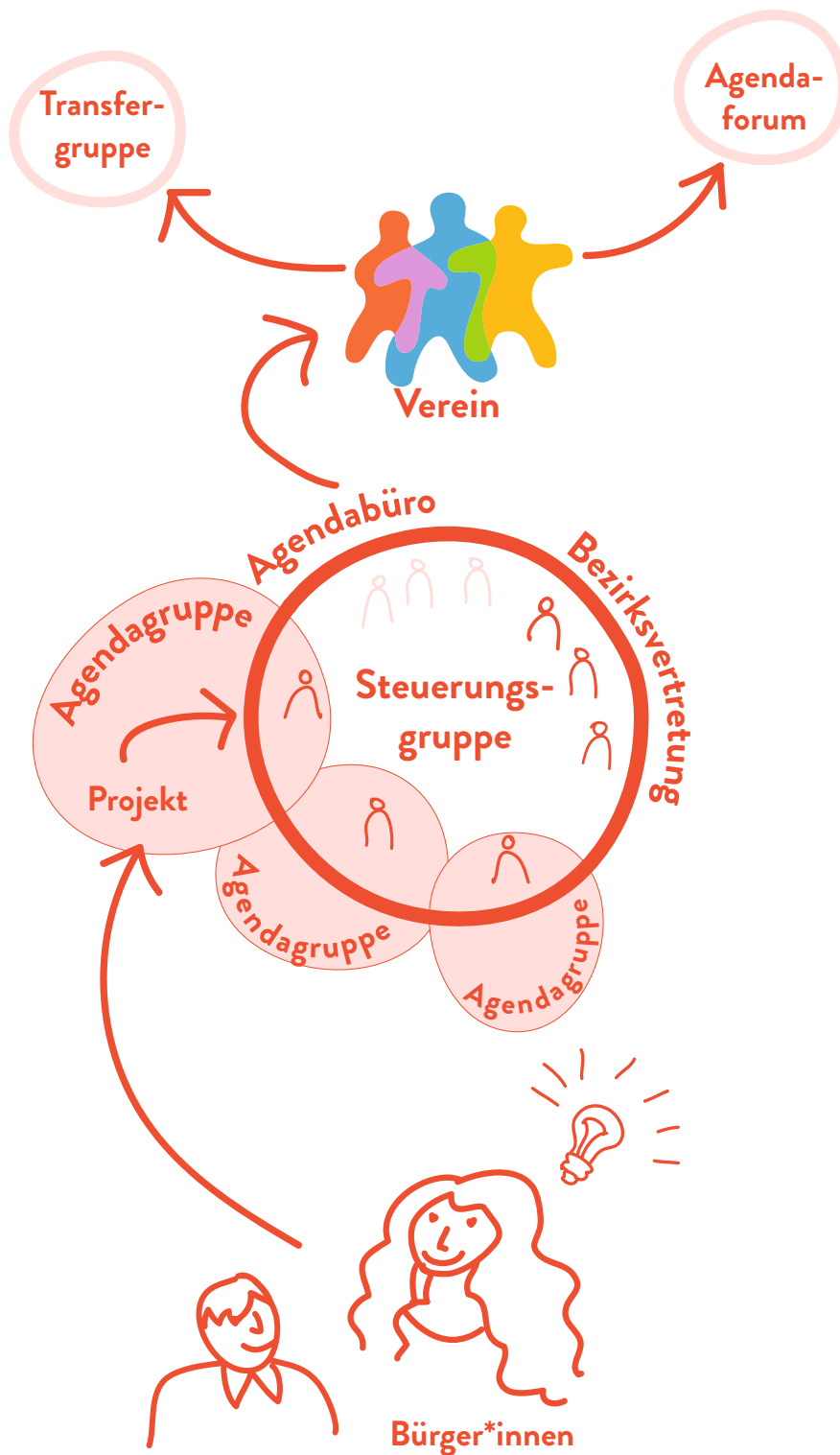
Laut Website des Vereins, findet zweimal jährlich ein Agendaforum für den direkten Austausch der inhaltlichen Arbeit der Agendabezirke statt. Je nachdem welches Thema behandelt wird, werden interessierte Agendaaktive mit Expert\*innen der Stadtverwaltung sowie weiteren Fachexpert\*innen zusammengebracht, um gemeinsam aktuelle Fragestellungen und Probleme zu besprechen und Lösungswege zu entwickeln. Die dabei entstandenen Erkenntnisse sollen schließlich in die Agendaarbeit sowie die zuständige Abteilung der Stadtverwaltung einfließen und der weiteren Fachöffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2019b). In diesem Zusammenhang ist jedoch anzumerken, dass in keinem der geführten Gespräche dieses Gremium erwähnt wurde und keine Dokumentation zu stattgefundenen Agendaforen aus den vergangenen Jahren digital aufzufinden ist.

In diesem Gremium findet ein regelmäßiger Austausch zwischen dem Verein und den thematisch relevanten Magistratsabteilungen der Stadt Wien statt. Eine laufende Absprache in Bezug auf die Programme der Stadtentwicklung und den Ergebnissen der Agendaarbeit, soll eine sinnvolle Abstimmung der Agendaprozesse und der Stadt Wien gewährleisten (Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2019c). Auch bei diesem Gremium ist anzumerken, dass abseits der Beschreibung auf der Website des Vereins keine weitere Dokumentation über stattgefundenene Transfergruppentreffen aufzufinden ist.

## **Agendaforum**

## **Transfergruppe**

Die approbierte gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar  
 The approved original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.



**Abb. 18:** Organigramm der LA21 Wien, e.D. nach Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2019c

## 4.3 Programmatik

Im folgenden Abschnitt wird die Programmatik der LA21 Wien hinsichtlich Grundsätze bzw. Ziele und Zielgruppen untersucht.

### 4.3.1 Grundsätze

Das Leitbild der LA21 Wien für nachhaltige Stadtentwicklung basiert auf dem multidimensionalen Nachhaltigkeitsbegriff, der soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit umfasst. Dazu wurden sechs Grundsätze entwickelt, welche zudem die Ziele der LA21 Wien darstellen. Im Wesentlichen sind diese die Weiterentwicklung der vier Strategien, die mit der Entstehung des LA21 Wien plus Modells erstmals definiert wurden.

Die LA21 Wien unterstreicht die Bedeutung der lokalen Ebene im Kontext von nachhaltiger Stadtentwicklung unter einer ausgewogenen Berücksichtigung der multiplen Dimensionen des Nachhaltigkeitsbegriffs. Auf lokaler Ebene ist die direkte Zusammenarbeit von Bürger\*innen und der Bezirkspolitik sinnvoll umsetzbar unter Einbeziehung der Verwaltung bei konkreten Umsetzungen (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2019a).

Grundsätzlich versteht sich die LA21 Wien als Aktionsprogramm mit partizipativem Ansatz bei dem die Themen durch die Bürger\*innen selbst gewählt werden. Zeitgleich werden auch Themenfelder bzw. Schwerpunkte entwickelt, die mit den Zielvorgaben der Politik sowie Programmen der Stadtentwicklung abgestimmt werden. Jene Themenschwerpunkte lauten: „öffentlicher Raum“, „nachhaltige Mobilität“, „gutes Zusammenleben“ (z.B. Interkultureller oder –generationeller Dialog), „Grätzl beleben“ (z.B. durch Grätzlinitiativen) sowie „nachhaltig Wirtschaften“ (z.B. Fair-Teiler, Tauschen und Teilen) (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2019a).

Die LA21 Wien ist in ihrem Selbstverständnis ein „Labor der Innovationen“, was durch neue Formen der Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Bürger\*innen, Politik und Verwaltung zum Ausdruck kommen soll. Dabei soll der Ansatz der Good Governance verfolgt werden, wie bereits im ursprünglichen LA21 Wien plus Konzept angedacht. Darüber hinaus sollen neue Methoden in der Bürger\*innenbeteiligung getestet werden. Ein neues Verständnis für demokratische Prozesse soll gestärkt und die nachhaltige Stadtentwicklung dadurch vielfältig vorangetrieben werden (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2019a). In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass das Ziel, einer Good Governance Struktur zwar erneut

**Nachhaltige  
Stadtentwicklung in den  
Bezirken**

**Themenoffenheit und  
Schwerpunkte**

**Neue Formen der  
politischen Beteiligung**

erwähnt wurde, jedoch die genauere Ausführung dieser fehlt.

**Politische Bildung und Wissenstransfer**

Im Zuge eines Agendaprozesses sollen die Kompetenzen aller beteiligten Akteur\*innen erweitert werden sowie einen Anstoß für professionell vermittelte und partizipative Lernprozesse bilden. Durch die Einbringung von inhaltlicher und methodischer Expertise soll zudem ein Wissensaustausch gefördert werden. Dieses entstandene Praxiswissen soll schließlich durch Publikationen sowie weitere Öffentlichkeitsarbeit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2019a). Zu beobachten ist, dass bis 2012 detaillierte Nachlesen zur LA21 Wien erstellt wurden, die einerseits über die einzelnen Aktivitäten der Agendaprozesse berichteten und andererseits fachliche Einblicke gaben; seither wurde, nach dem Wissensstand der Autorin, keine vergleichbare Dokumentation publiziert (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2007; Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2009; Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2012).

**Gender Mainstreaming und Diversität**

Die LA21 Wien möchte in allen Bereichen eine „geschlechts-sensible Perspektive“ einnehmen und bezeichnet vielfältige Bedürfnisse als Potenzial. Dies soll einerseits mit einer themenoffenen Haltung sowie unterschiedlichen Beteiligungsformaten erreicht werden. In der Beschreibung des Grundsatzes werden eindimensionale Identitätszuschreibungen folgendermaßen angeführt: „Diverse Anforderungen sowie individuelle und soziale Voraussetzungen von unterschiedlichen sozialen Gruppen – Frauen, Männer, Kindern, älteren Menschen. Migrant[\*innen], etc. – führen im Alltag zu unterschiedlichsten Bedürfnissen und Nutzungsinteressen.“ (Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2019b) In der Beteiligungsarbeit ist es wesentlich, ein Verständnis für unterschiedliche Lebensrealitäten zu entwickeln und diese auch entsprechend in Prozesse einzubinden. Die eindimensionale Identitätszuschreibung verschiedener „sozialer Gruppen“, in diesem Zusammenhang werden „Frauen“ und „Männer“ als solche bezeichnet, wodurch eine intersektionale Betrachtungsweise fehlt - kann dazu führen, dass die Kategorien nicht aufgebrochen und „in einem konstruktiven Dialog zusammengeführt“, sondern als solche stabilisiert werden (Kapitel 2.2.1: Machtblindheit und soziale Selektion).

**Leitbild nachhaltige Entwicklung**

In diesem Grundsatz wird noch einmal zusammenfassend angeführt, dass das Leitbild für eine „nachhaltige Entwicklung“ eine Einbindung aller relevanten Akteur\*innen vorsieht sowie die gleichrangige Beachtung der unterschiedlichen Dimensionen des Nachhaltigkeitsbegriffs. Dadurch soll ein „[ö]kologisches Gleichgewicht, soziale Gerechtigkeit und ökonomischer Wohlstand [...] erreicht werden.“ (Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2019b)

### 4.3.2 Zielgruppen

Die LA21 Wien versteht sich als Aktionsprogramm, das allen Menschen, die sich für eine nachhaltige Stadtentwicklung interessieren, offensteht. Dementsprechend gibt es keine explizite Zielgruppendefinition. So merkt der Sozialarbeiter und FH-Professor Christoph Stoik an: „Aus einer theoretischen sozialräumlichen Perspektive ist zu fragen, welche Milieus erreicht werden sollen und wie die Projekte bzw. Einrichtungen daher jeweils zu strukturieren sind. In Milieus mit relativ guter Kapitalausstattung (inkl. Bildung und Netzwerke) werden andere Strukturen und Unterstützungsangebote benötigt als in benachteiligten Milieus.“ (Stoik 2008:29) Indem „alle“ mitmachen können, unabhängig von Ausbildung, Sprache und Nationalität, parallel aber unterschiedliche Unterstützungsangebote bzw. Strukturen für Personen mit geringerer Ressourcenausstattung erforderlich sind, werden gleichzeitig wieder Ausschlüsse geschaffen. Wer wird also mit dem Aktionsprogramm in der Praxis angesprochen?

Wie bei vielen Beteiligungsformaten wird auch der LA21 Wien der „Mittelschichtsbias“ unterstellt. Demnach sprechen Partizipationsformate unterschiedlicher Art vor allem Personen ansprechen, die der Mittelschicht angehören und somit über eine gewisse Ressourcenausstattung in Form von Einkommen, Bildung, Sozialkapital sowie Zeit verfügen (vgl. Jonas & Hassemer 2020:53). Eine entsprechende berufliche Qualifikation kann sich im Kontext eines selbstorganisierten Partizipationssettings durch eine hohe organisatorische und kommunikative Kompetenz äußern (vgl. Prigge 2013:87). Dieser Bias wird dadurch verstärkt, dass Agendaprozesse vor allem in Bezirken durchgeführt werden, die überwiegend eine innerstädtische Lage und einen überdurchschnittlich hohen Akademiker\*innenanteil sowie ein überdurchschnittlich hohes Netto-Jahreseinkommen je Arbeitnehmer\*in aufweisen (→ Kapitel 4.1.4: Entwicklung der Bezirksbezogenen Agendaprozesse). Obwohl die LA21 Wien mittlerweile den Grundsatz „Gender Mainstreaming und Diversität“ als Teil ihrer Programmatik versteht und dementsprechend auch das Ziel einer inklusiven Stadtentwicklung im Sinne der sozialen Nachhaltigkeit verfolgt, ist es bisher nicht gelungen, diesen Bias abzulegen. Als eine weitere Ursache für die Unterrepräsentation marginalisierter Personengruppen wird unter anderem nicht der Themenfokus auf eine nachhaltige Stadtentwicklung selbst genannt, sondern wie dieser behandelt und kommuniziert wird. Für Personen, die von einer geringeren Ressourcenausstattung betroffen sind, habe das Thema Nachhaltigkeit eine andere Bedeutung im Alltag als für Personen aus einem Kontext mit höherer Ausstattung. In diesem Zusammenhang wären also Fragestellungen relevant, die sich beispielsweise mit einer nachhaltigen Entwicklung aus einer Armutsperspektive beschäftigen (vgl. Interview

D 2022:337-343). Hinzu kommt die Ressource Zeit, die gerade im Beteiligungskontext ein wesentliches Hemmnis darstellt, nicht an derartigen Formaten teilzunehmen. So heißt es in der neuen veröffentlichten Studie zum Thema gerechtere Stadt mit dem Schwerpunkt Wien: „Mit steigender Komplexität nehmen eher Menschen mit höherem Bildungs- und Sozialkapital sowie Zeit- und Arbeitsressourcen teil.“ (GABU Heindl Architektur 2022:100)

In der Praxis versuche man mittels niederschwelliger Aktivierungsmaßnahmen im öffentlichen Raum sowie über das Netzwerk, unterrepräsentierte Gruppen zu erreichen und dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Auch bei niederschweligen Veranstaltungsformen im öffentlichen Raum gelinge es, mit ansonsten unterrepräsentierten Menschen in Kontakt zu treten, jedoch sei beispielsweise eine längerfristige Beteiligung in einer Agendagruppe bis dato eher weniger zustande gekommen. Es wird außerdem ein aufsuchender bzw. sozialarbeiterischer Ansatz erwähnt, der potenziell marginalisierte Gruppen in Agendaprozesse integrieren könne; dies sei jedoch im derzeitigen Budget und Betreuungskonzept nicht umsetzbar. Die Agendaprozesse stoßen in diesem Zusammenhang also an ihre budgetären und personellen Grenzen (vgl. Emrich 2013:57; Köck 2021). Von Seiten des Vereins der LA21 Wien ist dahingehend ein Problembewusstsein vorhanden, sodass das Thema „Zielgruppe“ in dem Neuausrichtungsprozess besonders berücksichtigt werden soll (vgl. Interview G:369-378).

#### 4.4 Prozess

Agendaprozesse gliedern sich in jedem Agendabezirk in ähnliche Prozessschritte. Den ersten Schritt und damit die Grundlage für jeglichen Agendaprozess in Wien bildet die mehrheitliche Beschlussfassung der Bezirksvertretung. Dadurch wird die Bereitschaft und das Interesse bekundet, einen Agendaprozess mitzufinanzieren und durchzuführen. Anschließend wird in Absprache mit der Geschäftsstelle des Vereins das EU-weite Ausschreibungsverfahren vorbereitet. Die Ausschreibung gliedert sich in 2 Stufen, die aus einer Interessensbekundung und technischer Leistungsfähigkeit der Bieter\*innen in der 1. Stufe, sowie einer Anbotslegung für die ausgeschriebenen Leistungen samt Hearing in der 2. Stufe besteht. Ein Agendaprozess wird für eine 4-jährige Laufzeit ausgeschrieben mit der Option einer 2-jährigen Verlängerung. Dabei wird in einem Kofinanzierungsmodell zwischen Bezirk und Stadt ein Budget von ca. 100.000 €/Jahr zur Verfügung gestellt. Nach Auslauf der Projektlaufzeit wird der Agendaprozess erneut ausgeschrieben und es besteht die Möglichkeit einer erneuten Bewerbung (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2019b;

vgl. Bork 2019:2, Interview G 2022:319-331). In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass wirtschaftlich orientierte Projektwerber\*innen in derartigen Ausschreibungsverfahren in einer Konkurrenzsituation zueinanderstehen. „Die Firmen [...] müssen sich fortwährend einem Wettbewerb unter relativ geringer ökonomischer Absicherung stellen.“ (Stoik 2018:81) Im Allgemeinen wird das Budget dafür, was ein Agendaprozess leisten muss, als überschaubar bezeichnet. Eine Problematik besteht darin, dass eine rückwirkende Budgetaufstockung nicht vorgesehen ist. Sollte es beispielsweise dazu kommen, dass im Zuge eines Prozesses derart viele Bürger\*innen ein Interesse dafür entwickeln, eine Gruppe zu gründen, hingegen das Budget bereits ausgeschöpft oder anderwärtig eingeplant ist, ist eine adäquate Gruppenbetreuung durch das Agendabüro aufgrund von fehlenden budgetären Mitteln nicht mehr möglich (vgl. Interview F 2022: 128-142).

Agendaprozesse gliedern sich üblicherweise in 5 Arbeitspakete (AP): AP1 „Aktivierung“, AP2 „Umsetzung von Agendaprojekten“, AP3 „Wissensmanagement“, AP4 „Öffentlichkeitsarbeit“ sowie AP5 „Internes Projektmanagement“ (vgl. Bork 2019:5 f.). Im Folgenden werden die Arbeitspakete 1, 2 und 4 näher erläutert.

Mittels unterschiedlicher Methoden im analogen und digitalen Räumen sollen unterschiedliche Teile der Bevölkerung bzw. zielgruppenspezifisch aktiviert werden, sich im Zuge eines Agendaprozesses zu engagieren. Die Methoden der Aktivierung reichen von mobilen Infoständen, Grätzspaziergängen bis zur Durchführung einer Projektschmiede. Dieses Arbeitspaket beinhaltet ebenfalls die intensive Begleitung einer Agendainitiative in der Gründungsphase (vgl. Bork 2019:7).

Dieses Arbeitspaket ist das umfangreichste und umfasst primär die laufenden Tätigkeiten in der Interaktion mit den Agendaaktiven während des Prozesses, wie das Management der Steuerungsgruppe, die Umsetzungsbegleitung von Agendagruppen, digitale Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten sowie die Organisation und Durchführung gemeinsamer Aktionstage (z.B. Nachbarschaftstag) (vgl. Bork 2019:7).

Projektumsetzungen in einem Agendaprozesses können unterschiedliche Dimensionen aufweisen, entsprechend ist die Finanzierung von Projekten von der jeweiligen Zuständigkeit abhängig. Das erste Agendaprojekt<sup>19</sup> in Wien war beispielsweise die barrierefreie Umgestaltung der Thurnstiege im 9. Bezirk, die durch eine Agendagruppe angestoßen wurde. Im Falle dieses Agendaprojektes, wurde die Umgestaltung aus dem zentralen Budget der Stadt Wien finanziert, nachdem die Gestaltung einer Stiege in die Zuständigkeit des städtischen Brückenbauamts fällt (vgl. Taucher 2022:

## Aktivierung

## Umsetzung von Agendaprojekten

<sup>19</sup> „Agendaprojekt“ beschreibt in diesem Kontext, jegliche Projektumsetzung, die im Zuge eines Agendaprozesses entstanden ist, sei es durch das Agendabüro oder eine Agendagruppe.

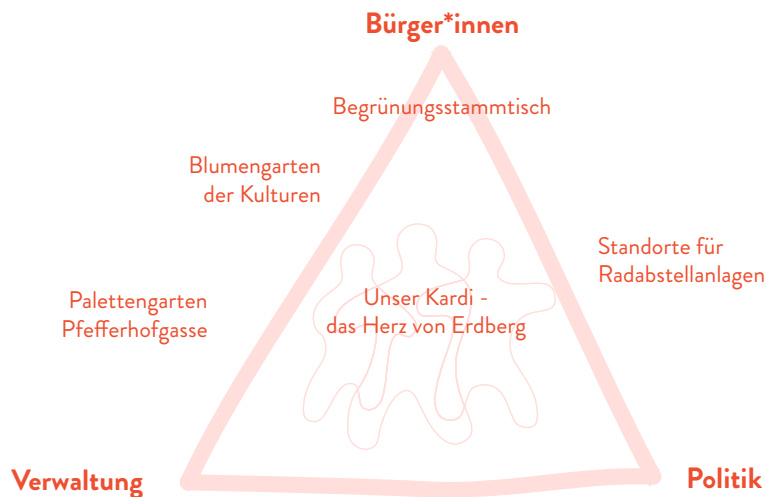


<sup>20</sup> Durch die Zusammensetzung der Steuerungsgruppe, ist die Bezirkspolitik in jeder Projektumsetzung mehr oder weniger involviert.

11:49-13:05). Der Großteil der Umsetzungen bewegt sich jedoch auf einer kleineren Maßstabsebene. Im wesentlichen ist es zudem davon abhängig, wer für die Projektumsetzung<sup>20</sup> verantwortlich ist. Im Dreieck der Akteur\*innen, den Bürger\*innen, der Verwaltung und der (Bezirks)politik lassen sich je nach Zuständigkeit am Beispiel der Agenda Landstraße ausgewählte Agendaprojekte (☞ Abbildung 19) folgendermaßen verorten. In der Mitte steht das Agendabüro als intermediäre Instanz.

Die approbierte gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar. The approved original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.

**Abb. 19:** Verortung der Zuständigkeiten anhand ausgewählter Agendaprojekte im 3. Bezirk, e.D. nach Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2019e:11.



☞ **Unser Kardi- das Herz von Erdberg**

Der Prozess rund um die Neugestaltung des Kardinal-Nagl-Parks startete im Frühling 2020 mit einer Bürger\*innenbeteiligung. Im Auftrag des Bezirks begleitete die Agenda Landstraße diesen Prozess und sammelte in unterschiedlichen Beteiligungsformaten Anregungen zur Neugestaltung in der Bevölkerung. Die Ergebnisse der Beteiligung wurden schließlich dem Planungsteam übergeben, das im Auftrag der MA42 (Wiener Stadtgärten) den Plan erstellte. Während des Prozesses entstand zudem eine Agendainitiative, die sich mit der Belebung in und um den Kardinal-Nagl-Park beschäftigt. Im Zuge dessen ist die Idee einer Kunst- und Bücherbox entstanden, die mittlerweile im Park aufgestellt wurde (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2022c).

☞ **Palettengarten Pfefferhofgasse**

Der Palettengarten Pfefferhofgasse ist ausgehend von einer Aktivierung der Agenda Landstraße am Nachbarschaftstag 2020 entstanden. Grundlage war eine Gehsteigvorziehung auf der zuletzt ein Gastgarten eines benachbarten Lokals aufgestellt war. Durch die Schließung des Lokals wurde die Fläche frei und ausgehend von der Ak-

tivierung der Nachbarschaft, entstand eine Agendagruppe, die einen Palettengarten anlegte. Die Aufstellung der Palettenbeete konnte letztendlich nur in Absprache mit der MA 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau) erfolgen (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2022a).

### **Standorte für Radabstellanlagen**

Die Agendagruppe „zu Fuß und mit dem Rad unterwegs“ ermittelt potenzielle Standorte für Fahrradabstellanlagen und übergibt diese Erhebungen der Bezirkspolitik. Die Umsetzung liegt somit in der Verantwortung beim Bezirk (vgl. Interview B 2022:85-96).

### **Blumengarten der Kulturen**

Der Blumengarten der Kulturen ist auf Initiative der Agendagruppe „Buntes Weißbergergrätzl“ sowie weiteren zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen im Grätzl entstanden. Der Garten bestand aus Hochbeeten, die auf Baumscheiben platziert wurden. Das Projekt wurde in Absprache mit der MA42 und MA28 umgesetzt, die Beete wurden durch die Gruppenmitglieder aufgestellt und gepflegt (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2018).

### **Begrünungsstammtisch**

Der Begrünungsstammtisch ist ein Vernetzungstreffen, das auf Initiative der Agendagruppe „Nachbarschaft im Grünen“ entstanden ist. Die Treffen finden immer in einem anderen Nachbarschaftsgarten im 3. oder in einem umliegenden Bezirk statt, dabei übernimmt das Agendabüro die Moderation und Protokollierung (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2023a).

Über eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit sollen die Agendabüros Bewusstsein für den Agendaprozess schaffen. Dazu zählen einerseits analoge Formate, wie z.B. Postwurfsendungen, Erstellung von Broschüren oder auch Plakataktionen im Bezirk, und andererseits digitale Formate, wie der Einrichtung und Pflege einer eigenen Website, der regelmäßigen Bespielung eines Instagram- und Facebook-Accounts, der Aussendung eines Newsletters, Tools zur online Ideensammlung sowie der Verteilung von Informationen in den bezirksinternen Netzwerken. Im Allgemeinen ist der Aufbau und die Pflege eines Netzwerkes, das aus unterschiedlichen ortsansässigen Einrichtungen des Agendabezirks besteht, eine wesentliche Aufgabe des Agendabüros (vgl. Bork 2019:7).

## **Öffentlichkeitsarbeit**

## 5 Analyse von emanzipatorischen Praktiken in der LA21 Wien

Basierend auf der erarbeiteten Definition von „emanzipatorischen Praktiken“ in Kapitel 2.2.4, wird in folgendem Kapitel auf die dritte Forschungsfrage „Inwiefern handelt es sich aus Sicht ausgewählter Gruppen der Lokalen Agenda 21 Wien um emanzipatorische Praktiken?“ eingegangen. Die ausgewählten Agendagruppen sind im Zuge des Agendaprozesses im 3. Wiener Gemeindebezirk (Agenda Landstraße) entstanden. Die Auswahl des Agendabezirks liegt darin begründet, dass die Autorin als Mitarbeiterin im Auftrag nehmenden Planungsbüro tätig ist und dadurch über Einblicke in den Prozess verfügt.

### 5.1 Auswahl und Beschreibung der Fallbeispiele

Der 3. Bezirk weist eine innerstädtische Lage auf und auch eine überdurchschnittliche hohe Bevölkerungsdichte. Der Bezirksvorsteher ist Erich Hohenberger (SPÖ) und seit 1989 im Amt (vgl. Wiener Stadt- und Landesarchiv (Hg.) o. J.). In soziodemografischer Hinsicht lag der Akademiker\*innenanteil 2020 mit 39,45% über dem Wiener Durchschnitt sowie das durchschnittliche Netto-Jahreseinkommen 2020 je Arbeitnehmer\*in mit 26.665 € ebenfalls (vgl. Magistrat der Stadt Wien - MA23 (Hg.) 2022). Bei näherer Betrachtung des Sozialraummonitorings ist zu erkennen, dass überwiegend Personen eines sozialen Status in der oberen Mitte den 3. Bezirk bewohnen (vgl. Molina u. a. 2020:25 f.). Der 3. Bezirk weist somit basierend auf der Untersuchung der Wiener Agendabezirke die klassischen Charakteristika auf (☞ Kapitel 4.1.4: bezirksbezogene Agendaprozesse).

Der Agendaprozess im 3. Bezirk startete 2005 und wird seither durch das Raumplanungsbüro Emrich Consulting ZT GmbH betreut. Bis Ende 2019 begleitete das Kommunikationsbüro „Agentur Steinbach“ in einer Bieter\*innengemeinschaft den Prozess und seit Anfang 2020 ist das Büro Jauschneg Teil des Agendateams. Derzeit betreut das Agendabüro Landstraße drei Agendagruppen und kooperiert mit zwei Vereinen. Des Weiteren organisiert das Agendabüro das Regionalforum, in welchem verschiedene sozial-, gesundheits-, bildungs-, und gemeinwesenorientierte Institutionen des 3. Bezirks zum regelmäßigen Austausch und Vernetzen zusammenkommen. Eine weitere Tätigkeit des Agendateams umfasst die Begleitung projektbezogener Beteiligungsprozesse, die im Zuge von Umgestaltungen von öffentlichen Räumen im Auftrag des Bezirks umgesetzt werden. In den vergangenen Jahren betraf das die

Partizipationsprozesse rund um die Neugestaltung des Kardinal-Nagl-Parks sowie des Czapkaparks (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2022c). In derartigen Beteiligungsprozessen werden mittels unterschiedlicher Methoden digital und analog Anregungen in der Bevölkerung gesammelt und mit Akteur\*innen bzw. Multiplikator\*innen im Netzwerk zusammengearbeitet. In diesen Prozessen sind durchaus aufsuchende Tendenzen erkennbar, jedoch kam es ausgehend von diesen Prozessbegleitungen bisher zu keinem langfristigen Engagement in Agendagruppen (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) o. J.).

In einem Screening der Agendagruppen der Landstraße wurde zur Beantwortung der Fragestellung der Fokus auf in der Steuerungsgruppe konstituierte Agendagruppen gelegt. Für die Auswahl der Agendagruppen war relevant, den Agendaprozess im 3. Bezirk möglichst breit abzubilden. Beim Screening wurden demnach aktive und bereits abgeschlossene Agendagruppen berücksichtigt. Schließlich wurden 3 Agendagruppen ausgewählt, die unterschiedliche thematische und auch räumliche Schwerpunkte setzen.

Die Auswahl der Agendagruppe „zu Fuß und mit dem Rad im Dritten unterwegs“ lässt sich darin begründen, dass diese einen klaren thematischen Fokus auf Mobilität legt. Mobilität zählt zu jenem Themenspektrum, das grundsätzlich eine gesamtgesellschaftliche Relevanz aufweist und in der nachhaltigen Stadtentwicklung ein essenzieller Bestandteil ist (vgl. Magistrat der Stadt Wien - MA18 (Hg.) 2019:65; GABU Heindl Architektur 2022:100). Hinzu kommt, dass der Themenkomplex aus Sicht der emanzipatorischen Stadtentwicklung dahingehend über relevante Aspekte verfügt, dass Mobilität stark im alltäglichen Leben verankert ist und eine kritische Auseinandersetzung mit dem Alltäglichen ein großes Potenzial zum emanzipatorischen Handeln birgt (vgl. Knierbein & Viderman 2019:8). Darüber hinaus war bei der Auswahl bereits bekannt, dass einige der Agendaaktiven, auch Mitglieder der Radlobby sind, was zu dem besonderen Interesse führt, welche Rolle die LA21 Wien im (weiteren) Engagement der Agendaaktiven spielt.

Die Agendagruppe „Nachbarschaft im Grünen“ wurde ausgewählt, da diese einen klareren Fokus auf das Thema Vernetzung bzw. Kooperation von bestehenden selbstorganisierten Nachbarschaftsgärten bzw. (Garten-) Projekten legt. Nachbarschaftsgärten werden als Gegenstand von wissenschaftlichen Auseinandersetzungen häufig aus der Perspektive von Emanzipation, Teilhabe und Demokratisierung analysiert (vgl. Leitner 2019:39). Es ist daher interessant zu ergründen, wo sich ein Zusammenschluss von diesen als selbsternannte Interessensvertretung in Bezug auf emanzipatorische Praktiken bewegt.

Als drittes Fallbeispiel wurde die abgeschlossene Agendagruppe „Buntes Weißgerbergrätzl“ zur weiteren Untersuchung ausgewählt, da diese einen territorialen Fokus setzte und dabei einen integrierten Ansatz durch die Behandlung eines vielfältigen Themenspektrums verfolgte. Aus einer emanzipatorischen Perspektive war zunächst interessant, wie die facettenreiche Schwerpunktsetzung zustande gekommen war, und ob die Gruppe diese selbst wählte oder fremdinitiiert durch den Bezirk oder das Agendabüro vorgegeben bzw. vorgeschlagen wurden. Ebenso relevant war bei der Auswahl der Aspekt, dass die Agendagruppe nicht mehr aktiv ist und welche Gründe für die Beendigung vorliegen.

Im Folgenden werden die Agendagruppen zunächst porträtiert, bevor die Praxis anhand der entwickelten Dimensionen emanzipatorischer Praktiken analysiert wird.

### 5.1.1 Zu Fuß und mit dem Rad unterwegs im Dritten

Die Agendagruppe „zu Fuß und mit dem Rad unterwegs im Dritten“ besteht aus circa 10 Mitgliedern, wobei 5 Personen das Kernteam bilden und in hoher Regelmäßigkeit bei den monatlichen Gruppentreffen anwesend sind. Der Großteil der Gruppenmitglieder ist über 40 Jahre alt, verfügt über ein hohes Bildungskapital und ist überwiegend männlich (vgl. Interview A 2022). Damit wird deutlich, dass obwohl grundsätzlich gesellschaftlich ein breites Interesse für das Themenspektrum Mobilität besteht, sich in der untersuchten Gruppe überwiegend männliche Personen engagieren (vgl. GABU Heindl Architektur 2022:100).

Die Gruppe wurde am Anfang des Agendaprozesses im 3. Bezirk (2005) ausgehend von Eltern, die sich für sichere Schulwege eingesetzt haben, gegründet. Diese entwickelten gemeinsam mit der MA46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten) und dem Kuratorium für Verkehrssicherheit sog. „Schulwegpläne“, die laut dem\*der interviewten Agendaaktiven schließlich die wienweite Erstellung der Schulwegpläne anstießen. Nachdem das Projekt erfolgreich beendet wurde, widmete sich die Gruppe den Themen Radfahren und Zufußgehen und setzte somit den Schwerpunkt auf die Förderung aktiver Mobilität. Bis heute setzt sich die Gruppe mit diesem Themenspektrum auseinander und bearbeitet laut eigener Aussagen zwei unterschiedliche Projektschienen. Die eine Projektschiene wird als „Öffentlichkeitsarbeits-“ oder „Serviceprojekte für den Bezirk“ bezeichnet, die primär Bewusstseinsbildung für aktive Mobilität forcieren. Diese Schiene umfasst vor allem Veranstaltungen, die öffentlichkeitswirksam in einer Regelmäßigkeit (meistens jährlich) durchgeführt werden. Dazu zählt die Organisation von Grätzlspaziergän-

gen, Radtouren, Fahrradkinos oder das jährlich stattfindende WetterFEST, das zum winterlichen Fahrradfahren animieren soll (vgl. Interview A 2022:100-104). Die andere Projektschiene setzt hingegen einen klaren Fokus auf die Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen zur Förderung aktiver Mobilität im Bezirk. Dazu werden Erhebungen zu verkehrlichen Gefahrenstellen bzw. fehlenden Fahrradabstellanlagen durchgeführt oder auch Verkehrskonzepte erstellt und schließlich der Bezirksvertretung übermittelt (vgl. Interview A 2022:85.96). Hinzu kommt, dass es zwischen den Agendagruppenmitgliedern und der Radlobby Wien<sup>21</sup> zu personellen Überschneidungen kommt, sodass tragende Rollen der Wiener Radlobby in der Agendagruppe konzentriert sind. Die Agendagruppe versteht sich somit als „informelle“ Bezirksgruppe der Radlobby und wird auch als solche auf der Website der Radlobby angeführt (vgl. Interview A 2022:406-411; Verein Radlobby Österreich (Hg.) o. J.).

<sup>21</sup> Die **Radlobby** versteht sich als informelle Interessensvertretung aller Fahrradfahrer\*innen und setzt sich für verbesserte Rahmenbedingungen für das Radfahren ein (vgl. Verein Radlobby Österreich (Hg.) o. J.).



**Abb. 20:** Grätzlspaziergang „FILMRISS – Spaziergang zu historischen Landstraßer Kinos“ 2022. (c) Andreas Lindinger

### 5.1.2 Nachbarschaft im Grünen

Die Agendagruppe „Nachbarschaft im Grünen“ entstand, laut dem\*der interviewten Agendaaktiven, 2018 ursprünglich aus der Idee heraus, eine Interessensvertretung für die bestehenden Nachbarschaftsgärten im 3. Bezirk zu gründen. Die Nachbarschaftsgärten verfügten bzw. verfügen über unterschiedliches Know-How und Erfahrungen, die im Zuge des jeweiligen Entstehungsprozesses der Nachbarschaftsgärten gesammelt wurden. Der Zusammenschluss zu einer Agendagruppe,

diente also erstmals der themenspezifischen Vernetzung und der Frustvorbeugung durch Erfahrungsaustausch. In weiterer Folge entstanden eigene Projekte wie die Wanderbaumallee. Diese wurde 2019 öffentlichkeitswirksam in einem zeitintensiven Projekt umgesetzt und bestand aus 15 Bäumen, die in mobilen Müllcontainern gepflanzt wurden und über den Sommer hinweg den Standort wechselten. Eine weitere Projektidee war eine Informationsveranstaltung zum Thema „Gründung eines Nachbarschaftsgartens“. Diese sollte gezielt Personen ansprechen, die sich für ein eigenes Gartenprojekt interessieren und Unterstützung in der Gründung benötigen. Dieser Informationsaustausch kam jedoch bedingt durch den ersten Corona-Lockdown ab März 2020 nicht zustande und wurde seither auch nicht nachgeholt. Im Allgemeinen hat durch die Corona-Pandemie laut eigener Aussage die Aktivität der Agendagruppe abgenommen. Seit Mitte 2021 ist daher der Begrünungsstammtisch als regelmäßiges Vernetzungstreffen eingeführt worden, der sich an Mitglieder von Nachbarschaftsgärten und interessierte Bürger\*innen richtet und künftig auch andere zivilgesellschaftlichen Initiativen, die im öffentlichen Raum oder in anderer Form in der Nachbarschaft tätig sind, zum Austausch einladen soll. Laut eigenen Angaben erscheinen circa 5 Personen regelmäßig bei den Treffen und davon ist die Mehrheit weiblich. Ebenso verfügen die Agendaaktiven größtenteils über einen akademischen Abschluss und sind mittleren Alters (vgl. Interview 2022 B; Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2023d).



**Abb. 21:** Wanderbaumallee, 2019. (c) Agenda Landstraße

### 5.1.3 Buntes Weißbergerätzl

Die Agendagruppe „Buntes Weißbergerätzl“ wurde 2010 gegründet und gilt seit Ende 2019 als abgeschlossene Agendagruppe. Bis dahin bestand die Gruppe aus circa 10 Mitgliedern mittleren Alters, überwiegend mit einem akademischen Abschluss. Die Gruppe setzte einen territorialen Fokus auf das Weißbergerätzl, das sich im nördlichen Teil des 3. Bezirks befindet. Gleichzeitig legte die Gruppe aber vielfältige Themenschwerpunkte, die sich auf Kunst und Kultur, Begrünung sowie Vernetzung im Grätzl bezogen. Die Gruppe entstand zunächst aus der Idee, die Leerstände mittels Kunst im Schaufenster zu bespielen und dadurch das Grätzl zu beleben. Die leerstehenden Geschäftslokale wurden schließlich mit Suchenden vernetzt und auf diese Weise minimierte sich die Anzahl an Leerständen im Grätzl. Anschließend wurde das Thema Begrünung sowie Vernetzung im Grätzl verstärkt behandelt. Im Bereich Begrünung organisierte die Gruppe Grätzlspaziergänge mit der Absicht potenzielle Begrünungsstandorte zu identifizieren, oder gestaltete den Blumengarten der Kulturen mit weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen. Zusätzlich organisierte die Gruppe Straßenfeste und war mit eigenen Infoständen zur Aktivität der Agendagruppe bei weiteren Veranstaltungen im Grätzl präsent. Zur Organisation der Feste gründete die Gruppe zudem einen eigenen Verein, um einerseits ein eigenes Vereinskonto zu verwalten und andererseits, um entsprechende Genehmigungen für die diversen Veranstaltungen im öffentlichen Raum zu beantragen. Für eine bessere Vernetzung im Grätzl wurde außerdem ein Grätzlforum ins Leben gerufen, welches anlassbezogen relevante Akteur\*innen im Grätzl zum Austausch zusammenbrachte. Mit Ende 2019 endete schließlich die Zusammenarbeit in der Agendagruppe und der Verein wurde aufgelöst (vgl. Interview C 2022; Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2019a).



**Abb. 22:** Graffiti-Malaktion, 2017. (c) Agendagruppe „Buntes Weißbergerätzl“



**Abb. 23:** Flashmob am Tag des Baumes, 2019. (c) Agenda Landstraße



## 5.2 Analyse der Agendagruppen nach Dimensionen emanzipatorischer Praktiken

Im folgenden Abschnitt werden die ausgewählten Agendagruppen nach den im Kapitel 2.2.4 erarbeiteten Dimensionen emanzipatorischer Praktiken untersucht. Dabei werden vor allem basierend auf den Erfahrungen der Agendaaktiven die einzelnen Dimensionen behandelt, ergänzend werden Perspektiven der Geschäftsstelle des Vereins sowie dem\*der Auftragnehmer\*in eines Agendaprozesses stellenweise aufgezeigt, um ein ganzheitlicheres Bild zu schaffen.

### 5.2.1 Erfahrungen mit Unterdrückungsmechanismen

Wie die theoretischen Grundlagen zur Untersuchung des Emanzipationsbegriffs bereits ergeben haben, stehen emanzipatorische Prozesse immer in einem Zusammenhang mit Befreiungsprozessen aus einer unterdrückten Position sowie der Erfahrung mit Machtstrukturen. Bezogen auf die Analyse der ausgewählten Agendagruppen ist zunächst die Untersuchung der Unterdrückungsmechanismen unter Heranziehung von Betrachtungsebenen erforderlich.

Basierend auf den soziodemographischen Charakteristika der Mitglieder der ausgewählten Agendagruppen, verfügen diese basierend auf den Gesprächen über eine hohe Ressourcenausstattung. Somit ist zunächst auf einer Makroebene von keiner gesellschaftlichen Marginalisierung auszugehen. Dabei ist zu betonen, dass in diesem Zusammenhang nicht die Absicht besteht, Agendamitgliedern Diskriminierungserfahrungen abzusprechen, da diese Annahmen sich auf Ressourcenausstattung beziehen, die im Zuge der Gespräche mit dem\*der jeweiligen Vertreter\*in der Agendagruppe abgefragt wurden. So ergab sich, dass der Großteil der Agendaaktiven in den untersuchten Gruppen über einen akademischen Abschluss verfügen, der auf eine hohe Artikulationsfähigkeit und organisatorische Kompetenz sowie eine Vertrautheit mit dem politisch-administrativen System schließen lässt (vgl. Prigge 2013:87). Die genannten Eigenschaften erleichtern es, sich im Zuge einer Agendagruppe zu engagieren. Ebenfalls bewegen sich die Agendaaktiven in einer Alterskohorte zwischen 30 und 60 Jahren. Mit dem Älterwerden einiger Agendaaktiven, spricht ein\*e Agendaaktive\*r sogar davon, dass der Gruppe früher oder später ein Nachwuchsproblem widerfahren wird (vgl. Interview A 2022:298-293).



**Das Potenzial ist da, dass da engagierte Leute einbezogen werden. Was aber auch wiederum zugegeben – auch Schwachpunkt – natürlich wieder nur eine bestimmte Bildungsschicht betrifft. Also sozial Schwache findet man bei der Agenda nicht. Du hast hier das Bildungsbürgertum sitzen. (Interview A 2022:368-370)**

Prinzipiell wird nicht ausgeschlossen, dass durch Handlungen, die im Zuge von Agendaprozessen gesetzt werden, Befreiungsprozesse auf einer Mikro- und auch Mesoebene angestoßen werden können. Unterdrückungsmechanismen könnten in diesem Zusammenhang darin bestehen, dass Bürger\*innen sich nicht ausreichend (politisch) vertreten, gehört oder ohnmächtig fühlen und sich schließlich dazu entschließen ausgehend aus einer persönlichen Betroffenheit, eine selbstermächtigte Handlung zu setzen (vgl. GABU Heindl Architektur 2022:100)

Die LA21 Wien verfolgt durchwegs den Grundsatz, den Dialog zwischen Politik, Bürger\*innen und Verwaltung auf Augenhöhe zu bringen (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2019c). Als intermediäre Instanz besteht eine wesentliche Aufgabe des Agendabüros in Settings, wie der Steuerungsgruppe, Macht auszugleichen. Wie Macht ausgeübt wird, kann nicht pauschal auf das politisch-administrative System angewandt werden, da dies stark von einzelnen Personen abhängig ist. Das bezieht sich sowohl auf Politiker\*innen, als auch auf Vertreter\*innen der Verwaltung (vgl. Interview B 2022:81-89). Die Praxis zeigt jedoch, dass die Steuerungsgruppe zwar einen offizielleren Rahmen zum Austausch bietet, Bürger\*innen sich jedoch in die Rolle der Bittstellenden manövriert fühlen und direkte Konfrontationen mit der Politik oder Verwaltung auch dazu führen, dass Agendaaktive Erfahrungen mit dem politisch-administrativen System als wirkende Macht sammeln, die blockierend auf Vorhaben wirken kann (vgl. Interview C 2022: 272-275; Interview B 2022:507-515).

**[Die Steuerungsgruppe] gibt eben auf jeden Fall einen offizielleren Rahmen und man merkt auch, dass auf der Seite der Politik, die besser wissen, wie sie das einzuordnen haben. Die haben von der Agenda schon mal gehört und haben dann grob eine Idee [...]. [D]amit [erreicht man] wahrscheinlich mehr, als wenn du irgendwie irgendeine Initiative gründest und dann quasi mit einem Pamphlet zum Bezirksvorsteher spazierst. (Interview B 2022:507-515)**

Settings, wie die Steuerungsgruppe, haben das Potenzial, einen machtausgleichenden Rahmen zum Dialog auf Augenhöhe zu ermöglichen. Bei Projektumsetzungen, die

einer Zustimmung des politisch-administrativen Systems bedürfen, entsteht jedoch keine tatsächliche Machtumverteilung. Die Entscheidungsmacht liegt nach wie vor beim politisch-administrativen System und somit kommt es in Agendaprozessen vorrangig nicht zur Überwindung von Machtverhältnissen (vgl. Interview D 2022: 243-244). Diese unmittelbare Erfahrung, wie die Macht des politisch-administrativen Systems wirkt, ergab in den Gesprächen mit den Agendaaktiven, dass häufig ein Gefühl von Frustration und Ohnmacht entsteht. Befeuert wurde dies dadurch, dass die Agendaaktiven den Umgang von Seiten der Politik als nicht wertschätzend empfanden, sobald Themen behandelt wurden, die aufgrund von unterschiedlichen Positionen zwischen der Bezirksvorstehung und den Agendaaktiven zu Unstimmigkeiten führten (vgl. Interview A 2022:259-268). Zudem entsteht ein wachsendes Unverständnis bei den Agendaaktiven, zumal die Agendagruppe an sich sowie deren behandelte Inhalte in der Steuerungsgruppe „abgesegnet“ wurden (vgl. Interview A 2022:119-143).

**Sämtliche Vorschläge und Ideen, die wir präsentiert haben, [...] [wurden] relativ beinhart [...] abgelehnt und [...] teilweise auch wirklich niedergemacht. [...] Und da fragen wir uns dann auch, wozu tun wir uns das an, wenn das so geringgeschätzt wird. Wozu hält, unter Führungszeichen, sich eigentlich ein Bezirk, eine Agendagruppe, die Vorschläge machen soll, die die Verbesserungen für das Aufgabengebiet [betreffen], das ja abgesegnet ist. (Interview A 2022:136-140)**

Laut einer\*inem interviewten Wissenschaftler\*in entsteht hierbei jedoch eine ambivalente Erfahrung; Bürger\*innen erfahren einerseits, wie Macht auf sie wirkt und dies kann wiederum zu einem Gefühl von Ohnmacht bzw. Frustration führen. Andererseits werden Bürger\*innen bereits durch diese Erfahrung in der unmittelbaren Konfrontation mit dem politisch-administrativen System ermächtigt, unabhängig davon, ob der Diskurs schließlich auf Augenhöhe geführt wurde oder nicht (vgl. Interview D 2022:224-232). Bei der Agendagruppe „Buntes Weißgerbergrätzl“ erreichten die Unstimmigkeiten zwischen den beiden Akteur\*innengruppen derartige Verhärtung der Fronten, dass schließlich die Auflösung der Agendagruppe die Folge war. Von Seiten des\*der Vertreter\*in der Agendagruppe wurde vor allem die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Politik als Grund für die Auflösung genannt, der zu einer Steigerung des Frustrationslevels in der Gruppe führte (vgl. Interview C 2022:99-101).

**[M]an hats einfach totlaufen lassen. Man hat einfach nichts gemacht. Und [...] jetzt am Schluss haben wir gesagt, wissts was, wir haben eigentlich... Für das was wir erreichen, wissen wir mit unserer Zeit was besseres anzufangen. (Interview C 2022:99-101)**

Um derartige Eskalationen vorzubeugen, soll das Agendabüro als intermediäre Instanz und „Puffer“ zwischen Politik, Verwaltung und Bürger\*innen fungieren (vgl. GABU Heindl Architektur 2022:100). Von Seiten der Agendaaktiven, wurde jedoch angemerkt, dass das Agendabüro spürbar unter dem externen Einfluss der Politik, als (in)direkte Auftraggeberin, stehe. Vor allem in brenzligen Situationen entstehe der Eindruck, dass die Agenda als Dienstleisterin für die Stadt fungiert, indem einerseits gewisse Leistungen erbracht werden müssen und andererseits in der Rolle der intermediären Instanz der Agendaprozess moderiert wird. Auch dem Agendabüro seien aus Sicht der Agendaaktiven häufig (politisch) die Hände gebunden (vgl. Interview B 2022:649-652, Interview C 2022:327-329).

## 5.2.2 Kollektives Lernen

In der Selbstbezeichnung versteht sich die LA21 Wien als „Labor der Innovationen“ und schreibt sich dadurch eine demokratiepolitische Pionierrolle zu. Dies äußert sich darin, dass es einerseits um physisch sichtbare Ergebnisse geht (☞ Kapitel 5.2.3) und andererseits demokratische Lernprozesse durch die direkte Zusammenarbeit der Bürger\*innen, Politik und Verwaltung im Fokus stehen (vgl. Köck 2021; Taucher 2022:15:28-16:05). Vor allem durch die Erfahrungen mit Machtstrukturen und wie diese wirken, werden Lernprozesse angestoßen, indem über die Grenzen des eigenen Handlungsspielraums reflektiert wird. Die Agendagruppe wird teilweise unter Betreuung des Agendateams zu einem informellen Lernort. In den regelmäßig stattfindenden Gruppentreffen entstehen Ermächtigungsprozesse, die auch durch das gegenseitige Ermächtigen innerhalb der Agendagruppe verstärkt werden (vgl. Interview F 2022:178-187). Die regelmäßigen Treffen der Agendagruppen unterstützen einen kollektiven Lernprozess und darüber hinaus werden diese zu einem sozialen Treffpunkt. Die Dimension des kollektiven Lernens konnte in der Praxisanalyse in unterschiedlichen Facetten in der jeweiligen Agendagruppe festgestellt werden.

Die Agendagruppe „Nachbarschaft im Grünen“ ist aus einem kollektiven Lernprozess heraus entstanden. Ausschlaggebend für die Gründung der Agendagruppe war der entstandene Eindruck, dass die Gemeinschaftsgärten des Bezirks gegeneinander ausgespielt wurden. Diese Wahrnehmung entstand, nachdem die Gemeinschaftsgärten gerade im Anfangsstadium unterschiedliche Erfahrungen gesammelt hatten;



<sup>22</sup> Der **Gartenpolylog** ist ein in Wien ansässiger Verein, der vor allem Gemeinschaftsgartenprojekte in Zusammenarbeit mit lokalen Akteur\*innen initiiert. Die Mitglieder werden vor allem bei der Gründung des Gartens bis zur Selbstorganisation unterstützt (vgl. Stanzel o. J.).

während einige Gärten durch die Agenda Landstraße oder die Gebietsbetreuung unterstützt wurden, wurden manche auf Initiierung des Bezirks durch den Verein Gartenpolylog<sup>22</sup> in der Gründungsphase begleitet. Die jeweilige Betreuung unterschied sich dabei stark in der Qualität. Hinzu kam, dass eine intransparente Finanzierung der Gärten von Seiten des Bezirks laut dem\*der interviewten Vertreter\*in der Gruppe bemerkbar war (vgl. Interview B 2022:34-42). Ein weiterer ausschlaggebender Aspekt für die Gruppengründung, abseits der unterschiedlichen Erfahrungen in der Anfangsphase, war die Vernetzung von Menschen mit ähnlichen Interessen sowie das zentrale Anliegen des Kompetenzaustausches (vgl. Interview B 2022:215-223). Als selbsternannte Interessensvertretung der Nachbarschaftsgärten bündelt die Gruppe im Sinne von „gemeinsam sind wir stärker“ Erfahrungen und Kompetenzen. Zu den Kerninhalten von „Nachbarschaft im Grünen“ zählt als Reaktion auf die anfänglichen Schwierigkeiten, die Frustvorbeugung durch regelmäßigen Austausch sowie das Teilen des erworbenen Know-Hows. Hinzu kommt, dass sich die Gruppe als Anlaufstelle im Bezirk versteht, künftige Garten- bzw. Begrünungsprojekte zu beraten (vgl. Interview B 2022:416-430).

Die abgeschlossene Agendagruppe „Buntes Weißgerbergrätzl“ verfolgte, wie bereits eingangs erwähnt, einen integrierten Ansatz, indem unterschiedliche Themen, wie Kunst und Kultur, Vernetzung sowie Begrünung, behandelt wurden. In der Analyse ausgehend von kollektiven Lernprozessen in der Agendaaktivität, konnten diese daher vor allem auf einer inhaltlichen Ebene identifiziert werden. In der vermehrten Begegnung mit dem politisch-administrativen System konnte die Gruppe Erfahrungen in Hinblick auf die (inhaltliche) Arbeitsweise von diesem sammeln; dies trifft im Übrigen auf jede untersuchte Agendagruppe zu. Die Gruppe erwarb dabei ein Verständnis für die Komplexität zu beachtende Aspekte wie beispielsweise bei Baumpflanzungen; so wurde bei der Erhebung potenzieller Baumstandorte, ein Einbauplan angefordert, welcher jedoch nicht zur Verfügung gestellt wurde, sowie die verkehrliche Situation in Bezug auf Gehsteigbreite und Sichtbeziehungen berücksichtigt (vgl. Interview C 2022:68-70; Interview C 2022:80-85). Die Agendaaktiven durchlebten somit einen Lernprozess in fachlicher Hinsicht. Des weiteren konnte die Gruppe durch die Initiierung von Grätzlforen, welche projektspezifisch organisiert wurden, im Austausch mit lokaler Organisation oder zuständigen Vertreter\*innen der Verwaltung, selber informelle Lernräume schaffen, indem unterschiedliche Perspektiven zusammengeführt wurden (vgl. Interview C 2022:154-161).

Die Agendagruppe „zu Fuß und mit dem Rad unterwegs im Dritten“ legt bereits im Titel den Fokus auf zwei verschiedene Mobilitätsformen, die nach der Auffassung der\*des interviewten Vertreter\*in in der Mobilitätsplanung häufig gegenein-

ander ausgespielt werden. Daher ist seit der Gründung ein integrativer Bestandteil der Gruppenphilosophie das Miteinander dieser Mobilitätsformen in der Agendaaktivität zu leben und in der Praxis in der Agendaarbeit zu forcieren (vgl. Interview A 2022:35-45). In der Gruppe ist somit das miteinander und voneinander Lernen wesentlich. Dabei wird jedoch die Ebene des fachlichen Austausches nicht überschritten. Das Gruppenbewusstsein basiert vor allem auf dem Selbstverständnis, dass es sich um eine fachliche Gemeinschaft handelt und nicht zwangsläufig trotz jahrelanger Zusammenarbeit um eine Freund\*innengruppe (vgl. Interview A 2022:475-485).

Entgegen dem fachlich einschlägigen Selbstverständnis der untersuchten Agenda-Gruppen werden bzw. wurden dennoch selten Außenstehende zu einer Mitarbeit in den ausgewählten Agendagruppen aktiviert. In den Agendagruppen „zu Fuß und mit Rad unterwegs im Dritten“ und „Buntes Weißgerbergrätzl“ hat sich das (bisher) darin geäußert, dass Bürger\*innen mit Anliegen zum Thema Mobilität und/oder zum Weißgerbergrätzl bei den Gruppentreffen erschienen sind, jedoch kein Interesse darin bestand, diese eigeninitiativ umzusetzen bzw. zu behandeln. „[E]s macht keinen Sinn da jetzt irgendwas abzuladen. Es muss auch wer dahinter sein, der sich darum kümmert.“ (Interview A 2022:11-12) Auch bei der Gruppe „Nachbarschaft im Grünen“ haben sich bisher ähnliche Situationen ergeben, indem Personen mit Begrüßungsideen an die Gruppe herantreten und sich häufig aufgrund des erhöhten Arbeitsaufwands für die Umsetzung schnell wieder zurückziehen (vgl. Interview B 2022:416-430). So besteht die Problematik, dass Bürger\*innen zwar auf die Agendagruppen mit unterschiedlichen Anliegen zugehen, jedoch ein ernsthaftes Interesse an einer Mitarbeit fernbleibt. Einen Lernprozess, den jede Gruppe regelmäßig durchlebt bzw. durchlebte, ist, dass eine Projektidee alleine nicht ausreicht, um einen Prozess anzustoßen; für jegliche Umsetzung ist ein gewisses Commitment für eine Umsetzung erforderlich. Dies führt dazu, dass die Mobilitätsgruppe und „Buntes Weißgerbergrätzl“ aufgrund des fehlenden Zulaufs weiterer Interessent\*innen ein Nachwuchsproblem haben bzw. hatten (vgl. Interview A 2022:298-293, Interview C 2022:35-44).

### 5.2.3 Ergebnisoffenheit

Zu den Grundsätzen der LA21 Wien zählt ein themenoffener Ansatz, der sich darin äußert, dass es Bürger\*innen grundsätzlich freisteht, welches Thema diese im Zuge des Prozesses behandeln möchten, sofern dieses in der Steuerungsgruppe Zustimmung erfährt (☞ Kapitel 4.2.2: Steuerungsgruppe) (vgl. Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2019b). Gleichzeitig stehen von Seiten der Geschäftsstelle



der LA21 Wien vor allem kleinmaßstäbliche Aktionen, die durch das gemeinsame Experimentieren und Ausprobieren entstehen, im Vordergrund. Nach dem Motto „think global, act local“ wird darauf berufen, dass die LA21 Wien bewusst über kein umfangreiches Leitbild (☞ Kapitel 4.3.1) verfügt, sondern den Fokus auf lokale Handlungen im Sinne der „local action“ setzt. Auf diese Art und Weise soll das Gefühl der Selbstwirksamkeit bei den Bürger\*innen gesteigert werden, nachdem die Ergebnisse auf einer kleinräumigen Maßstabsebene meistens unmittelbar sichtbar werden (vgl. Interview G 2022:227-240; vgl. Taucher 2022:17:40-19:00). Daraus lässt sich also ein ergebnisorientierter Ansatz im Aktionsprogramm erkennen, welcher mit der untersuchten Dimension der Ergebnisoffenheit in einem Spannungsfeld steht. Durch diesen Ansatz kommt es in der Zusammenarbeit zwischen Bürger\*innen und der Bezirkspolitik zu einigen Konflikten.

Ursprung dieses Konfliktherds scheint häufig die unterschiedliche Erwartungshaltung der beteiligten Akteur\*innen an den Agendaprozess zu sein. Während von Seiten der Geschäftsstelle und der Bezirkspolitik vor allem kleinteilige, gegebenenfalls auch temporäre Projektumsetzungen mit einem öffentlichkeitswirksamen Charakter forciert werden und somit eine gewisse Ergebnisorientierung zu erkennen ist, haben die untersuchten Agendagruppen vor allem Interesse an langfristigen Projektumsetzungen im Bezirk. Die Agendagruppe „Nachbarschaft im Grünen“ setzte beispielsweise auf Vorschlag der Stadt Wien eine Wanderbaumallee um. Das Projekt hatte eine Laufzeit von mehreren Monaten und verzeichnete zu dem eine größere mediale Resonanz. Jedoch war das Projekt retrospektiv betrachtet laut Vertreter\*in der Agendagruppe im Vergleich zu dem tatsächlich erreichten Output in Hinblick auf dauerhafte Begrünungslösungen im Bezirk sehr ressourcenintensiv und wenig langfristig. Im Fall der Wanderbaumallee kam es zu einer derart hohen Beanspruchung eines Gruppenmitglieds, dass der Rückzug aus der Agendagruppe nach Beendigung des Projekts die Folge war (vgl. Interview B 2022:268-271). So heißt es von Seiten des\*der Vertreter\*in der Agendagruppe:

**[W]as bleibt davon übrig? Du hast ein bisschen einen Eindruck gemacht, vielleicht von Leuten, die das gesehen haben. Aber danach ist alles wieder weg. Es verschwindet einfach. [...] Es bleibt wenig substanzuell übrig an konkreten Veränderungen.  
(Interview B 2022:340-346)**

Die\*der Vertreter\*in der Agendagruppe „zu Fuß und mit dem Rad unterwegs im Dritten“ beschreibt, dass die Gruppe einerseits „Öffentlichkeitsprojekte“, wie das WetterFEST oder Grätzspaziergänge als Serviceprojekte für den Bezirk organi-

siert, hingegen das wesentliche Interesse primär in der langfristigen Verbesserung der Infrastruktur für die aktive Mobilität liegt. In diesem Zusammenhang führt die Gruppe Bestandsanalysen von verkehrlichen Mängeln beispielsweise in Hinblick auf Unfallhäufungsstellen sowie fehlende Fahrradabstellanlagen im Bezirk durch (vgl. Interview A 2022:100-104). Diese Strategie verfolgte auch die Gruppe „Buntes Weißgerbergrätzl“, die einerseits öffentlichkeitswirksame Aktionen, wie Feste durchgeführten oder auch kleinräumige Begrünungsmaßnahmen, wie dem Blumengarten der Kulturen. Parallel erhob die Agendagruppe unterschiedliche Begrünungsstandorte im Grätzl, die für dauerhafte Begrünungsmaßnahmen geeignet sein könnten und übergab diese an den Bezirk (vgl. Interview C 2022:80-85).

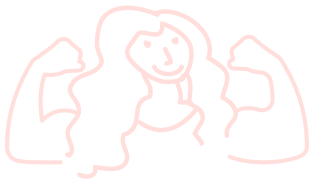
Die unterschiedlichen Erwartungen an den Agendaprozess in Hinblick auf Projekte mit kurzfristigem und langfristigem Umsetzungscharakter, führen in der Praxis zu zahlreichen Konflikten. Während an die Agendaaktiven durch das Agendabüro mittels aktiver Motivationsarbeit an einen „langen Atem“ bei umfangreicheren Projektumsetzungen appelliert wird bzw. wurde, steigt bzw. stieg das Frustrationslevel bei den Aktiven, insbesondere in der Mobilitätsgruppe sowie der Gruppe „Buntes Weißgerbergrätzl“ (vgl. Interview C 2022:126-132; Interview A 2022:85-96). Die Agendaaktiven verspüren auf der einen Seite die mangelnde Kooperationsbereitschaft des Bezirks in Bezug auf langfristige Projektumsetzungen, und gleichzeitig fühlen bzw. fühlten sich die Agendaaktiven instrumentalisiert:

**[D]ie Bezirksvorstehung hat sich uns als ihr eigenes an die Fahnen geheftet, was uns nochmal ganz massiv aufgestoßen ist [...] Sie haben so getan, als hätten sie uns ins Leben gerufen und seien dafür verantwortlich, was wir für tolle Arbeit machen und in Wirklichkeit, war das eigentlich genau umgekehrt und wir haben von ihnen wenig Unterstützung bekommen. Und dass man dann vor Wahlen so tut, als würde man das alles managen und für gutheißen und unterstützen.  
(Interview C 2022: 351-356)**

Das Gefühl der Vereinnahmung des Agendaprozesses durch die Politik tritt bei den Agendaaktiven vor allem dann auf, wenn kontroverielle Themenbereiche angesprochen werden. Gleichzeitig seien seitens der Geschäftsstelle der LA21 Wien Agendaprozesse auch nicht der Rahmen, um politische Forderungen zu stellen (vgl. Interview G 2022: 176-182). Dadurch konnte die Dimension der Ergebnisoffenheit in der Analyse der untersuchten Agendagruppen nur mangelhaft identifiziert werden.



### 5.2.4 Selbstwirksamkeit



Ausgangspunkt für jegliches Engagement ist das Konzept der Selbstwirksamkeit. Dieses beschreibt die subjektive Wahrnehmung, das eigene Handeln könne etwas (politisch) bewegen. Selbstwirksamkeit ist in der erarbeiteten Definition von „emanzipatorischen Praktiken“ ein wesentlicher Bestandteil, aber auch ein Grundprinzip auf das jeglicher Agendaprozess aufbaut. Bürger\*innen sollen dazu mobilisiert werden, in ihrem Grätzl aktiv etwas zu bewegen und ihren Lebensraum selbst zu gestalten. „Die Menschen sollen [...] ihre Selbstwirksamkeit dadurch spüren, dass sie selber Dinge umsetzen.“ (Interview G 2022:176-182) Dies wird in den Gesprächen mit den Agendaaktiven auch bestätigt, dass Erfahrungen mit Selbstwirksamkeit auch die Aktiven dazu motivieren, sich weiterhin in Agendagruppen zu engagieren.

Die Agendagruppe „Nachbarschaft im Grünen“ ist ein Zusammenschluss bestehender Gemeinschaftsgärten, daher konnten die Gruppenmitglieder bereits in der Arbeit im Zusammenhang mit den Nachbarschaftsgärten Erfahrungen mit Selbstwirksamkeit sammeln. Obwohl die Nachbarschaftsgärten gerade in den jeweiligen Anfangsstadien mit unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert waren, können die Mitglieder dennoch auf ein Erfolgserlebnis, dem gegründeten Gemeinschaftsgarten, blicken. Des Weiteren ist auch die Gründung der Agendagruppe als ein Akt der Ermächtigung einzuordnen; die Nachbarschaftsgärten schließen sich zu einem Netzwerk bzw. Plattform zusammen und tragen auf diese Art die positiven Erfahrungen mit Selbstwirksamkeit in den Prozess hinein. Der\*die interviewte Agendaaktive beschreibt, dass es „ein gutes Gefühl“ sei mit einem Projekt Erfolg zu haben. Es führt schließlich auch dazu, dass das erworbene Know-How gerne weitergegeben und auch die Unterstützung weiterer Initiativen angestrebt werde (vgl. Interview B 2022: 475-480). Positive Erfahrungen mit Selbstwirksamkeit konnten in diesem Fall zu einem weiteren Engagement motivieren.

**Man redet ja auch gerne drüber, wenn man mit was Erfolg hat oder sich mit was auskennt oder man das Gefühl hat, davon dürfte es mehr geben. [...] Insbesondere, wenn das dann am Ende was wird, das dann klappt und das irgendwo mal in einzelnen Feldern gut ankommt, dann ist das sehr angenehm. Aber es [klappt] natürlich [...] nicht immer. (Interview B 2022:476-480)**

Dies zeigt sich auch in der Gruppe „Buntes Weißgerbergrätzl“. Mit der ersten Projektumsetzung, der temporären Bespielung von Leerständen mit Kunst lokaler Künstler\*innen im Zeitraum von 2010-2013, konnte die Gruppe einen spürbaren

Erfolg verzeichnen, indem der Leerstand im Grätzl abnahm (Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2023d). Der Grund für den Rückgang der Leerstände lag vermutlich nicht ausschließlich in der Bespielung der Schaufenster leerstehender Geschäftslokale, sondern stand auch in Zusammenhang mit weiteren (Standort)Faktoren. Nichtsdestotrotz verzeichnete die Gruppe nach Beendigung des ersten Projektes positive Erfahrungen mit Selbstwirksamkeit. Darauf aufbauend wurde überlegt, welche Themen als nächstes in der Agendagruppe behandelt werden könnten. So wurde das Thema Kunst um den Schwerpunkt Begrünung erweitert. Die Entscheidung lag auch darin begründet, dass die organisierten Straßenfeste eher weniger Zulauf verzeichneten und daher die Ressourcen bei dem neuen Schwerpunkt besser aufgehoben wären (vgl. Interview C 2022:25-31). Das Themenspektrum Begrünung wurde auf unterschiedliche Weise im Grätzl umgesetzt, wie beispielsweise dem Blumengarten der Kulturen. Der fehlende Zulauf sowie das Ausbleiben von Erfolgen bei längerfristig angelegten Projekten, wie der Bepflanzung erhobener Baum- bzw. Begrünungsstandorte auf Vorschlag der Gruppe führte schließlich zur Auflösung der Gruppe. Da keine weiteren Erfolge im Zuge des Prozesses erzielt wurden, konnte keine weitere Erfahrung mit Selbstwirksamkeit gesammelt werden. Durch das Schwinden der subjektiven Wahrnehmung, dass das eigene Handeln etwas im Grätzl bewirken könne, konnten die Gruppenmitglieder keine Motivation aufbringen, den Prozess fortzusetzen.

**[I]rgendwie hab ich mir auch immer gedacht, wofür setzte ich mich da eigentlich gerade jetzt ein. Wenn ich das Gefühl hab', das ist zwar meins, aber sonst interessiert's eh kaum jemanden. Also wir haben da ja auch immer wieder Infostände aufgestellt oder Unterschriftenlisten aufgelegt, wo man Ideen auch einbringen [konnte] [...]. Aber ein bisschen hab ich so das Gefühl gehabt, das ist halt ein ganz ein kleines Grüppchen, die ihre Sachen umsetzen wollen und es ist jetzt nicht so, dass da jetzt eine große Gruppe wirklich irgendwas haben möchte. (Interview C 2022:169-174)**

Der\*Die Vertreter\*in der aufgelösten Agendagruppe „Buntes Weißgerbergrätzl“ berichtete zudem, dass es keinen spürbaren Unterschied im Grätzl gebe, seitdem die Gruppe nicht mehr aktiv ist (vgl. Interview C 2022:114-118). Dies könnte als negative Erfahrung mit Selbstwirksamkeit bezeichnet werden und unterstreicht erneut, dass positive Erfahrungen in der untersuchten Gruppe ein wesentlicher Bestandteil für ein Engagement im Agendaprozess sind.

Das erste Projekt der Agendagruppe „zu Fuß und mit dem Rad unterwegs“, die

Schulwegpläne, führte zu einer wienweiten Ausweitung des Projektes. Ausgehend von diesem Erfolg, wurden die Gruppenmitglieder dazu motiviert sich weiterhin im Agendaprozess zu engagieren. Zu einem Kernprojekt der Gruppe zählt die Erhebung von fehlenden Fahrradabstellanlagen. Die erste gesammelte Erhebung potenzieller Standorte wurde schließlich auch an die Bezirksvorstehung übergeben, die diese dann auch aktiv bearbeitete. Das interviewte Gruppenmitglied berichtete dazu: „[E]s hat [...] gute vier bis fünf Jahre gedauert, bis diese eine erste Liste soweit abgearbeitet war, dass wir sagen konnten, okay, wir sehen jetzt fast überall dort, wo wir Vorschläge machen, auch Radabstellanlagen.“ (Interview 2022 A:85-96) Dies zeigt, dass trotz der längeren Umsetzungsdauer, die Gruppe dennoch einen wahrnehmbaren Erfolg erzielen konnte. Die Praxisanalyse hat in dieser Gruppe aber auch extreme Formen der Selbstwirksamkeit aufgezeigt. So haben die Mitglieder der Mobilitätsgruppe über die Jahre hinweg ein starkes Pflichtgefühl bzw. selbst auferlegtes Verantwortungsbewusstsein dahingehend entwickelt, dass wenn sich die Gruppe nicht im Bezirk eigeninitiativ einsetzt, es aus ihrer Sicht zu keiner Verbesserung der Infrastruktur für aktive Mobilität komme (vgl. Interview A 2022:204-209). In dieser Gruppe wird auch sichtbar, dass positive Erfahrungen mit Selbstwirksamkeit, wie der Errichtung von Fahrradabstellanlagen auf Initiative der Agendagruppen, zu weiterem Engagement führen kann; einige Gruppenmitglieder sind auch in der Radlobby Wien aktiv.

Basierend auf den Erfahrungen mit Selbstwirksamkeit konnte in der Vergangenheit vermehrt festgestellt werden, dass einige Agendaaktive auch politische Ämter als Bezirksrät\*innen, vor allem bei den Grünen, übernommen haben und somit die Lokale Agenda 21 als Starthilfe für eine weiteres politisches Engagement fungiert (vgl. Interview C 2022:250-253, Interview D 2022:262-264). Diese Entwicklung führte auch dazu, dass der LA21 Wien unterstellt wurde, eine Vorfeldorganisation der Wiener Grünen zu sein und daher als Grünes Projekt markiert wurde (vgl. Interview D 2022: 424-429).

### 5.2.5 Bedeutung der lokalen Ebene

Die Bedeutung der lokalen Ebene ist der Ausgangspunkt für jegliche Mitarbeit in den untersuchten Gruppen der Agenda Landstraße. In der Regel haben die Agendaaktiven einen starken Raumbezug, indem sie den Bezirk selbst bewohnen, dort aufgewachsen sind und/oder dort arbeiten; in manchen Fällen sind alle drei Bezugspunkte zutreffend (vgl. Interview A 2022:398-401). Dies zeigt auch auf, dass häufig eine emotionale Verbindung zum Bezirk besteht. Als Beweggrund für ein Engagement bei der LA21 nennen die interviewten Aktiven unterschiedliche Gründe. Gemein haben diese, dass diese einer Problemstellung in ihrem alltäglichen Leben



begegnet sind und ausgehend von der persönlichen Betroffenheit diese durch die Mitarbeit in der jeweiligen Agendagruppe aktiv behandeln möchten (☞ Kapitel 2.1.3). Hinzu kommt, dass bei einer Verbesserung der Lebensqualität auf lokaler Ebene durch ein Engagement, auch ein persönlicher Nutzen gezogen werden kann; dies stellt auch einen treibenden Faktor für ein Engagement in einem Agendaprozess dar.

Der\*die Agendaaktive\*r der Gruppe „Nachbarschaft im Grünen“ war mit dem Umstand unzufrieden, dass der eigene Balkon zu klein ist, um sich gärtnerisch zu betätigen und entwickelte daher die Idee einen Gemeinschaftsgarten zu gründen (vgl. Interview B 2022:7-13). Nachdem die Agendagruppe ein Zusammenschluss bestehender Nachbarschaftsgärten des 3. Bezirks ist, haben alle Gruppenmitglieder durch die Aktivität bzw. ihr Engagement im jeweiligen Garten einen Bezug zur lokalen Ebene, unabhängig davon, ob diese im Bezirk wohnen oder arbeiten.

Der\*die interviewte Agendaaktive der abgeschlossenen Gruppe „Buntes Weißgerbergrätzl“ begründete die Motivation, sich im Agendaprozess zu engagieren darin, dass diese\*r von dem zunehmenden Leerstand im Grätzl persönlich als ansässige\*r Künstler\*in mit einem eigenem Atelier betroffen war. Die Unzufriedenheit mit der Leerstandentwicklung motivierte den\*die Agendaaktive\*n schließlich dazu sich der Agendagruppe „Buntes Weißgerbergrätzl“ anzuschließen, um gemeinsam mit anderen Grätzlbewohner\*innen sich der Problematik anzunehmen (vgl. Interview C 2022:4-15).

Im Fall des\*der interviewten Agendaaktiven der Gruppe „zu Fuß und mit dem Rad unterwegs im Dritten“ kam es zu einem Engagement im Prozess, nachdem die Person durch eine aktivierende Frage im monatlichen Newsletter der Agenda Landstraße, auf eine Problemstellung im Alltag aufmerksam gemacht wurde. Der\*die Aktive wurde nämlich mit der Frage „Wo fehlen Radabstellanlagen in deiner Wohnumgebung?“ auf ein Defizit hingewiesen und begann, sich daher bewusster mit der Thematik auseinanderzusetzen und schließlich sich in der Gruppe zu engagieren (vgl. Interview A 2022:4-15). Die Bedeutung des lokalen Bezugs zeigt sich auch darin, dass die meisten Gruppenmitglieder selbst den 3. Bezirk bewohnen und bei Umzügen aus dem Bezirk heraus, die Aktivität in der Gruppe tendenziell abnimmt bzw. ausläuft, nachdem die persönliche Verbindung zur lokalen Ebene wegfällt (vgl. Interview A 2022:398-401).

## 6 Schluss

Im abschließenden Kapitel wird zunächst ein Fazit gezogen, das auf die eingangs formulierten Forschungsfragen Bezug nimmt. Darauf aufbauend wurden Handlungsempfehlungen entwickelt, die sich an den in der Theorie erarbeiteten Anforderungen für die Förderung emanzipatorischer Praktiken in der Stadtentwicklung orientieren. Abschließend wird ein Ausblick über potenzielle Forschungsfelder, die durch die vorliegende Arbeit anknüpfend behandelt werden könnten, genannt.

### 6.1 Fazit



#### Definition emanzipatorischer Praktiken

Die Untersuchung der ersten Forschungsfrage „Wie können emanzipatorische Praktiken in der Stadtentwicklung definiert werden?“ bildet die Grundlage für die Bearbeitung der weiteren Forschungsfragen. Basierend auf der Untersuchung der historischen Entwicklung des Emanzipationsbegriffs sowie der Begriffsnutzung in unterschiedlichen Kontexten, wurde eine Definition für emanzipatorische Praktiken mittels Fachliteratur sowie Expert\*inneninterviews erschlossen. Die erarbeitete Definition umfasst fünf Dimensionen. Ein wesentlicher Aspekt emanzipatorischer Praktiken ist ein Befreiungsprozess, der durch die Erfahrung mit Unterdrückungsmechanismen angestoßen wird. Für die Einordnung von Unterdrückungsprozessen ist das Heranziehen der Mikro-, Meso- oder Makroebene als Analyseebene erforderlich. In einem kollektiven Lernprozess werden diese Erfahrungen selbstbestimmt hinterfragt und im Austausch reflektiert. Eine ergebnisoffene Herangehensweise ist dahingehend erforderlich, dass der Prozess mit und durch die beteiligten Akteur\*innen bestimmt wird. Im Kontext von selbstorganisierten Prozessen ist die Erfahrung mit Selbstwirksamkeit essenziell, indem die Wirkung der gesetzten Handlungen für die beteiligten Akteur\*innen erfahrbar werden. Dabei wird der lokalen Ebene als die entscheidende Handlungsebene eine bedeutende Rolle beigemessen. Daher sollte auch zur Förderung emanzipatorischer Praktiken auf dieser Ebene angesetzt werden. Unter emanzipatorischen Praktiken versteht man demnach Handlungen, die durch Erfahrungen mit Unterdrückungsmechanismen in einem kollektiven und ergebnisoffenen Lernprozess angestoßen werden. In diesem Zusammenhang ist die lokale Ebene von großer Bedeutung, nachdem diese zu der zentralen Arena für die Erfahrungen mit Selbstwirksamkeit der handelnden Akteur\*innen wird.



## **Ansätze zur Förderung der emanzipatorischen Praktiken im bestehenden Instrumentarium der Stadt Wien**

Auch wenn die untersuchten Instrumente der Stadtentwicklung nicht mit der primären Intention zur Förderung emanzipatorischer Praktiken entwickelt worden sind, konnten dennoch Ansätze zur Förderung dieser identifiziert werden. Im Praxisbuch Partizipation sowie im Masterplan für eine partizipative Stadtentwicklung konnten dahingehend kaum Ansätze abgeleitet werden. Dies lässt sich vor allem darin begründen, dass die Strategiedokumente jeweils auf ein verkürztes Stufenmodell der Beteiligung verweisen und die 4. und 5. Beteiligungsstufe, welche ein verstärktes Einräumen von Handlungsspielräumen und eine Übertragung von Entscheidungsmacht vorsieht, keine Erwähnung finden. Im STEP 2025 hingegen konnten bereits erste Ansätze in Richtung emanzipatorische Praktiken identifiziert werden, indem „die partizipative Stadt“ als ein Prinzip in der Stadtentwicklung begriffen und die Bedeutung der lokalen Ebene als wesentlichen Gestaltungsraum für die Wiener\*innen hervorgehoben wird.

Die Untersuchung des aktuellen strategischen Instruments, der Smart (Klima) City Strategie, ergab, dass eindeutige Ansätze zur Förderung emanzipatorischer Praktiken vorliegen. Durch die Schaffung eines eigenen Zielbereichs „Beteiligung, Engagement & Kultur“ wird der politische Wille sowie die Notwendigkeit dieser für eine nachhaltige Stadtentwicklung ersichtlich; Partizipation ist somit eine zentrale Dachstrategie der Stadt Wien. In der Analyse der Zieldefinition konnten klare Rückschlüsse auf die in der Theorie herausgearbeiteten Dimensionen emanzipatorischer Praktiken gezogen werden. Dadurch ist eine Tendenz in Richtung emanzipatorischer Stadtentwicklung in der Stadt Wien erkennbar, auch wenn diese als solches nicht titulierte wird. Verdeutlicht wird, dass von Seiten der Stadt Wien eine Öffnung bzw. in gewisser Hinsicht eine Demokratisierung der Partizipationskultur stattfindet, gegensätzlich zu dem häufig kritisierten paternalistischen Zugang, der sich in der Tradition der Sozialdemokratie in den vergangenen Jahrzehnten manifestierte.



## **Förderung emanzipatorischer Praktiken in der Lokalen Agenda 21 Wien aus Sicht ausgewählter Agendagruppen**

Ausgehend von der Untersuchung der erarbeiteten Dimensionen emanzipatorischer Praktiken ist festzustellen, dass die LA21 Wien aus Sicht der untersuchten Agendagruppen über emanzipatorische Potenziale verfügt. In Hinblick auf die Untersuchung der Erfahrungen der Agendaaktiven mit Unterdrückungsmechanismen unter Beachtung der Betrachtungsebene konnte festgestellt werden, dass die LA21 Wien über das Potenzial verfügt emanzipatorische Prozesse auf einer Mik-

ro- und Mesoebene in der Auseinandersetzung mit dem politisch-administrativen System auf der Bezirksebene anzustoßen, jedoch die Makroebene nicht angegriffen wird. Dies liegt vor allem darin begründet, dass die LA21 Wien keinen systemischen Zugang hat; das Thema Nachhaltigkeit wird zwar multidimensional betrachtet, jedoch werden die Ursachen für Unterdrückungsmechanismen auf einer Makro-Ebene nicht behandelt. Ein weiterer Aspekt, der in diesem Zusammenhang genannt werden kann, ist die Tatsache, dass der Mittelschichtsbias, welcher besagt, dass vor allem Personen mit einer ausreichenden Ressourcenausstattung in Hinblick auf Bildung, Netzwerk, Einkommen und Zeit sich vor allem in Beteiligungsprozessen einbringen, in der Praxisanalyse bestätigt wurde. Die Agendaaktiven der untersuchten Agendagruppen gehören primär ressourcenstärkeren Milieus an und sind daher auf einer Makroebene gesellschaftlich weniger marginalisiert. Dies führt dazu, dass gesellschaftliche Ungleichheiten reproduziert werden, indem ohnehin ressourcenstarke Personen ermächtigt werden. Die vorhandene soziale Selektion der engagierten Agendabürger\*innen schließt auch darauf, dass die Dimension der sozialen Nachhaltigkeit in der Praxis nicht ausreichend Beachtung findet.

Basierend auf der Praxisanalyse kann darauf geschlossen werden, dass die LA21 Wien ein informeller Lernort ist, in welchem durch den regelmäßigen Austausch der Agendaaktiven, ein Gruppenbewusstsein entsteht und Ermächtigungsprozesse innerhalb der Gruppe stattfinden. Die Dimension des kollektiven Lernens ist somit erkennbar. Ebenso erkenntlich ist der Bezug zur lokalen Ebene, indem der Ursprung des Engagements der interviewten Agendaaktiven in der kritischen Auseinandersetzung mit dem eigenen Grätzl liegt und auch während der laufenden Aktivität darauf beziehend Handlungen gesetzt werden.

Während die Erfahrung mit Selbstwirksamkeit zwar zu einem förderlichen Faktor von jeglichem Engagement zählt und sich dabei sehr stark auf einer Mikroebene bewegt, wurde in der Analyse aufgezeigt, dass es in der Vergangenheit bei umfassenderen Projektumsetzungen, zu einer hohen Beanspruchung einzelner Agendaaktiven kam. Die Praxisanalyse hat demnach die Theorie, dass der individualisierte Emanzipationsbegriff zu einer starken Abhängigkeit persönlicher Ressourcen führt, bestätigt. Hinzu kommt, dass die LA21 Wien zwar den Grundsatz der Themenoffenheit verfolgt, gleichzeitig in der Praxis ein ergebnisorientierter Ansatz forciert wird. Dies ist per se kein Widerspruch, jedoch hat die Analyse ergeben, dass der Wunsch von Seiten der Agendaaktiven darin besteht, langfristige Lösungen für den Bezirk zu erarbeiten und nicht mittels temporärer Umsetzungen Öffentlichkeitswirksamkeit zu erzielen. Die unterschiedlichen Erwartungshaltungen unter den Agendaaktiven und der Bezirkspolitik an den Agendaprozess, führen zu einem erhöhten Konflikt-

potenzial, was sich durch die verstärkte Sichtbarkeit bestehender Machtstrukturen äußert. Die Folgen sind Resignation von Agendaaktiven sowie eine Steigerung des Frustrationslevels, was wiederum eine Auswirkung auf die Selbstwirksamkeitserfahrung mit sich bringt.

Auch wenn die entwickelten Dimensionen emanzipatorischer Praktiken nicht als Punkte auf einer Checkliste zu verstehen sind, lässt sich abschließend feststellen, dass basierend auf der Perspektive der Agendaaktiven die Dimension des kollektiven Lernens sowie der Bedeutung der lokalen Ebene im Agendaprozess ersichtlich werden. Zudem sammeln die Agendaaktiven im Zuge des Prozesses Selbstwirksamkeitserfahrungen, welche sie einerseits dazu motivieren, das Engagement im Prozess fortzusetzen und gleichzeitig aber in einem Abhängigkeitsverhältnis zur persönlichen Ressourcenausstattung stehen. Vor allem auf einer Bezirksebene machen die Agendaaktiven auf einer Mikro- und Mesoebene Erfahrungen mit Unterdrückungsmechanismen, die durch das politisch-administrative System verursacht werden. Diese werden vor allem durch die unterschiedlichen Erwartungshaltungen an den Agendaprozess provoziert. Dabei stehen die Uneinigkeiten über eine ergebnisoffene Haltung im Zentrum.

Es wird der Anschein erweckt, dass es sich bei der LA21 Wien um einen gerahmten Emanzipationsprozess handelt. In konfliktbehafteten Situationen sind Tendenzen einer paternalistischen Partizipationskultur erkennbar, die sich darin äußern, dass der Erfolg eines Agendaprozesses maßgeblich von der Kooperationsbereitschaft des politisch-administrativen Systems bestimmt wird.



## 6.2 Handlungsempfehlungen

Basierend auf der Praxisanalyse der emanzipatorischen Praktiken ausgewählter Agendagruppen im 3. Wiener Gemeindebezirk, konnten emanzipatorische Potenziale identifiziert werden. Im Folgenden werden daher Handlungsempfehlungen formuliert, die zu einer Weiterentwicklung des Aktionsprogrammes aus der Perspektive einer emanzipatorischen Stadtentwicklung beitragen können. Als Adressat der folgenden Handlungsempfehlungen wird der Verein als Entscheidungskompetenz (Vorstand) und administrative Führung sowie Gestaltung des Aktionsprogrammes (Geschäftsstelle) genannt. Die Handlungsempfehlungen können ebenfalls Denkanstöße für bestehende und zukünftige bezirksbezogene Agendaprozesse liefern. Die folgenden Empfehlungen orientieren sich an den erarbeiteten Anforderungen zur Förderung emanzipatorischer Praktiken im Kontext der Stadtentwicklung (☞ Kapitel 2.2.5).

### 6.2.1 Lebensweltnaher Ansatz

Eine wesentliche Komponente zur Förderung emanzipatorischer Praktiken ist ein lebensweltnaher Ansatz. Die empirische Analyse hat ergeben, dass der Bezug zur lokalen Ebene einen bedeutender Faktor für ein Engagement darstellt. Ein lebensweltnaher Ansatz kann daher vor allem durch eine erhöhte Präsenz auf der lokalen Ebene als die entscheidende Interventionsebene verfolgt werden.

#### (1) Lokales Netzwerk

Einige Agendabezirke organisieren bereits oder sind Teil eines Regionalforums bzw. -teams und somit in einem lokalen Netzwerk mit weiteren Organisationen, Institutionen oder Initiativen vor Ort organisiert. Diese dienen jedoch meistens nur dem informellen Austausch einmal im Quartal. Um eine erhöhte Präsenz auf der lokalen Ebene aufzubauen und an der Lebenswelt der Bevölkerung im Bezirk anzuknüpfen, ist unter anderem der Aufbau und die Pflege eines (lokalen) Netzwerks notwendig, jedoch auch die Nutzung der dabei entstandenen Synergien. Dazu ist abgesehen vom informellen Austausch, eine sinnvolle Zusammenarbeit innerhalb des Netzwerks notwendig. Dies kann beispielsweise bei der Arbeit an gemeinsamen Projekten mit unterschiedlichen Zielgruppen erfolgen, indem die Aufgabenverteilung kompetenzorientiert stattfindet.

#### (2) Präsenz im Grätzl und Verständigung auf Qualitätsmerkmale

Ein weiterer Aspekt ist die Beziehungsarbeit zu der lokalen Bevölkerung; diese kann durch einen präsenten Auftritt der Lokalen Agenda 21 mittels niederschwelli-

ger Anlaufpunkte im Grätzl als physischer Ort (Agendabüro), bei Veranstaltungen (im öffentlichen Raum) oder auch digital erzielt werden. Um eine erhöhte Präsenz aufzubauen ist ein Ausbau des Personals erforderlich. In diesem Zusammenhang muss jedoch angemerkt werden, dass nicht jedes der angesprochenen Konfliktfelder zwangsläufig durch eine verbesserte personelle bzw. finanzielle Ausstattung kompensiert werden kann. Eine Aufstockung der Mittel durch den Bezirk bzw. die Stadt könnte neben einer Eröffnung neuer Handlungsmöglichkeiten auch dazu führen, dass ein erhöhter Nachweis über die erbrachten Leistungen erforderlich wird, sowie eine verstärkte politische Vereinnahmung des Prozesses erfolgt (vgl. Interview D 2022:435-446). Gleichzeitig könnte dies die Anforderung an die Förderung emanzipatorischer Praktiken, einer ergebnisoffenen Haltung konterkarieren. Es muss daher gewährleistet sein, dass durch einen gezielten Ressourceneinsatz keine erhöhte Vereinnahmung des Prozesses stattfindet. Dies könnte über die Verständigung auf Qualitätsmerkmale erfolgen, die sich an den genannten Anforderungen, wie das Verfolgen eines lebensweltnahen Ansatzes, einer sozialraum- und prozessorientierten Arbeitsweise, im Sinne einer emanzipatorischen Stadtentwicklung orientieren sowie Bezug auf die erarbeiteten Dimensionen emanzipatorischer Praktiken nehmen. Die Qualitätsmerkmale können dabei in einem gemeinsamen Prozess unter Einbindung der bestehenden Agendabüros, des Vereins sowie externen Expert\*innen entwickelt und regelmäßig evaluiert werden.

### **6.2.2 Sozialraumorientierung**

Zur Herstellung eines lebensweltnahen Ansatzes ist eine sozialraumorientierte Konzeption des Aktionsprogramms erforderlich.

#### **(3) Sozialraumanalyse in der Prozessentwicklung**

Bevor Agendaprozesse gestartet werden, ist es daher zunächst notwendig, dass, ähnlich wie in der Planungspraxis der Stadt Wien bereits teilweise verankert, Sozialraumanalysen durchgeführt werden. Mithilfe dieser kann ein umfassendes Bild über die Gegebenheiten vor Ort aus unterschiedlichen Perspektiven erfasst werden. Darauf basierend soll schließlich der Prozess im Austausch mit lokalen Multiplikator\*innen entwickelt werden, was beispielsweise zu einer multiperspektivischen und zielgruppenorientierten Aufbereitung des Nachhaltigkeitsbegriffs im Agendaprozess führen kann.

#### **(4) Interdisziplinäre Teams**

Um eine sozialraumorientierte Arbeitsweise auch während des Prozesses zu gewährleisten, wird empfohlen, die Profession der Sozialen Arbeit in Agendateams aufzu-

nehmen. Die Professionist\*innen der Sozialen Arbeit verfügen über Kompetenzen im Bereich der Gemeinwesenarbeit als emanzipatorische sowie prozessorientierte Handlungsstrategie. Darüber hinaus sind Praktiker\*innen in der Arbeit mit marginalisierten Gruppierungen vertraut sind. Durch eine interdisziplinäre Arbeitsweise können weiters mehrere Perspektiven vereint werden, was auch Lernprozesse innerhalb des Teams anstoßen kann. Zudem könnte durch eine Steigerung der Interdisziplinarität die Diskrepanz ungleicher Beteiligung hinsichtlich Ressourcenausstattung mit einer facettenreichen Kompetenz begegnet werden.

### 6.2.3 Prozessoffenheit

Eine wesentliche Anforderung zur Förderung emanzipatorischer Praktiken im Stadtentwicklungskontext ist eine prozessoffene Haltung. Dadurch, dass die LA21 Wien als langfristig angelegter Prozess konzipiert ist, sind dahingehend bereits Potenziale ersichtlich.

#### (5) Sichtweisen zusammenführen

Ein hinderlicher Faktor für eine prozessoffene Haltung, wie sich in der Praxisanalyse gezeigt hat, besteht derzeit im Konfliktfeld, das durch die unterschiedlichen Erwartungshaltungen an den Agendaprozess der beteiligten Akteur\*innen entsteht. Durch das Zusammenführen der unterschiedlichen Erwartungshaltungen sowie die regelmäßige Aushandlung dieser, kann diesem Konfliktfeld aktiv begegnet werden. Hinzukommt, dass sich dem Austausch auf Augenhöhe durch die Entwicklung eines gegenseitigen Verständnisses auf diese Art angenähert und die Gesprächskultur verbessert werden kann.

#### (6) Förderung der Selbstorganisation

Prozessoffenheit kann vor allem dadurch forciert werden, indem der Agendaprozess durch die handelnden Akteur\*innen selbst gestaltet wird. Derzeit liegt ein Fokus auf die Aktivierung von Bürger\*innen, sich im Agendaprozess zu engagieren, es sollte jedoch auch ein besonderer Fokus auf die Förderung der Selbstorganisation der Agendaaktiven gelegt werden. Durch das selbstständige Handeln kann eine möglichst geringe externe Einflussnahme auf den Prozess sowie die Ergebnisse ermöglicht werden. Eine verstärkte Vernetzung bestehender Agendagruppen kann ebenfalls einen wertvollen Beitrag leisten, indem sich die Agendagruppen gegenseitig unterstützen und ihr Know-How austauschen.

## 6.2.4 Entstehungskontext emanzipatorischer Förderangebote

### (7) Rückkoppelung an übergeordnete Instrumente der Stadtentwicklung

Obwohl die LA21 Wien als ein städtisches Instrument der Stadtentwicklung verstanden werden kann, besteht kaum Rückkoppelung von Seiten der LA21 Wien auf übergeordnete Strategien, wie der aktuellen Smart City Strategie. Eine stärkere Verankerung der Ziele der Dachstrategie kann im Gegenstromprinzip zu einer Schärfung des Profils der LA21 Wien in Richtung einer emanzipatorischer Stadtentwicklung beitragen.

## 6.3 Ausblick

Abschließend wurden Forschungsfelder identifiziert, die anknüpfend an die vorliegende Arbeit behandelt werden können. Die Forschungsfragen wurden basierend auf Fachliteratur sowie ausgewählten Interviewpartner\*innen aus der Wissenschaft und Agendapraxis erschlossen. Dabei wurde stets aus der Perspektive einer emanzipatorischen Stadtentwicklung argumentiert. In diesem Zusammenhang ist zudem anzumerken, dass sich die Praxisanalyse auf Gespräche mit Vertreter\*innen von ausgewählten Agendagruppen eines Agendabezirks beziehen; die entstandenen Erkenntnisse sind somit nicht allgemeingültig für alle bezirksbezogenen Agendaprozesse anwendbar. Bei der Entwicklung der Handlungsempfehlungen wurde dennoch darauf geachtet, generelle Hinweise, die in jedem Agendabezirk umsetzbar sind, zu benennen. Ein weiterer Forschungsbedarf ist daher, die Praxisanalyse auf weitere Agendagruppen bzw. Agendaprozesse auszuweiten. Eine weitere Grenze der Forschungsarbeit besteht zudem darin, dass die entwickelten Erkenntnisse nicht mit Vertreter\*innen des politisch-administrativen Systems, wie politischen Amtsträger\*innen oder Mitarbeiter\*innen der Stadt Wien, im Zuge eines Fokusinterviews reflektiert wurden. Es wäre daher sinnvoll für die Entwicklung eines ganzheitlichen Blicks auf die Agendapraxis aus Perspektive emanzipatorischer Stadtentwicklung, die Sichtweise des politisch-administrativen Systems einfließen zu lassen.

Nachdem die vorliegende Arbeit sich in der Praxisanalyse primär auf die erarbeiteten Prämissen einer emanzipatorischen Stadtentwicklung bezieht, wurde in diesem Kontext keine fundierte Governance-Analyse durchgeführt. Dies ist auch der Grund dafür, dass nicht näher untersucht wurde, inwiefern die LA21 Wien tatsächlich die Eigenschaften eines Good Governance Konzepts erfüllt, nachdem das Aktionsprogramm das Konzept als Teil der Programmatik versteht. Eine anknüpfende Governance-Analyse könnte daher das Aktionsprogramm dahingehend analysieren sowie Aussagen über die bestehenden Steuerungsmechanismen treffen und Empfehlungen entwickeln, wie diese überarbeitet werden könnten.

# Verzeichnisse & Anhang

## 7 Verzeichnisse

### 7.1 Literatur

#### A

- Abram, S.** 2000. Planning the Public: Some Comments on Empirical Problems for Planning Theory. *J Plan Educ Res* 19/4:351–357.
- Amin, A. & Thrift, N.** 2004. The 'Emancipatory' City? In: Lees, L (Hg.). *The emancipatory city? : paradoxes and possibilities*. London: SAGE, 231–235.
- Arbter, K.** 2012. *Praxisbuch Partizipation. Gemeinsam die Stadt entwickeln*. Bd. Nr. 127, Wien: Stadt Wien.
- Arnstein, S.** 2019. A Ladder of Citizen Participation. *Journal of the American Planning Association* 85/1:24–34.
- Arnstein, S.** 1972. Stufen der Bürgerbeteiligung. In: Lauritzen, L. (Hg.). *Mehr Demokratie im Städtebau*. Hannover, 192–218.

#### B

- Bebel, A.** 1910. *Woman and socialism*. Socialist Literature Company.
- Blühdorn, I.** 2013. *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Blühdorn, I., Butzlaff, F. & Haderer, M.** 2021. Emancipatory politics at its limits? An introduction. *European Journal of Social Theory* XX(X):1–23.
- BMK (Hg.)** Arbeitsgruppe DNS-LA 21. [https://www.bmk.gv.at/themen/klima\\_umwelt/nachhaltigkeit/lokale\\_agenda21/oe\\_netzwerk/arbeitsgruppe.html](https://www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/nachhaltigkeit/lokale_agenda21/oe_netzwerk/arbeitsgruppe.html) [12.1.2023].
- Bork, H.** 2019. *Lokale Agenda 21 plus [Vortragsfolien]*. In: *Forschungs- und Planungsdesign*, Technische Universität Wien am 13.12.2019.
- Brand, K.-W.** 2021. »Große Transformation« oder »Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit«? Wider die Beliebigkeit sozialwissenschaftlicher Nachhaltigkeits- und Transformationstheorien. *Leviathan* 49/1:189–214.
- Bringt, F., Klose, B. & Trube, M.** 2014. *Gemeinwesenarbeit und Demokratie. Mobile Beratung und Gemeinwesenarbeit als sozialräumliche Praxis einer menschen-*

rechtsorientierten Demokratieentwicklung. Heinrich Böll Stiftung.

**Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.)** 2022. Legitimität. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17786/legitimitaet/> [19.12.2022].

**Butzlaff, F.** 2021. Emancipatory struggles and their political organisation: How political parties and social movements respond to changing notions of emancipation: 25/1:94–117. <https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/13684310211027111> [21.6.2022].

## C

**Coole, D.** 2015. Emancipation as a Three-Dimensional Process for the Twenty-First Century. *Hypatia* 30/3:530–546. <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/abs/10.1111/hypa.12161>.

## D

**Dangschat, J.** 2015. Was ist Soziologie? Eine Einführung. In: Einführung in die Soziologie, Technische Universität Wien am 20.10.2015.

**Dangschat, J. & Breitfuss, A.** 2000. Lokale Agenda 21 in Wien - Von der Betroffenenbeteiligung zur Akteurskooperation. Wien: Technische Universität Wien, Institut für Stadt- und Regionalforschung, Bereich „Siedlungssoziologie und Demographie.“

**DNS-LA21** 2019. LA 21-Basisqualitäten 4.0: prozessorientierte, partizipative und inhaltliche Basisqualitäten für Lokale Agenda 21-Prozesse in Österreich. In: Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (Hg.). Wien.

## E

**Emrich Consulting ZT-GmbH** 2011. Geschäftsordnung Steuerungsgruppe der Agenda Wien Landstraße. [https://www.agendalandstrasse.at/files/bezirk\\_3/gruppen/Steuerungsgruppe/Geschäftsordnung%20Steuerungsgruppe%20\(Stand:%2022.03.2011\).pdf](https://www.agendalandstrasse.at/files/bezirk_3/gruppen/Steuerungsgruppe/Geschäftsordnung%20Steuerungsgruppe%20(Stand:%2022.03.2011).pdf) [17.1.2023].

**Emrich, H.** 2013. Lokale Agenda 21 – Mitgestaltung nur für BesserverdienerInnen? In: Hammer, K. (Hg.). Stadtpunkte: BürgerInnenbeteiligung in der Stadt - Zwischen Demokratie und Ausgrenzung. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 53–60.



**Europäische Kampagne zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden (Hg.)** 2004. AALBORG+10 – INSPIRING FUTURES.

**Europäische Kampagne zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden (Hg.)** 1994. Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit (Charta von Aalborg). In: Aalborg.

## G

**Gabauer, A.** 2019. Conflict vs. Consensus: An Emancipatory Understanding of Planning in a Pluralist Society. In: Knierbein, S. & Viderman, T. (Hg.). Public space unbound: urban emancipation and the post-political condition. New York London: Routledge, 173–188.

**GABU Heindl Architektur** 2022. Gerechte Stadt muss sein!: Studie zur Bestandsanalyse und Zukunftsorientierung einer gerecht(er)en Stadtplanung mit Schwerpunkt Wien. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Hg.).

**Gerhard, U.** 1978. Verhältnisse und Verhinderungen. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1989.

**Gläser, J. & Laudel, G.** 2009. Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse : als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. Lehrbuch. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.

**Grass, K. M. & Koselleck, R.** 1975. Emanzipation. In: Bunner, O., Conze, W. & Koselleck, R. (Hg.). Geschichtliche Grundbegriffe: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache. Stuttgart: Ernst Klett Verlag, 153–198.

## H

**Habermas, J.** 1973. Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

**Habermas, J.** 1981. Theorie des kommunikativen Handelns. Bd. 2 Bde, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

**Hamedinger, A.** 2020. Ist die kommunikative Planung am Ende? *dérive* - Zeitschrift für Stadtforschung 79/Protest:5–10.

**Hartfield, G.** 1975. Emanzipation – Ideologischer Fetisch oder reale Chance?. Op-laden: Westdeutscher Verlag.

**Harvey, D.** 2000. Spaces of Hope. Edinburgh: University of Edinburgh Press.

**Häußermann, H. & Siebel, W.** 2004. Stadtsoziologie – eine Einführung. Frankfurt am Main [u.a.]: Campus-Verl.

**Heeg, S., Holm, A. & Pütz, R.** 2009. Stadt im neoliberalen Zeitalter. Forschung Frankfurt 3/2009/. <https://www.forschung-frankfurt.uni-frankfurt.de/36050591/forschung-frankfurt-ausgabe-3-2009-stadt-im-neoliberalen-zeitalter-wie-globale-politikmodelle-einfluss-auf-die-lokale-gestaltung-nehmen.pdf> [13.12.2022].

**Heindl, G.** 2020. Radikale, rebellische Städte. Vom Roten Wien zu sanctuary cities. In: Nierhaus, I. & Heinz, K. (Hg.). Unbehaust Wohnen. Bielefeld: transcript Verlag, 367–384.

**Helfferich, C.** 2019. Leitfaden- und Experteninterviews. In: Baur, N. & Blasius, J. (Hg.). Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS, 669–686.

**Hertzsch, W. & Hamedinger, A.** 2019. Partizipative Planung: Stand und Perspektiven in Wien. In: Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (Hg.). Kurswechsel - Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen. Wien: Sonderzahl Verlag, 72–83.

**Hirschner, R.** 2017. Beteiligungsparadoxon in Planungs- und Entscheidungsverfahren. vhw FWS 6/ Dezember 2017/Kommunikation:323–326. [https://www.vhw.de/fileadmin/user\\_upload/08\\_publicationen/verbandszeitschrift/FWS/2017/6\\_2017/FWS\\_6\\_17\\_Beteiligungsparadoxon\\_in\\_Planungs\\_und\\_Entscheidungsverfahren\\_R.\\_Hirschner.pdf](https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/verbandszeitschrift/FWS/2017/6_2017/FWS_6_17_Beteiligungsparadoxon_in_Planungs_und_Entscheidungsverfahren_R._Hirschner.pdf) [15.12.2022].

**Holm, A.** 2011. Das Recht auf die Stadt. Blätter für deutsche und internationale Politik 8‘11/. <https://www.blaetter.de/ausgabe/2011/august/das-recht-auf-die-stadt> [13.12.2022].

**Huning, S.** 2014. Wer plant für wen? Partizipation im Kontext gesellschaftlicher Differenzierung. In: Küpper, P. u. a. (Hg.). Raumentwicklung 3.0 – Gemeinsam die Zukunft der räumlichen Planung gestalten. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 32–43.

## J

**Jaeggi, R.** 2018. „Wir müssen uns selbst befreien.“ Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hg.). <https://www.oeaw.ac.at/detail/news/wir-muessen-uns-selbst-befreien> [22.3.2022].

**Jonas, M. & Hassemer, S.** 2020. Formen und Praktiken der Partizipation im kommunalen Wien: AkteurInnen, Beteiligungslagen und sozioökonomische Hintergrün-

de. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Hg.). Wien.

## K

**Kellner, J.** 2013. Lokale Agenda 21 und Gemeinwesenarbeit. In: Handbuch Gemeinwesenarbeit. Verlag Barbara Budrich, 293.

**Kersting, N.** 2013. Ungleiche Teilnahme an demokratischen Verfahren. Chancen und Risiken von BürgerInnenbeteiligung. . In: Hammer, K. (Hg.). BürgerInnenbeteiligung in der Stadt. Zwischen Demokratie und Ausgrenzung?. Wien: AK Wien, 1–16.

**Klatt, J.** 2013. Erst die Arbeit, dann die Beteiligung? Sozial Benachteiligte und BürgerInnengesellschaft. In: Hammer, K. (Hg.). BürgerInnenbeteiligung in der Stadt. Zwischen Demokratie und Ausgrenzung?. Wien: AK Wien, 17–26.

**Knierbein, S.** 2022. Demokratische Teilhabe als Lernen, wie Demokratie gemacht werden kann: Über Zusammenhänge zwischen sozialen, kulturellen und politischen Dimensionen der Stadtentwicklung [Vortragsfolien]. Agenda Symposium am 10.6.2022.

**Knierbein, S. & Viderman, T.** 2019. Space, Emancipation and Post-Political Urbanization. In: Knierbein S. & Viderman T. (Hg.). Public space unbound: urban emancipation and the post-political condition. Routledge research in planning and urban design. New York London: Routledge, 3–19.

**Köck, M.** 2021. Partizipationsformen in Wien. Ein Blick auf das Wiener Petitionswesen und die Lokale Agenda 21. Demokratiezentrum Wien (Hg.). <https://www.demokratiezentrum.org/bildung/ressourcen/themenmodule/partizipationsformen-in-wien/> [27.4.2022].

**Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (Hg.)** 1992. AGENDA 21. In: Rio de Janeiro. [https://www.un.org/depts/german/conf/agenda21/agenda\\_21.pdf](https://www.un.org/depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf) [17.2.2023].

## L

**Lees, L.** 2004. The Emancipatory City: Urban (Re)Visions. In: Lees, L. (Hg.). The emancipatory city? : paradoxes and possibilities. London: SAGE, 3–20.

**Lefebvre, H.** 2003. The Urban Revolution. Minneapolis: University of Minnesota Press.

**Lehner, D.** 2011. Postdemokratische Zustände und politische Subjektivierung - Zur Formulierung eines emanzipatorischen Politikbegriffes bei Jacques Rancière. In:

Track #8 ‚Demokratie unter Druck‘. Wien: Institute for Advanced Studies.

**Leitner, J.** 2019. Demokratie als Leerformel urbaner Partizipation im Quartier? Zum Verständnis von Urbanität und postdemokratischen Tendenzen in einem Wiener Gemeinschaftsgarten. In: Schnur O., Drilling, M. & Niermann, O. (Hg.). Quartier und Demokratie: Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 39–52. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-26235-8\\_3](https://doi.org/10.1007/978-3-658-26235-8_3).

**Lokale Agenda 21 Wien** 2022. Im neuen Jahr 2023 startet in Wien ein neuer #Agendaprozess in Penzing!. Facebook-Posting am 14.12.2022.

**Lüttringhaus, M.** 2003. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer: Grundvoraussetzungen für Aktivierung und Partizipation. In: Lüttringhaus, M & Richers, H (Hg.). Handbuch aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. Bonn: Stiftung Mitarbeit, 1–6.

**Lüttringhaus, M.** 2000. Stadtentwicklung und Partizipation : Fallstudien aus Essen Katernberg und der Dresdner Äußeren Neustadt. Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten. Bonn: Stiftung Mitarbeit.

## M

**Magistrat der Stadt Wien** 2012. Raum erfassen: Überblick und Wegweiser zu Funktions- und Sozialraumanalysen für den öffentlichen Raum. Bd. Werkstattbericht 128, Wien: MA18 - Stadtentwicklung und Stadtplanung. <https://www.digital.wienbibliothek.at/urn/urn:nbn:at:AT-WBR-627406> [4.1.2023].

**Magistrat der Stadt Wien - MA18 (Hg.)** 2019. Smart City Wien Rahmenstrategie 2019 - 2050: Die Wiener Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Wien: MA 18: Stadtentwicklung und Stadtplanung.

**Magistrat der Stadt Wien - MA18 (Hg.)** 2014. STEP 2025: Stadtentwicklungsplan Wien. Wien: MA 18: Stadtentwicklung und Stadtplanung.

**Magistrat der Stadt Wien - MA21 (Hg.)** 2017. Masterplan für eine partizipative Stadtentwicklung. Wien: MA 21 – Stadtteilplanung und Flächennutzung.

**Magistrat der Stadt Wien - MA23 (Hg.)** 2022. Wien in Zahlen. Wien: MA 23 - Landesstatistik Wien.

**Magistrat der Stadt Wien - MA28 (Hg.)** 2015. belebte freiräume: öffentlicher Parkraum und alternative Nutzung. Wien: MA 28 - Straßenverwaltung und Straßenbau. [https://graetzloase.at/files/content/Downloads/Folder\\_MA28\\_belebte%20](https://graetzloase.at/files/content/Downloads/Folder_MA28_belebte%20)

Freiräume\_oeffentlicher\_Parkraum.pdf [3.1.2023].

**Magistrat der Stadt Wien (Hg.)** Fachkonzept - STEP 2025. <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/strategien/step/step2025/fachkonzept/> [7.1.2023a].

**Magistrat der Stadt Wien (Hg.)** 2022. Smart Klima City Strategie - Der Weg zur Klimamusterstadt. Wien: Magistrat der Stadt Wien.

**Magistrat der Stadt Wien (Hg.)** Stadtentwicklungsplan 2035. <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/strategien/step/step2035/> [9.1.2023b].

**Mayring, P.** 2008. Qualitative Inhaltsanalyse : Grundlagen und Techniken. Pädagogik. Weinheim [u.a.]: Beltz.

**Melinz, G.** 1999. Das „Rote Wien“ als lokaler Sozialstaat: Möglichkeiten und Grenzen reformorientierter Kommunalpolitik (1919-34). In: Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (Hg.). Kurswechsel - Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen. Wien: Sonderzahl Verlag, 17–27.

**Michel, B. & Roskam, N.** 2013. Einführung - Die „postpolitische Stadt.“ In: Michel, B. & Roskam, N. (Hg.). *suburban*. zeitschrift für kritische stadtforschung. 9–16. <https://zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/issue/view/25/H2-2013> [9.3.2022].

**Michels, R.** 2016. Political parties: A sociological study of the oligarchical tendencies of modern democracy. Eastford: Martino Fine Books.

**Molina, C., Quinz, H. & Reinprecht, C.** 2020. Sozialraum Monitoring: Durchmischung und Polarisierung in Wien. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Hg.). Wien.

## N

**Neumann, M.** 2000. Communicate This! Does Consensus Lead to Advocacy and Pluralism? In: Journal of Planning Education and Research. 343–350.

## O

**o.A.** 2001. Slavoj Žižek: „Ein Plädoyer für die Intoleranz.“ In: Stobl, T. & Krestan, D. (Hg.). <http://www.sandammeer.at/rezensionen/zizek-intol.htm> [9.3.2022].

**Oehler, P. u. a.** 2017. Soziale Arbeit und Stadtentwicklung – Emanzipation als neue Leitperspektive? In: Oehler, P. u. a. (Hg.). Emanzipation, soziale Arbeit und Stadt-

entwicklung: eine programmatische und methodische Herausforderung. Opladen, Berlin, Toronto: Budrich UniPress, 11–32.

**ÖGUT – Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (Hg.)** 2021. Anwendungsfeld: Raum-Planung. <https://partizipation.at/anwendungsfelder/umwelt-und-nachhaltige-entwicklung/raum-planung/> [24.12.2022].

## P

**Petitionsgesetz, LGBl. Nr. 46/2022** 2022. Gesetz über Petitionen in Wien. <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrW&Gesetzesnummer=20000324> [9.1.2023].

**Prigge, R.** 2013. Zwischen Macht und Ohnmacht – BürgerInneninitiativen in der lokalen Demokratie. In: Hammer, K. (Hg.). Stadtpunkte: BürgerInnenbeteiligung in der Stadt - Zwischen Demokratie und Ausgrenzung. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 79–93.

**Purcell, M.** 2009. Resisting Neoliberalization: Communicative Planning or Counter-Hegemonic Movements? *Planning Theory* 8 (2):140–165.

## R

**Rebughini, P.** 2015. Framing emancipations. *Journal of Classical Sociology* 15/3:270–285. <https://doi.org/10.1177/1468795X14558768>.

**Republik Österreich (Hg.)** Nicht immer durften alle StaatsbürgerInnen wählen. <https://www.parlament.gv.at/PERK/PARL/DEM/ENTW/#> [5.1.2023].

**Riede, M.** 2019. Gemeinwesenarbeit als demokratiefördernde Brückenbauerin. In: Schnur Olaf and Drilling, Matthias and Niermann Oliver (Hg.). Quartier und Demokratie: Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 67–87. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-26235-8\\_5](https://doi.org/10.1007/978-3-658-26235-8_5).

**Rok, A. & Kuhn, S.** 2012. 20 years of Local Agenda 21. In: Citego - Cities Territory Governance (Hg.) (Hg.). [https://www.citego.org/bdf\\_fiche-document-1299\\_en.html](https://www.citego.org/bdf_fiche-document-1299_en.html) [10.1.2023].

## S

**Sassoon, D.** 2010. One hundred years of socialism: The west European left in the

twentieth century. I.B.Tauris.

**Sauer, B.** 2011. Die Allgegenwart der „Androkratie“: femi-nistische Anmerkungen zur „Postdemokratie.“ In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 32–36.

**Sauer, B.** 2008. Emanzipation. In: Gosepath, S., Hinsch, W. & Rössler, B. (Hg.). Handbuch der politischen Philosophie und Sozialphilosophie. Berlin: Walter de Gruyter, 264–268.

**Scholl, A.** 2018. Die Befragung.UTB. Sozialwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften 2413. Konstanz München: UVK Verlagsgesellschaft mbH UVK/Lucius.

**Schubert, A.** 2017. Planen vor der Herausforderung gelingender Partizipation, Rechtsstaatlichkeit und Emanzipation. In: Oehler, P. u. a. (Hg.). Emanzipation, Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Opladen, Berlin, Toronto: Budrich UniPress, 51–77.

**Schubert, H.** 2018. Sozialraum. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.). Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung. Hannover, 2225–2230. <https://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/HWB%202018/Sozialraum.pdf> [4.1.2023].

**Schubert, K. & Klein, M.** 2021. Das Politiklexikon: Begriffe, Fakten, Zusammenhänge. Bonn: Dietz.

**Schwarzer, R. & Jerusalem, M.** 2002. Das Konzept der Selbstwirksamkeit. In: Jerusalem, M. & Hopf, D. (Hg.). Selbstwirksamkeit und Motivationsprozesse in Bildungsinstitutionen. Weinheim: Beltz, 28–53. [https://www.pedocs.de/volltexte/2011/3930/pdf/ZfPaed\\_44\\_Beiheft\\_Schwarzer\\_Jerusalem\\_Konzept\\_der\\_Selbstwirksamkeit\\_D\\_A.pdf](https://www.pedocs.de/volltexte/2011/3930/pdf/ZfPaed_44_Beiheft_Schwarzer_Jerusalem_Konzept_der_Selbstwirksamkeit_D_A.pdf) [4.1.2023].

**Selle, K.** 2004. Kommunikation in der Kritik. In: Müller, B., Löb, St. & Zimmermann, K. (Hg.). Steuerung und Planung im Wandel. Wiesbaden: VS Verlag, 229–256.

**Siebel, W.** 2021. Die europäische Stadt - Zwischen Geschichte und Utopie. <https://www.kulturrat.de/themen/heimat/stadtkultur/die-europaeische-stadt/?print=pdf> [24.3.2022].

**Sommer, J.** 2015. Die vier Dimensionen gelingender Bürgerbeteiligung. In: Jörg, S. (Hg.). Kursbuch Bürgerbeteiligung. Berlin, 11–21.

**Stadt Wien (Hg.)** 2020. 4.2 Öffentlicher Raum, lebendige Orte und Grätzl-Beliebung. In: Die Fortschrittskoalition für Wien. <https://www.wien.gv.at/regierungsabkommen2020/stadt-der-kultur-und-des-respektvollen-miteinanders/offentlicher-raum-lebendige-orte-und-gratzl-belebung/> [15.1.2023].

**Stanzel, D (Hg.)** Begleitung von Gemeinschaftsgärten . <https://gartenpolylog.org/index.php/begleitung-von-gemeinschaftsgaerten> [10.2.2023].

**Stoik, C.** 2018. Auf einer Spurensuche nach einer emanzipatorischen Gemeinwesenarbeit in Wien: ein Thesenpapier. In: soziales\_kapital: wissenschaftliches journal österreichischer fachhochschulstudiengänge soziale arbeit. Wien, 76–85.

**Stoik, C.** 2021. Sozialräumliche Soziale Arbeit als emanzipatorische Praxis. In: Kogler, R. & Hamedinger, A. (Hg.). Themen und Perspektiven. Bielefeld: transcript Verlag, 99–116. <https://doi.org/10.1515/9783839452967-005>.

**Stoik, C.** 2008. Zwischen Betreuung und partizipativer Demokratieentwicklung: Gemeinwesenarbeit in Österreich an Beispielen aus Wien. In: Sozial Extra. Wiesbaden: Springer VS, 27–29.

## T

**Taucher, J.** 2022. „Ich kann was verändern! In meiner Straße, vor meiner Haustür, am Grätzltreffpunkt im Bezirk“, Sabrina Halkic im Gespräch mit Joe Taucher über Partizipation, Beteiligung und nachhaltige Entwicklung. [Podcast]. In: Im Gespräch mit Joe Taucher.

**Thiersch, H.** 2017. Emanzipation und Lebensweltorientierte Soziale Arbeit im städtischen Raum. In: Oehler, P. u. a. (Hg.). Emanzipation, soziale Arbeit und Stadtentwicklung: eine programmatische und methodische Herausforderung. Opladen, Berlin, Toronto: Budrich UniPress, 35–49.

## U

**UIV Urban Innovation Vienna GmbH (Hg.)** 2022. Lokale Agenda 21 – Perspektiven für die Zukunft?. <https://urbaninnovation.at/event/lokale-agenda-21-perspektiven-fuer-die-zukunft/?fbclid=IwAR215c4x8fF7Txz3fJCQGsdnCAAn8D3ArGUceZjqTni7jt-mTEoqNJsTukhc> [16.1.2023].

## V

**Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2023a.** Begrünungsstammtisch. In: Agenda Landstraße. <https://www.agendalandstrasse.at/kalender/-4222.html> [18.1.2023].

**Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2018.** Blumengarten der Kulturen. In: Agenda Landstraße. <https://www.agendalandstrasse.at/blog-detail/blumengarten-der-kulturen-911.html> [18.1.2023].



- Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.)** 2019a. Buntes Weißgerbergrätzl. In: Agenda Landstraße. <https://www.agendalandstrasse.at/gruppe-detail/buntes-weissgerbergraeztzl-94.html> [22.1.2023].
- Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.)** 2008. Das Wiener Modell der Lokalen Agenda 21.
- Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.)** 2023b. Grüne Parklets. <https://graetzloase.at/de/parklets> [15.1.2023].
- Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.)** 2023c. Junges Grätzl. <https://graetzloase.at/de/junges-graeztzl> [15.1.2023].
- Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.)** 2014. Lokale Agenda 21: Gestalten Sie Wien!. Wien.
- Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.)** 2023d. Lokal.Kunst. In: Agenda Landstraße. <https://www.agendalandstrasse.at/projekte-detail/lokal-kunst-ausstellungen-in-leerstehenden-geschaeftslokalen.html> [16.2.2023].
- Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.)** 2023e. Nachbarschaft im Grünen. In: Agenda Landstraße. <https://www.agendalandstrasse.at/gruppe-detail/nachbarschaft-im-gruenen.html> [22.1.2023].
- Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.)** 2007. Nachlese 2007. Wien.
- Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.)** 2009. Nachlese 2008/2009. Wien.
- Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.)** 2012. Nachlese 2010/2011.
- Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.)** 2022a. Palettengarten Pfefferhofgasse. In: Agenda Landstraße. <https://www.agendalandstrasse.at/gruppe-detail/palettengarten-pfefferhofgasse.html> [18.1.2023].
- Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.)** 2022b. Symposium: 30 Jahre Agenda 21. <https://www.la21wien.at/blog-detail-la21/agenda-symposium.html> [16.1.2023].
- Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.)** Über uns. In: Agenda Landstraße. <https://www.agendalandstrasse.at/team.html> [17.2.2023].
- Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.)** 2022c. Unser Kardi - das Herz von Erdberg. In: Agenda Landstraße. <https://www.agendalandstrasse.at/projekte-detail/kardi.html> [18.1.2023].
- Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.)** 2019b. Unsere Mission. <https://www.la21wien.at/unsere-mission.html> [11.12.2022].
- Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.)** 2019c. Was wir machen. <https://www.la21wien.at/>

at/was-wir-machen.html [15.1.2023].

**Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.)** 2019d. Wer wir sind. <https://www.la21wien.at/wer-wir-sind.html> [12.1.2023].

**Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.)** 2019e. Lokale Agenda 21 Wien [Vortragsfolien]. In: Forschungs- und Planungsdesign, Technische Universität Wien am 13.12.2019.

**Verein Radlobby Österreich (Hg.)** Radlobby Wien. <https://www.radlobby.at/wien/bezirksradtreffs-wien> [17.2.2023].

**Vereinte Nationen (Hg.)** 2015. Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. [https://res.cloudinary.com/dqscgpyht/image/upload/v1632901480/ar70001\\_1efa956463.pdf](https://res.cloudinary.com/dqscgpyht/image/upload/v1632901480/ar70001_1efa956463.pdf) [10.1.2023].

## W

**Wastl-Walter, D.** 2010. Gender Geographien: Geschlecht und Raum als soziale Konstruktionen. Geographie. Gamerith, W. (Hg.). Stuttgart: Steiner.

**Wiener Stadt- und Landesarchiv (Hg.)** Wiener BezirksvorsteherInnen und deren StellvertreterInnen seit 1945. <https://www.wien.gv.at/kultur/archiv/politik/bezirk.html> [13.1.2023].

**Winterer, M.** 2019. Wie die Stadt Wien ihre Bürger mit Liebe erdrückt. Wiener Zeitung . [https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/wien-politik/2032313-Wie-die-Stadt-Wien-ihre-Buerger-mit-Liebe-erdrueckt.html?em\\_no\\_split=1](https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/wien-politik/2032313-Wie-die-Stadt-Wien-ihre-Buerger-mit-Liebe-erdrueckt.html?em_no_split=1) [5.1.2023].

## Z

**Zimmermann, F. M.** 2016. Was ist Nachhaltigkeit – eine Perspektivenfrage? In: Zimmermann, Friedrich M (Hg.). Nachhaltigkeit wofür? Von Chancen und Herausforderungen für eine nachhaltige Zukunft. Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg, 1–24. [https://doi.org/10.1007/978-3-662-48191-2\\_1](https://doi.org/10.1007/978-3-662-48191-2_1).

**Zimmermann, K.** 2019. Kommunikative Planung. In: Wiechmann, T. (Hg.). ARL Reader Planungstheorie . Berlin: Springer-Verlag , 14–23.

## 7.2 Interviews

**Interview A** 2022. Expert\*inneninterview mit Akteur\*in aus der Agendapraxis (Agendaaktive\*r). 1030 Wien

**Interview B** 2022. Expert\*inneninterview mit Akteur\*in aus der Agendapraxis (Agendaaktive\*r). 1030 Wien

**Interview C** 2022. Expert\*inneninterview mit Akteur\*in aus der Agendapraxis (Agendaaktive\*r). 1030 Wien

**Interview D** 2022. Expert\*inneninterview mit Fachexpert\*in aus der Wissenschaft. 1030 Wien

**Interview E** 2022. Expert\*inneninterview mit Akteur\*in aus der Agendapraxis (Auftragnehmer\*in). 1030 Wien

**Interview F** 2022. Expert\*inneninterview mit Fachexpert\*in aus der Wissenschaft. 1020 Wien

**Interview G** 2022. Expert\*inneninterview mit Akteur\*innen aus der Agendapraxis (Geschäftsstelle). 1010 Wien

## 7.3 Abbildungsverzeichnis

**Grafik auf dem Titelblatt** nach Verein Lokale Agenda 2019.

**Abb. 1:** AUF – eine Frauenzeitschrift. Zeitschrift der Aktion Unabhängiger Frauen, 1976. [https://frauenmachengeschichte.at/wp-content/uploads/auf\\_eine\\_frauenzeitschrift\\_1976.jpg](https://frauenmachengeschichte.at/wp-content/uploads/auf_eine_frauenzeitschrift_1976.jpg) [19.2.2023]

**Abb. 2:** Beteiligungsparadoxon. eigene Darstellung nach Hirschner 2017:323.

**Abb. 3:** Französisches Studierendenplakat: ich partizipiere, du partizipierst, er partizipiert, wir partizipieren, ihr partizipiert, *sie profitieren*. Arnstein 2019:25.

**Abb. 4:** Stufen der Beteiligung. eigene Darstellung nach Lüttringhaus 2000:44.

**Abb. 5:** Mikro-, Meso-, Makroebene. eigene Darstellung nach Dangschat 2015:25.

**Abb. 6:** Wohnungsnot einer Arbeiterfamilie, um 1900. Österreichische Nationalbibliothek.

**Abb. 7:** Karl-Marx-Hof, 1930. Österreichische Nationalbibliothek.

**Abb. 8:** Intensitätsstufen der Stadt Wien. eigene Darstellung nach Arbter 2012:11.

**Abb. 9:** Erklärung von „Lokale Agenda 21“ anhand des LA21 Wien-Logos. eigene Darstellung nach Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2014:6.

**Abb. 10:** Sustainable Development Goals. eigene Darstellung nach Vereinte Nationen (Hg.) 2015.

**Abb. 11:** Rolle der Prozessbegleiter\*in. eigene Darstellung nach DNS-LA21:7 2019.

**Abb. 12:** Vergleich der Stufenmodelle. eigene Darstellung nach DNS-LA21 2019:6 & Lüttringhaus 2000:44.

**Abb. 13:** Entwicklung der LA21 Wien in einem Zeitstrahl. eigene Darstellung.

**Abb. 14:** Grätzloase „Puxlet“ in 1100 Wien, 2020 (c) Tim Dornaus.

**Abb. 15:** Agendasymposium am 6.10.2022 (c) Tim Dornaus.

**Abb. 16:** Verortung der bezirksbezogenen Agendaprozesse. eigene Darstellung basierend auf Datengrundlage der Bezirksgrenzen: Magistrat Wien - Magistratsabteilung 41 - Stadtvermessung 2020.

**Abb. 17:** Sozialraummonitoring und Verortung der Agendabezirke, eigene Darstellung & Molina u. a. 2020:38.

**Abb. 18:** Organigramm der LA21 Wien, e.D. nach Verein Lokale Agenda 21 Wien

(Hg.) 2019c.

**Abb. 19:** Verortung der Zuständigkeiten anhand ausgewählter Agendaprojekte im 3. Bezirk, eigene Darstellung nach Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) 2019e:11.

**Abb. 20:** Grätzlspaziergang „FILMRISS – Spaziergang zu historischen Landstraßer Kinos“ 2022. (c) Andreas Lindinger.

**Abb. 21:** Wanderbaumallee, 2019. (c) Agenda Landstraße. <https://www.agendalandstrasse.at/blog-detail/die-wanderbaumallee-ist-in-die-strohgasse-umgezogen.html> [19.2.2023]

**Abb. 22:** Graffiti-Malaktion, 2017. (c) Agendagruppe „Buntes Weißgerbergrätzl“. <https://www.facebook.com/photo/?fbid=477396107760001&set=a.477396077760004> [19.2.2023]

**Abb. 23:** Flashmob am Tag des Baumes, 2019. (c) Agenda Landstraße. <https://www.agendalandstrasse.at/blog-detail/flashmob-zum-tag-des-baumes.html> [19.2.2023]

**Jegliche Illustration, die nicht im Abbildungsverzeichnis angeführt wurde, stammt aus dem Adobe Stock und wurden durch die Autorin abgeändert. Diese dürfen laut Lizenz für Bildungseinrichtungen von Studierenden für universitäre, nicht-kommerzielle Zwecke genutzt werden.**

## 7.4 Tabellenverzeichnis

**Tabelle 1:** Interviewübersicht. eigene Darstellung.

**Tabelle 2:** Bezirksbezogene Agendaprozesse im Vergleich. eigene Darstellung.

## 7.5 Abkürzungsverzeichnis

<b>AP</b>	Arbeitspaket
<b>BMK</b>	Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie
<b>BV</b>	Bezirksvorsteherung
<b>DNS-LA21</b>	Arbeitsgruppe „Dezentrale Nachhaltigkeitsstrategien – Lokale Agenda 21“
<b>GO</b>	Geschäftsordnung der Steuerungsgruppe
<b>GWA</b>	Gemeinwesenarbeit
<b>LA21 Wien</b>	Lokale Agenda 21 Wien
<b>MA</b>	Magistratsabteilung
<b>MA 18</b>	Stadtentwicklung und Stadtplanung
<b>MA 21</b>	Stadtteilplanung und Flächennutzung
<b>MA 28</b>	Straßenverwaltung und Straßenbau
<b>MA 42</b>	Wiener Stadtgärten
<b>MA 46</b>	Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten
<b>SDG</b>	Sustainable Development Goal
<b>STEP 2025</b>	Stadtentwicklungsplan 2025
<b>UN</b>	United Nations (Vereinte Nationen)

## 8 Anhang

### 8.1 Interviewleitfaden Agendagruppe

ANFANG

Zustimmung zur Aufnahme  
Einwilligungserklärung

#### EINSTIEGSFRAGE

Wie bist du zur Gruppe gekommen?

#### THEMENBLOCK: EMANZIPATORISCHE PRAKTIK

Gruppeninhalte

- Kerninhalte der Gruppe
- Schwerpunkte (wie werden die entschieden?)
- Werden die Bedürfnisse der Gruppenmitglieder erfüllt?

Gruppengründung

- Entstehung der Gruppe (Wer? Mit welchem Hintergedanken - Motiv?)
- Rolle der LA21 bei der Gründung

Arbeitsweise (wie unabhängig arbeitet die Gruppe?)

- Übliche Projektumsetzung, wer initiiert das Projekt? (Gruppe, LA21, Bezirk)
- Veränderung der Arbeitsweise seit der Gründung (Gruppe, LA21, Bezirk)
- Wo kommst du in der Agendaarbeit/ -gruppe an deine Grenzen?/ ihr an eure Grenzen?

#### THEMENBLOCK: BEZIRK

Arbeit im Bezirk

- Rolle im Bezirk? Was ist eure Rollenverständnis? Aufgabe im Bezirk?
- Verantwortungsgefühl gegenüber dem Bezirk/ den Bezirksbewohner:innen?
- Inwiefern seht ihr euch für die Bezirksentwicklung mitverantwortlich?

Zusammenarbeit mit der Bezirksvorstehung (politische Ebene)

- Ablauf/ wer kommt auf wen zu? In welchen Abständen?
- Umgang („auf gleicher Augenhöhe“?)
- Veränderung über die Jahre?

### **THEMENBLOCK: LA21 21 (AUS SICHT DER AGENDAAKTIVEN)**

- Welche Rolle spielt die LA21 in eurer Arbeit?
  - > Welche Rolle spielen die Vertreter:innen der LA21 in eurer Arbeit?
  - > Werden Inhalte vorgegeben?
  - > Wie werdet ihr durch finanzielle Rahmensetzung eingeschränkt?
- Welche Unterstützung kriegt ihr?
  - > Persönliche Begleitung, finanzielle Unterstützung?

### **THEMENBLOCK: ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN**

- Potenzial der LA21 Wien (im Allgemeinen)
  - > Potenzial: Das Konzept an sich? (was funktioniert gut, was ist ausbaufähig?)
- Potenzial/ Handlungsbedarf...
  - > in der Zusammenarbeit innerhalb der Gruppe
  - > in der Zusammenarbeit mit der Lokalen Agenda 21
  - > in der Zusammenarbeit mit dem Bezirk

### **SOZIALSTRUKTURELLE MERKMALE/ GRUPPENZUSAMMENSETZUNG**

Soziodemographisch

- Alter
- Geschlecht
- Familienstand

Sozio-ökonomisch

- Bezug der Gruppenmitglieder zum Bezirk (Wohnort, Arbeitsort, etc.)
- Netzwerk
  - > räumlich (Bezirk, Wien),
  - > inhaltlich
- Bildungsstand



## 8.2 Interviewleitfaden Fachexpert\*in

ANFANG

Zustimmung zur Aufnahme  
Einwilligungserklärung

### EINSTIEGSFRAGE

Was verstehst du unter emanzipatorischer Praktik?

### THEMENBLOCK: Emanzipatorische Praktik

Worin unterscheidet sich der Begriff „emanzipatorisch“ von anderen wie z.B. „partizipativ“?

Warum ist es wichtig emanzipatorische Praktiken zu fördern?

Welchen Mehrwert hat die Einbindung der lokalen Bevölkerung für die Wiener Stadtentwicklung?

Kritik an Bürger:innenbeteiligungsprozesse und gleichzeitig nicht mehr aus Prozessen wegzudenken? Inwiefern stellt die Förderung emanzipatorischer Praktiken ein neues Konzept, potenziellen neuen Weg in der Stadtentwicklung dar?

Welchen Rahmen sollte die Stadt Wien in Bezug auf die Förderung emanzipatorischer Praktiken schaffen?

>Finanziell

>Personell durch Programme wie LA21 Wien

### THEMENBLOCK: LA21 Wien

Was hebt die Lokale Agenda 21 in Wien von anderen Beteiligungsformen ab?

Identifizierte Stärken des Aktionsprogrammes LA21?

Identifizierte Schwächen des Aktionsprogrammes LA21?

Umgang mit Konflikten:

AD: POLITIK

- Meinung zur Aussage: „Dialog auf gleicher Augenhöhe“ zwischen Bürger:innen und Politik? möglicher Umgang mit Interessenskonflikten
- Gefühl von Instrumentalisierung - Mobilitätsgruppen

AD: ERREICHTE BÜRGER:INNEN/ ZIELGRUPPE

Beobachtungen ergeben, dass primär sog. „Bildungsbürger:innen“ in Agendaprozessen angesprochen werden? neue Strategien?

### **THEMENBLOCK: Zukunftsperspektiven**

Welche Entwicklungstendenzen können beobachtet werden? Welche Entwicklungstendenzen konnten bisher identifiziert werden?

Wie soll sich das LA 21 Wien-Konzept weiterentwickeln?

- Potenzial der LA21 Wien (im Allgemeinen)
  - > Potenzial: Das Konzept an sich? (was funktioniert gut, was ist ausbaufähig?)
- Potenzial/ Handlungsbedarf...
  - > in der Zusammenarbeit mit den Agendabüros
  - > in der Zusammenarbeit mit dem Bezirk/ Stadt Wien
  - > in der Zusammenarbeit mit den Agendagruppen

Was möchtest du der Stadt Wien mitgeben?

Was möchtest du mir noch mitgeben?

## **8.3 Kodierungsleitfaden**

(startet auf der nächsten Seite)

Kategorie	Subkategorie	Definition des Codes ("Regel")	Ankerbeispiel
Thema: LA21 Wien		Überkategorie für jegliche Zitate, die in Zusammenhang mit der LA21 Wien stehen.	
(nicht) erreichte Zielgruppe		Soziodemographische Informationen über die Agendaaktivten als erreichte Zielgruppe sowie Aussagen über nicht erreichte Zielgruppen	
	Alter		Das Nachwuchsproblem unter Anführungszeichen wird sich sicher irgendwann ergeben, weil wir im Schnitt eigentlich eher alle über 30, der Großteil über 40, teilweise schon 50 ist. Also wir werden irgendwann einmal alle in Pension gehen. (Interview A 2022:298-300)
	Ressourcenausstattung		Das Potenzial ist da, dass da engagierte Leute einbezogen werden. Was aber auch wiederum zugegeben auch Schwachpunkt natürlich wieder nur eine bestimmte Bildungsschicht betrifft. Also sozial Schwache findet man bei der Agenda nicht. Du hast hier das Bildungsbürgertum sitzen. (Interview A 2022:368-370)
	Grätzbezug		Ja, also das ist eigentlich ein Eingangserfordernis. Es geht schon sehr stark vom Wohnen. Für viele ist es eh Wohnen- und Arbeitsort. Die einen oder anderen sind, glaube ich, in der Zwischenzeit verzogen, waren dann doch eine Zeitlang aktiv, sind aber inzwischen auch mangels greifbarer Nähe dann auch verschwunden. (Interview A 2022:398-401)
Ziel der LA21 Wien		Ziele die im Zuge von Agendaprozessen erreicht werden sollen.	
	Prozessoffenheit		Ja, dazu stehe ich voll inhaltlich, weil es keine abgegrenzten formalisierten Vorschriften gibt nach denen die Beteiligung da erfolgen kann und es hängt sehr stark davon ab, wie die Leute auf den Agendaprozess zugehen. Was sie dort auch machen wollen und wenn das einigermaßen in den durchaus schon

			<p>gegebenen Rahmenbedingungen darstellbar ist, dann kann das Unterstützung finden und kann das auch Richtung Politik vermittelt werden, dass das was gutes ist. Also da steh ich voll dazu und es ist für Wien ein Riesengewinn, dass es dieses offene System gibt. Es hängt einerseits sehr stark mit dem Gesamtsetting zusammen, das ja vorgegeben ist, andererseits mit der bis dato sehr offenen Herangehensweise vom Verein „Lokale Agenda 21“ und mit dieser offenen, auch Wissensmanagement und auch Austausch zwischen den Agendabüros und was es dann natürlich auch noch braucht, ist die entsprechende Haltung seitens der Bezirke. Also das brauchts dann auch noch. (Interview F 2022:26-36)</p>
	Lernerfahrung		<p>Und auch alles, was passiert, natürlich gehts auch um die Umsetzung der Projekte, weil es geht ja auch um ein Lernen, wie man Demokratie erweitern kann, zum Beispiel durch so ein Format. Da das hier ein kollektiver Lernraum über Jahre hinweg, in manchen Bezirken schon über Jahrzehnte hinweg, wo Politik, Bürger*innen und Verwaltung gemeinsam arbeiten und da gehts schon auch um einen „Change of Mind“ und nicht nur um was passiert dann sozusagen tatsächlich vor Ort. Wird der Palettengarten gebaut oder nicht? Sondern, dass ist sozusagen auch etwas, was wir auch erreichen wollen, und das ist ein Ziel, auch wenns auch nicht sichtbar ist. Und wir haben letztens auch nochmal gesprochen, auch diese Annäherung der Lebensrealitäten, der unterschiedlichen Stakeholder, die da drinnen sitzen, ist schon auch etwas, was man sonst in anderen Beteiligungsprojekten, meistens Projekten, eigentlich gar nicht so hat. (Interview G 2022:119-128)</p>
	Projektumsetzung		<p>Was man auch sieht, ist, dass natürlich die, also es gibt ja Agendaprojekte in unterschiedlicher Größe von bis. Es gibt Projekte, die sehr stark einen starken Umsetzungscharakter haben, wo's drum geht, dass die Personen selber was umsetzen. Da muss man auch sagen, dass</p>

			ist in unserem Leitbild der Fokus. Die Menschen sollen sozusagen ihre Selbstwirksamkeit dadurch spüren, dass sie selber Dinge umsetzen oder ein Projekt mitbetreuen und nicht, also die Agenda ist nicht der Rahmen, um Forderungen an die Politik zu stellen, weil das schafft dann ja auch die Augenhöhe nicht mehr. Dafür gibts auch andere Beteiligungsmöglichkeiten und Instrumente in der Stadt und bundesweit. (Interview G 2022:176-182)
	Vernetzung von Akteur*innen		Während es bei Agenda 21, ein Thema gibt, das die Menschen interessiert und dann bekommen sie durch das Büro, das Agenda 21 Büro, jeweils Unterstützung, dass sie in die Lage versetzt werden dieses Thema aufzubereiten. Also sie kriegen da fachliche Unterstützung, sie kriegen Unterstützung im Zusammenhang mit Gesprächen mit Experten und Expertinnen. Sei das jetzt auf der Ebene der Verwaltung, der Politik oder eben, dass man zum Beispiel, um einen Straßenraum zu gestalten, externe Expertinnen und Experten dazu holt mit denen gemeinsam was entwickelt. Die recherchieren, erklären das und am Schluss sind alle gescheiter. Einerseits erfahren sozusagen die Verwaltung und Politik von den Menschen vor Ort, was dort speziell Sache ist und auf der anderen Seite kriegen die die Inputs aus der fachlichen Perspektive, rechtlich, verwaltungstechnisch, technisch wie auch immer und das gibt eigentlich einen synergetischen Mehrwert, den sonst nicht gibt. Und dadurch, dass das ein offener Prozess ist, der nicht formalisiert ist, kann das gut funktionieren und das andere, was auch noch gut ist. (Interview F 2022:165-176)
Ermächtigungsprozess		Praxisbeispiele zum Thema Ermächtigungsprozesse in der LA21 Wien.	
	Selbstwirksamkeit		Also verantwortlich, verantwortlich sehe ich mich nicht. Aber ich gebe es gern weiter, wenn es wen interessiert. Man redet ja auch gerne drüber, wenn man mit was Erfolg hat oder sich mit was auskennt

			<p>oder man das Gefühl hat, davon dürfte es mehr geben. Verantwortung, das ist ein bisschen, also nicht im Sinne einer Pflicht. Aber ja schon. Insbesondere, wenn das dann am Ende wird, das dann klappt und das irgendwo mal in einzelnen Feldern gut ankommt, dann ist das sehr angenehm. Aber es ist natürlich... klappt nicht immer. (Interview B 2022: 475-480)</p>
	Unterstützung anderer Initiativen		<p>Ja und in der Funktion haben wir das eben auch gesehen. Aber man merkt dann auch einfach selbst, dass wenn man noch so viele Tipps gibt, teilweise wie man einen guten Grätzloasantrag macht. Wir haben dann teilweise auch gemerkt, bei uns hat dann teilweise nicht mehr geklappt, weil wir einfach nicht mehr die Förderrichtlinien, nicht die Förderrichtlinien, die sind ja die gleichen geblieben. Aber inoffiziell hat sich da was geändert, und dann war es eben in Wirklichkeit wollen sich nur mehr Parkplätze. Das ist dann halt mühsam das herauszufinden. (Interview B 2022:601-606)</p>
	weiteres Engagement		<p>Die Radlobby hat halt auch nicht nur auch Bezirksgruppen in fast allen Bezirken, hat aber auch natürlich eine wienweite Arbeitsgruppe, wo viele von uns oder eigentlich alle alle Radlobbyaktivisten aus der Landstraße machen, auch dort mit. Ich sehe eine interessante Konzentration, weil wir da eigentlich ja zu dritt sind, die da wie dort sehr, sehr, sehr tragende Rollen haben. Und vieles machen wir halt dann auf Stadtebene. (Interview A 2022:435-439)</p>
Motivation		Die Motivation, weshalb sich Bürger*innen im Zuge eines Agendaprozesses engagieren.	
	Erfahrung		<p>Ich glaube die politische Komponente war ihnen teilweise einfach nicht so bewusst. Ich möchte das ihnen jetzt auch gar nicht so groß vorwerfen, aber das war dann auf jeden Fall ein Grund, warum wir dann auch diese Agendagruppe nachher gegründet haben. Weil wir das Gefühl gehabt haben, dass da sehr viel Ressourcen und Frust und ähnliche</p>

			Dinge. Das könnte alles ein bisschen mehr. Es könnte also ein bisschen mehr streamlined sein. (Interview B 2022:155-159)
	Experimentcharakter		Doch sie, sie meinen, dass sie machen das schon so lange. Irgendwann muss es auch was wert sein. Ich habe gemeint die Professionalisierung von einem so einem lowbudget Ding ist nicht unbedingt was das braucht. Also ich habe das immer für eine Grassroots Geschichte gehalten, immer noch, ein großer Teil von dem Reiz ist, dass wenig Geld im Spiel ist oder nicht sein sollte. (Interview B 2022:111-115)
	Mitgestaltung des Grätzls		Also das war wirklich dieses lokale. Ich muss auch sagen, unser Grätzl ist von sich aus schon relativ grün, wir haben auch irgendwo die Idee gehabt, da ja die Hundertwasser Situation präsent ist, dass man das miteinbeziehen und nützen kann, dass man da das Gefühl hat, da gibt so viele verschiedene Punkte, die das miteinander verbinden. (Interview C 2022:196-199)
	Problem im Alltag		Das ist die Agendagruppe „Bunter Weißgerbergrätzl“ und ich hab damals relativ kurz nachdem die Gruppe zustande gekommen ist, hab ich ein Atelier in der Radetzkystraße eröffnet. Also ich bin freischaffende Malerin im 2., 3. irgendwas Ausbildungsweg. Ich hab dann ein Atelier gesucht und das war dann eben in der Radetzkystraße. Und dann hab ich den XXX, der dort den Salon BeLLeArTi eigentlich dann erst ins Leben gerufen hat, aber halt schon die Lokalität gehabt hat, kennengelernt und seine damalige Partnerin, und da haben sich dann ein paar Leute zusammengefunden. Eigentlich um zu schauen, wie kann man das Grätzl bissl beleben und da haben wir eigentlich dann begonnen mit leerstehenden Geschäftslokalen. Weil wir gesagt haben, das ist irgendwie so öd, wenn da so viel leer steht und was könnt man machen und da war dann schon die Sandra schon dabei. Und die hat da eigentlich sehr sehr unterstützend und engagiert mitgewirkt und jetzt haben wir eben geschaut, was gibt es für Möglichkeiten, welche Leerstände haben

			wir und haben dann begonnen ein paar von diesen leerstehenden Lokalen mit Künstlern temporär zu bespielen. (Interview C 2022:4-15)
Rolle des Agendabüros		Die Rolle der Mitarbeiter:*innen des Agendabüros im Agendaprozess	
	Administration und Rahmen		Ja also, wenn du Veranstaltungen sagst und das sind irgendwelche Genehmigungen, die meistens dann mit irgendwelchen Gebühren verbunden sind. Das nimmt uns alles, das Agendabüro ab. Da kann man sich dann drauf los auf die Inhalte und um die Themen und auch um die vor Ort Organisationen und vor Ort Betreuung kümmern. Den Rahmen liefert verlässlich das Agendabüro. (Interview A 2022:287-291)
	Finanzierung		Die XXX [Agendamitarbeiter*in] hat sich da sehr ins Zeug gelegt, dass wir Förderungen gekriegt haben. Wir haben dann ja auch um diese Festeln zu machen einen Verein gründen müssen, das heißt wir haben die zuständigen Leute, die man braucht halt bestimmt und ein Bankkonto gehabt und haben von den Förderungen. Also es war eigentlich immer ein Geld da, da war ich selber überrascht. Also von der Agenda war da nie irgendwie was mangelhaft oder so. (Interview C 2022:313-317)
	Intermediär		Für die Agendagruppe war es dann meistens, dass damals eine Agendamitarbeiterin das einfach auf eine große Liste mitaufnimmt von Dingen, die zum Beispiel von uns aber auch von anderen Agendagruppen aufkommen. Aber es ändert nichts daran, dass es quasi einen anderen und offizielleren Charakter hat, wenn sie sagt, die Themen sind aufgekommenen, wurden bearbeitet. Was sagt der Bezirk dazu? Also man kriegt auch auf jeden Fall einen stärkeren und offizielleren Kontakt. Und das ist ja eine strukturelle Sache, die die Agenda dann abdeckt. (Interview B 2022:496-502)
	Motivationsarbeit		Also die war ja relativ lange am Anfang dabei und das war halt dann irgendwie relativ schwungvoll und sie war immer so unterstützend und Feuer und Flamme,



			auch so bestärken, dass das gut ist was wir da machen. (Interview C 2022:59-62)
Geschäftsstelle		Aufgabe der Geschäftsstelle im Agendaprozess	
	Rahmen		Also, nur zur Klarstellung, wir arbeiten ja nicht vor Ort, in den Bezirken. Was wir machen ist, wir setzen sozusagen die Rahmenbedingungen, was soll vor Ort, welchen Themenschwerpunkt und in welchem Zeitraum mit welchem Budget passieren. Das heißt die Arbeit, die vor Ort passiert, das machen die Auftragnehmer*innen und die sind auch die Expert*innen, wo sie sozusagen an die Grenzen stoßen was das angeht. Aber natürlich all das, was sozusagen passieren soll, was wir beschrieben haben. Mit dem kollektiven Lernen, mit dem Verständnis füreinander, das ist ja ein Raum, der aufgemacht wird, der Reibereien und Konflikt auslöst, weil da stoßen unterschiedliche Interessen aufeinander und hier sind unsere Auftragnehmer*innen auch dafür da, den Rahmen zu schaffen das mit Fähigkeiten in der Moderation, in der Kompromissentwicklung und so weiter zu lösen. (Interview G 2022:133-142)
	Zusammenarbeit mit den Agendagruppen		Ich kann mich schon erinnern, dass eine aus unserer Gruppe, dass ihr, das war als Aktion gedacht, quasi es wo hinzuschieben und auch darauf hinzuweisen, he hier könnte auch ein Baum stehen. Aber wie gesagt das war sehr mühsam, allein quasi teilweise Parkplätze zu finden, wo man das auch hinstellen kann, wie das mit der Bewässerung funktioniert. Dann teilweise auch die Vereinnahmung der übergeordneten Lokalen Agenda und der Grätzloase, die dann teilweise auch schon organisatorische Arbeit fast schon auf das besagte Gruppenmitglied abgewälzt haben, als sie gehört habt, dass sie sich drumkümmert. (Interview B 2022:310-316)
Agendaaktive und politische Ebene		Unmittelbarer Kontakt der Agendaaktiven mit der politischen Ebene	

	Inhaltliche Zusammenarbeit		I: Also da habt ihr das selber in die Hand genommen und seid durch den Bezirk gegangen und habt potenzielle Standorte für Begrünungen aufgelistet? E: Genau, wir haben von den räumlichen Situation geschaut, wo, also auch von der Verkehrssituation, wo nimmts nicht den Blick und wo ist Platz genug und der Gehsteig breit genug. (Interview C 2022:80-85)
	Konflikte		Wobei, ja wie gesagt, durch diese Eskalation, werden wir jetzt eh nichts neues anfangen, weil es macht keinen Sinn, wenn man wieder Arbeit und Zeit investieren in Dinge, die dann so nonchalant abgeschmettert werden. (Interview A 2022:314-316)
	Instrumentalisierung		Naja, die Bezirksvorstehung hat sich uns als ihr eigenes an die Fahnen geheftet, was uns nochmal ganz massiv aufgestoßen ist, weil dann... sie haben so getan, als hätten sie uns ins Leben gerufen und seien sie dafür verantwortlich, was wir für tolle Arbeit machen und in Wirklichkeit, war das eigentlich genau umgekehrt und wir haben von ihnen wenig Unterstützung bekommen. Und dass man dann vor Wahlen so tut, als würde man das alles managen und für gutheißen und unterstützen. (Interview C 2022:351-356)
	Machtverhältnisse		I: Würdest du der Aussage zustimmen, dass es darum geht, dass Bürger:innen mit der Politik auf Augenhöhe, auf gleiche Augenhöhe gebracht werden in LA21-Prozessen? E: Nein, weil die die die die Macht des des des auch wenn es ein Bezirkspolitiker ist, wird, ungehemmt, ausgelebt. (Interview A 2022:175-179)
	Parteipolitische Agendaaktive		Ja, das kann ein, dass das der XXX die bespielt noch. Der hat dann zu den Grünen Landstraße, ist er dort jetzt aktiv und insofern ist er dann, weil er das nicht doppelt bespielen konnte und wollte, bei uns ausgeschieden oder schon teilgenommen, aber nicht offiziell dann in Erscheinung getreten, aber ich glaub, dass er das nach wie vor betreut. (Interview A 2022:250-253)

Inhaltliche Ebene		Bezieht sich auf die inhaltliche Ebene der Agendaaktivität	
	Schwerpunktsetzung		Also es ist dann auch wirklich gelungen, da gibts ja auch eine Wirtschaftsplattform, wo Lokalmöglichkeiten, dann mit den suchenden vernetzt werden und das hat dann ganz gut funktioniert, dass dann relativ bald eigentlich einmal kaum mehr Leerstände im Grätzl waren. Das heißt das ist dann mehr oder weniger weggefallen und dann haben wir einfach gesagt, was würd sonst noch brauchen und dann sind wir auf die Begrünung gekommen. Wir haben dann teilweise auch so Straßenfeste veranstaltet, was naja mehr oder weniger Zulauf hatte, weil eigentlich eh relativ viel los ist im Grätzl. Und dann haben wir uns eigentlich den Schwerpunkt der Begrünung gesetzt. (Interview C: 25-31)
	Umgang mit dem Thema Nachhaltigkeit		Und wenn man das ernst meint, dass es drum geht emanzipatorische Räume auch für möglichst alle zu öffnen, dann bedeutet das, ich muss mich mit den Themen auseinandersetzen von Gruppen, die von einer bestimmten Ungleichheit betroffen sind. Und das sind dann andere Themen und dann ist Nachhaltigkeit was anderes oder hat eine andere Konnotation. Es ist ja trotzdem ein relevantes Thema, nur ist die Frage, wie betrifft mich, wie betrifft mich eine nicht nachhaltige Entwicklung aus einer zum Beispiel Armutsperspektive. Ist glaube ich eine interessante Frage, aber man müsste sie stellen und sich damit auseinandersetzen. (Interview D 2022:337-343)
	Vernetzung		Genau also erst mal ist es sicher auch aus dem Frust heraus entstanden, aber dann wars auch auf jeden Fall, wieso haben diese Gärten so wenig miteinander tun, obwohl sie ähnliche Interessen, ähnliche Erfahrungen, all diese Dinge irgendwie haben. Braucht es dafür nicht irgendeine Plattform und könnten so sich zusammenbringen, weil diese Initiativen alle Tendenz haben, sich dann zu lokalisieren, genau da, wo sie etwas machen und da es bisher wenig

			Strukturen gab, um diese Ressourcen irgendwie aufzugreifen oder quasi Kontakte herzustellen. Das war jetzt ganz positiv im speziellen und quasi den Bezirk dann, sondern tun wir uns zusammen, gemeinsam sind wir stärker. Aber auch dezidiert zu sagen, da können auch andere Projekte mit hinein, die jetzt nicht formal ein Gemeinschaftsgartens sind. (Interview B 2022:215-223)
Handlungsbedarf		Identifizierter Handlungsbedarf in der LA21 Wien	
	Einbettung der LA21 Wien		Ich könnte mir vorstellen, das quasi besser zu verankern und nicht immer so abhängig zu machen, dass man alle drei Jahre oder fünf Jahre eine neue Finanzierungsrunde schafft und sich dafür dann quasi neu bewerben muss. Das ist dann ganz schwierig, weil letztlich bleibt man doch irgendwie Dienstleister für die Stadt und das ist bemerkbar, ja. Man sitzt nicht ähnlich fest im Sattel, wie jetzt Bezirk oder Magistrats in diesen Sachen, sondern man muss eben abliefern und gleichzeitig ist man aber irgendwie nur in einer Moderationsposition wirklich was kann dadurch, dass es eben ein Verein ist. Das ist ja auch nicht die, oft ist es ja auch nicht die Art von das sind ja nicht juristische Personen, die dann letztlich auch die Verantwortung trägt, sondern das sind dann eben ganz häufig Magistrate. Und die wiederum Schrauben sich. Und das kann auch die Agenda nicht lösen. (Interview B 2022:649-657)
	Finanzierung		Naja, was sich gezeigt hat ist, dass es natürlich für die Menschen, aber auch die Ernsthaftigkeit immer günstig ist, wenss auch Ressourcen gibt. Das heißt in dem Maße, wo auch Geld im Spiel ist, das heißt für die Projekte Geld vorhanden ist, ist es bissl leichter, weil das ist erstens eine Wertschätzung. Das kann in kleinen Beträgen beginnen. Wenns Budgets gibt, die zur Verfügung stehen würden, die für die ein oder andere Beteiligung abgerufen werden könnte aus irgendeinem zentraleren Topf, dann hätte auch der Bezirk ernsthafteres Interesse, ganz unterschiedliche Bezirke und

			unterschiedliche Settings. Aber da könnte man das Ganze mit ein bisschen mehr Ernsthaftigkeit ausstatten, müsste man natürlich schauen, dass die Qualitätskriterien noch ein bisschen höher sind, dass nicht alle Lustigkeiten dann geglaubt werden, dass man da jetzt viel Geld kriegt dafür. (Interview F 2022:73-81)
	Personenabhängige Zusammenarbeit		Aber wie gesagt, vielleicht ist es manchmal auch motzen auf hohem Niveau für manche von diesen ... wo es schonmal zum Beispiel Pioniersprojekte gab, wie zum Beispiel unserm Garten hats zum Beispiel super geklappt. Die haben genau gewusst, wen man fragen muss. Der Bezirksvorsteher Stellvertreter damals war sehr unterstützend in der Frage, weil aber auch ein Raumplaner ist, der den Plan hat, den Planquadrat Park im vierten Bezirk mitgestaltet hat. Da kann die Agenda wirklich auch oft gar nichts dran ändern, es hat dann doch damit zu tun, dass man dann quasi die Individuen findet, die einen stützen, unterstützen oder halt nicht. Bei der Agenda sind die alle sehr unterstützend, aber wenn man dann halt an den falschen Beamten kommt. Wir haben das immer gehabt, der von der MA42, der inzwischen nicht mehr da ist, war sehr viel schwieriger als jetzt der neue, und dafür kann dann auch die Agenda nichts. Das bleibt dann am Ende hat man das Gefühl, es menscht ein bisschen. Und weiß jetzt nicht, ob das dann quasi nur durch eine bessere Finanzierung, ob das jetzt quasi alleine. (Interview B 2022: 671-682)
	politische Ebene als externer Einfluss	Wirkung der Politik als interne und externe Einflussgröße auf Bezirks- und Stadtebene auf den Agendaprozess	Naja, also ich seh dass die Lokale Agenda genauso an die Grenzen Politik stößt, also von der Lokalen Agenda ist viel mehr unterstützt und viel mehr für gut befunden, als... die haben auch nicht die Möglichkeiten. Es sind auch ihnen die Hände gebunden. (Interview C 2022:327-329)
<b>Thema: Emanzipatorische Praktiken</b>		<b>Überkategorie für jegliche Zitate, die in Zusammenhang mit „emanzipatorischen Praktiken“ stehen.</b>	

Begriffsabgrenzung "Partizipation"		Unterschiede zwischen dem Emanzipations- und Partizipationsbegriff	
	Bedeutung der Ressourcenausstattung der Beteiligten		Zeitgleich kann man natürlich auch sagen die Ambivalenz ist im partizipatorischen genauso drinnen, weil eine Beteiligung immer auch dazu führt, dass unterschiedliche soziale Gruppen sich unterschiedlich beteiligen können, einfach weil sie mit unterschiedlichen Ressourcen ausgestattet sind und insofern ist diese Art von indirekter Bevormundung, die finden wir in partizipatorischen Prozessen auch ganz stark oder müssen damit umgehen oder das irgendwie abfedern und insofern will ich überhaupt nicht das als ein Wegwischen von oder eine Kritik von emanzipatorischen Prozessen oder Praktiken sehen, sondern einfach nur als ein Unterschied. (Interview E 2022:52-58)
	Gewährung von Partizipation		Also Partizipation ist der nächste große Begriff, der unterschiedlich verstanden wird. In einem engeren Kontext wirds als ja auch im Rahmen der Stadtentwicklung so verstanden, in Bezug auf die Neugestaltung von Plätzen oder Orten oder der Stadt. Und das kann ich eigentlich oder wird ja meistens immer gedacht sozusagen als ein wechselseitiger Prozess von top-down und bottom-up-Prozessen. Also einem wo dann auch von der Stadt ausgehend partizipiert wird und da gibts ja auch diese Theorie, dass das ein wechselseitiger Prozess ist. Das heißt du brauchst auf der einen Seite das Staatssystem, die Verwaltung, die Politik, die auf der einen Seite zulässt und auf der anderen Seite sozusagen die Bürger*innen, die sich einbringen auf diesen verschiedenen Partizipationsstufen. (Interview D 2022:60-67)
	Gründe für (Nicht-) Beteiligung		Das zweite ist aber, dass eben für viele, dass diese Partizipation und dann die Partizipation von ganz vielen anderen, die man ja gar nicht unbedingt in die gleiche Richtung wie ich denkend empfindet. Das Partizipationsprozesse für viele Menschen auch etwas Bedrohliches sein können, weil

			sie den eigenen Zielen möglicherweise entgegenstehen oder querschneiden. Ganz viele Menschen haben das Gefühl, dass zum Beispiel was Klimapolitik anbelangt, Partizipation eine total kontraproduktive Geschichte ist, weil sie den Motiven von anderen, die auch beteiligt werden gar nicht trauen. (Interview E 2022:148-153)
Voraussetzungen zur Förderung emanzipatorischer Praktiken			
	Entstehungskontext		Bei der Lokalen Agenda finde ich, dass es im Vergleich zu anderen klassischen Angeboten, Einrichtungen, wie Gebietsbetreuung oder Wohnpartner, die Lokale Agenda doch eine ist, die ja von ihrem Entstehungskontext ein bisschen, einen anderen Hintergrund hat als die Gebietsbetreuung oder Wohnpartner. Wohnpartner und Gebietsbetreuung sind Einrichtungen, die ganz stark von oben strukturiert werden, obwohl die Gebietsbetreuung ja nicht so entstanden ist. Die Gebietsbetreuung ist ja aus der, aus einer sozialen Bewegung heraus zumindest mitbeeinflusst worden, aber ist eigentlich ein Instrument der Stadt. Einmal mehr der Stadtplanung oder Stadterneuerung und einmal mehr der Regulierung von Konflikten im Gemeindebau. (Interview D 2022:146-153)
	Lebensweltnaher Kontext		Genau, die finanziert werden durch die Stadt Wien. Allerdings manchmal näher an der Stadt Wien sind und manchmal weniger nah. Freie Jugendzentren ist ja eher näher. Und Juvivo zum Beispiel ist zwar auch nahe, aber trotzdem eigenständiger und die haben ja ganz viele Projekte und haben auch das Fairplay-Team, also die haben auch verschiedene Angebote, wo... Aber eben vor allem aus der Perspektive der Jugendarbeit und das Verständnis von einem informellen lebensweltnahen Kontext, den ich unterstütze, da eine ganz starke fachliche Definition stattfindet und da emanzipatorische Räume entwickelt werden oder nach wie vor gibt. Aber natürlich schon finanziert und auch

			strukturiert und kontrolliert durch die Stadt. (Interview D 2022:137-144)
	Prozessoffenheit		Wo ich ein bisschen die Grenzen von Agendaprozessen sehe ist, dass also für mich sind emanzipatorische Prozesse dann trotzdem was, wo auch unabhängige Strukturen entstehen, also wo dann Gruppen entstehen, die sich selbst organisieren und für sich selbst sprechen und selbst Entscheidungen treffen und vielleicht nicht mehr so stark reguliert werden vom Prozess. Und da würden wir dann auf Augenhöhe kommen oder sogar manchmal Umkehr von Macht ermöglichen. Also wenn Entscheidungsträger*innen, wir müssen darüber nachdenken, wie wir mit der Gruppe umgehen, weil die macht jetzt Druck. (Interview D 2022:246-252)
	Zieldefinition		Also das erste ist die Voraussetzung, dass man quasi emanzipatorische Praxis zur Verfügung stellen kann, wäre, dass man genau weiß worauf man antwortet und das zweite ist, dass man, dass die emanzipatorische Praktik tatsächlich dazu führt, gemessen an, wie man Emanzipation versteht, dass man Bevormundung und Einengung, dass man diese Strukturen ein Stück weit beseitigt. Und da bin ich mir bei vielen Prozessen nicht sicher, ob sie dazu tatsächlich beitragen. Nun könnte man einwenden, auch eine gefühlte Befreiung ist eine Befreiung, ein Stück weit. Und wenn Menschen das Gefühl haben, sie können mitentscheiden, wo der Baum vor ihrer Haustür gepflanzt wird und was das für ein Baum ist. Auch das kann befreiende Gefühle auslösen, das glaub ich zwar auch, aber wenn man gleichzeitig, tatsächlich bestehende Unterdrückung oder Bevormundung oder sowas nicht antastet und trotzdem für befreiende Emotionen sorgt, dann muss man sich die Frage stellen, ob man nicht eigentlich systemstabilisierend tätig ist, weil das den Druck rausnimmt und dann wäre es kontraproduktiv. (Interview E 2022: 245-256)



Befreiungsprozess aus Unterdrückung		Entstehung eines Befreiungsprozesses	
	Erfahrungen Machtstrukturen		Ob das dann sozusagen gesellschaftlich das verändert, was dann die Gruppe eigentlich gern will, ist dann noch immer eine andere Frage. Das ist dann nicht nur ihre Definition, da bin ich dann ganz stark konfrontiert mit Widersprüchen. Also das, was da an Interessen dann wirksam wär, wie sich die durchsetzen und wie ich damit umgeh. Aber auch das gehört für mich zu emanzipatorischen Prozessen. Zu erleben, wie diese Macht dann wirkt, der ich dann ausgesetzt bin und eigentlich dann gewisser Weise auch beschränkt bin. Also es hat dann auch wieder etwas antiemanzipatorisches drinnen, nämlich diese Grenzen zu erleben oder eine gewisse Ohnmacht zu erleben. Das finde ich ist eigentliche eh ein spannender Punkt sich das genauer anzuschauen. (Interview D 2022:46-53)
	kollektiver Prozess		Zuerst einmal ist das ja so, ich sag einmal Quellen, wo ich das ein bisschen auch sehe. Das seh ich so eher aus einer aufklärerischen Perspektive, einer Bildungsperspektive damit dann auch aus einer, ich nenne es einmal, einer gesellschaftskritischen Perspektive. Die Frage sozusagen, wie kann ich überhaupt gesellschaftliche Strukturen und auch antiemanzipatorische Strukturen verstehen und drüber nachdenken und das reflektieren und daraus dann alternative Handlungen ableiten. Ich folge da schon so einer marxistischen Debatte, die es ja jetzt lustiger Weise immer nach wie vor in der Sozialen Arbeit noch gibt und auch so einen rechten Strang noch gibt. Damit ist aber emanzipatorisch immer auch ein Diskurs, ein Aushandlungsprozess, eine Auseinandersetzung. (Interview D 2022:5-8)
Betrachtungsebene		Für die Einordnung des emanzipatorischen Prozesses ist die Betrachtungsebene relevant	Also ich glaube, ich muss das auf unterschiedlichen Ebenen bedachten. Auf einer Makroebene würde ich sagen ja, da gibt es einen Widerspruch, weil ich sozusagen da nur aus einer Ungleichheitsperspektive draufschauen

			kann und wenn ich aus der Ungleichheitsperspektive feststelle, da gibts Personen, die können sich einbringen und andere, die können sich nicht einbringen und es werden die unterstützt, die sich eh schon einbringen können und dann können sie sich noch besser einbringen. Dann heißt das, dass die anderen noch weniger Möglichkeiten haben. Und dann habe ich auf einer Makroebene ein Problem. (Interview D 2022:274-280)
Fremdinitiierte Emanzipation		Möglichkeit Emanzipation top-down zu gewähren	Ein emanzipatorischer Prozess würde in dem Sinne bedeuten, also ist auch eine sehr ambivalente Geschichte, weil das erstens bedeutet, wenn man andere Leute emanzipiert, dann würde das bedeuten, man gibt ihnen Raum selber Sachen zu machen, den sie vorher nicht gehabt haben. Also man schafft Strukturen der Bevormundung ab, zeitgleich ist eine Stadtplanung, die emanzipatorisch aktiv wird, natürlich definiert sie Ziele und Räume und so etwas in den emanzipatorisch gehandelt werden kann und im selben Moment muss man sich eigentlich fragen, ab wann wird so etwas eigentlich wieder bevormundend oder nicht. Das heißt eine Planung, die emanzipatorisch ist, trägt diese Ambivalenz in sich. Und das hat einfach was damit zu tun, dass man sagt, ihr als soziale Gruppe oder so etwas, ihr solltet jetzt in diesem Bereich selber entscheiden und möglichst in diese Richtung oder so etwas. Und mit dieser Zwiespältigkeit muss dann eine Stadtplanung umgehen, das will ich gar nicht kritisieren und wegwischen. (Interview E 2022:26-46)
<b>Thema: Wiener Praxis</b>		<b>Überkategorie für jegliche Zitate, die in Zusammenhang mit der Förderung „emanzipatorischen Praktiken“ in der Wiener Praxis stehen.</b>	
Konkrete Angebote zur Förderung emanzipatorischer Praktiken		Nennung von konkreten Angeboten in der Wiener Praxis zur Förderung	Deswegen würde ich sagen, ich glaube nicht ganz dran. Also auch wenn ich mir auch die Gemeinwesenarbeit anschau, die unterschiedlichen Projekte, also Projektschienen, Finanzierungsschienen

		emanzipatorischer Praktiken	anschaue, dann bin ich da skeptisch. Und wenn wir jetzt es auf die Lokale Agenda schauen, dann würd ich sagen... Wenn ich sozusagen versuche, Felder zu finden, wo ich emanzipatorische Potenziale, die städtisch strukturiert werden, oder gefördert werden. Wenn ich versuche die zu finden, dann würde ich sagen, da finde ich die teilweise noch in der Jugendarbeit. Da gibts diese Freiheiten auch so und in den Bereich drumherum, offene Kinder- und Jugendarbeit. (Interview D 2022: 123-127)
Umgang mit emanzipatorischen Praktiken		Aussagen über den derzeitigen Umgang mit emanzipatorischen Praktiken in der Wiener Praxis	Ich glaube, sie waren sich über die Prozesse gar nicht bewusst. Es ist aus einer Gewohnheit heraus so abgelaufen, wie schon einmal und davor auch schon mal. Und es wurde da auch nicht speziell hinterfragt. Und das war ein bisschen. Wir haben das Gefühl gehabt, mit uns wurde da nicht besonders offen geredet, teilweise auch eben, weil man, finde ich, solche Projekte häufig unterschätzt. Also ich habe das dann auch mehrfach, also auch gehört. Und ich hab dann auch gemeint, dass das jetzt auch nicht unbedingt eine Selbständigkeit schafft, wenn ihr glaubt, man muss die immer bei der Hand nehmen. Es entwickelt sich ja auch aus der Anforderungen dann eine Eigenständigkeit. (Interview B 2022:136-143)



Die approbierte gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar  
The approved original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.

